

Art. 14. De Minister van Leerplichtonderwijs en de Minister van Onderwijs voor sociale promotie zijn belast met de uitvoering van dit besluit

Brussel, 20 maart 2019.

De Minister-President,
belast met Gelijke kansen en Vrouwenrechten,
R. DEMOTTE

De Vice-President en Minister van Hoger Onderwijs,
Onderwijs voor sociale promotie, Onderzoek en Media,
J.-C. MARCOURT

De Minister van Onderwijs,
M.-M. SCHYNS

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/200641]

13. DEZEMBER 2018 — Dekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1. — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Art. 2 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf alle in der Personenunterstützung tätigen Dienstleister, die die in Kapitel 2 aufgeführten Tätigkeiten der Personenunterstützung und der organisierten Unterstützungsangebote im deutschen Sprachgebiet anbieten.

Art. 3 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 4 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Angeboten: Leistungen der Personenunterstützung, die von einem Dienstleister erbracht werden;
2. Begleitpauschale: der durch die Regierung definierte tägliche pauschale Zuschuss pro Platz der teilstationären Einrichtungen;
3. Bewohner: folgende Personen:
 - a) Senior, dem eine Unterstützungskategorie zugewiesen wurde und der die in Artikel 24 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Senioren und die in Artikel 17 erwähnten Kurzaufenthalte in Anspruch nimmt;
 - b) Person mit Unterstützungsbedarf, der eine erhöhte Unterstützungskategorie zugewiesen wird, die von einer festgestellten neurologischen Schädigung betroffen ist und die das in Artikel 26 erwähnten Wohn- und Pflegezentrum für Personen mit Unterstützungsbedarf in Anspruch nimmt;
4. Bezugsperson: Person, die einem Senior oder einer Person mit Unterstützungsbedarf nahesteht und sich in einem nicht-beruflichen Rahmen um diese kümmert, unabhängig davon, ob sie hierfür entschädigt wird. Die im Gesetz vom 12. Mai 2014 über die Anerkennung nahestehender Hilfspersonen erwähnten nahestehenden Hilfspersonen, die sich um sehr pflegebedürftige Menschen kümmern, gelten ebenfalls als Bezugspersonen;
5. Bezugspflege: die Begleitung, Hilfe und Pflege, die zuverlässig in größtmöglicher persönlicher Kontinuität erbracht und gemäß dem Prinzip der ganzheitlichen Dienstleistungserbringung gestaltet werden;
6. Dienstleister: natürliche oder juristische Person bzw. nicht rechtsfähige Vereinigung, die hauptamtlich, neben- oder ehrenamtlich ein Angebot der Personenunterstützung erbringt;
7. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
8. Fachbereich: der für Gesundheit und Senioren zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
9. geriatrischer Rehabilitation: die in Artikel 43 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe erwähnten Tätigkeiten;
10. Gesundheitsdienstleistungen: alle Leistungen, die in Artikel 1 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe definiert werden;
11. Gruppenangeboten: Angebote, die mehreren Personen gleichzeitig an einem definierten Standort zur Verfügung stehen;
12. häuslicher Unterstützung: organisierte Unterstützungsangebote, die dem Senior mit Unterstützungsbedarf oder der Person mit Unterstützungsbedarf hauptsächlich in seinem/ihrerem Zuhause oder, im Fall von Gruppenangeboten, in einer Einrichtung angeboten werden. Sie haben zum Ziel, dem Senior mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf so lange wie möglich den Verbleib in ihrem oder die Rückkehr in ihr Zuhause zu ermöglichen;
13. KBSI: die kommunalen Beiräte für Senioreninteressen;
14. organisierten Unterstützungsangeboten: Angebote der häuslichen Unterstützung, der Wohnstrukturen und der Palliativpflege, die von Dienstleistern erbracht werden;

15. Palliativpflege: organisiertes Unterstützungsangebot, das die Gesamtheit der Pflegeleistungen für einen Patienten, der sich unabhängig von seiner Lebenserwartung in einem fortgeschrittenen Stadium oder im Endstadium einer schweren, fortschreitenden und lebensbedrohlichen Krankheit befindet, enthält. Die Begleitung dieser Patienten wird durch eine ganzheitliche multidisziplinäre Pflege auf physischer, psychischer, sozialer, moralischer, existenzieller und gegebenenfalls spiritueller Ebene gewährleistet. Palliativpflege bietet dem Kranken und seinen Angehörigen größtmögliche Lebensqualität und maximale Autonomie. Palliativpflege zielt darauf ab, die Lebensqualität des Patienten und seiner Angehörigen und der ihm nahestehenden Hilfspersonen so lange wie möglich zu sichern und zu optimieren;

16. Personenunterstützung: Tätigkeiten der Personenunterstützung und organisierte Unterstützungsangebote;

17. Person mit Unterstützungsbedarf: die nachfolgenden natürlichen Personen, die gemäß den von der Regierung festgelegten Kriterien einen Unterstützungsbedarf aufweisen:

- a) Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 18 Jahren;
- b) Erwachsene zwischen 18 Jahren und dem gesetzlichen Pensionsalter;
- c) Bezugspersonen;

18. pflegerischen Tätigkeiten: die in Artikel 46 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe erwähnten Tätigkeiten, die durch einen Krankenpfleger erbracht werden;

19. Pilotprojekt: besondere Initiative der Personenunterstützung, die sich durch einen zeitlich begrenzten, innovativen und experimentellen Charakter kennzeichnet;

20. Programmierung: maximale Unterstützungskapazität und Stundenpakete für Angebote im deutschen Sprachgebiet, die genehmigt werden können;

21. Senior: Person, die das gesetzliche Pensionsalter überschritten hat;

22. Senior mit Unterstützungsbedarf: Senior, der gemäß den von der Regierung festgelegten Kriterien einen Unterstützungsbedarf aufweist;

23. Standort: alle in einem Umkreis von einem Kilometer angesiedelten Gebäude eines Dienstleisters, in denen ein Angebot erbracht wird;

24. stationären Angeboten: folgende Angebote, die in einem oder mehreren Gebäuden an einem Standort eine längerfristige Unterbringung gewährleisten:

- a) die in Artikel 17 erwähnten Kurzaufenthalte;
- b) die in Artikel 18 erwähnten Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
- c) das in Artikel 22 erwähnte betreute Wohnen;
- d) die in Artikel 23 erwähnten begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
- e) die in Artikel 24 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
- f) die in Artikel 26 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf;

25. Stellvertreter: eine der nachfolgenden natürlichen Personen:

a) der gesetzliche oder der durch den Richter bezeichnete Vertreter des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;

b) der durch den Senior oder der Person mit Unterstützungsbedarf notariell bezeichnete Bevollmächtigte, mit Ausnahme der Personen, die für einen Dienstleister tätig sind, den der Senior oder die Person mit Unterstützungsbedarf beansprucht;

26. Stundenpaketen: von den Personalmitgliedern des Dienstleisters zu erbringende Dienstleistungsstunden. Sie können sich sowohl auf die zu erbringenden Dienstleistungsstunden bei der Person mit Unterstützungsbedarf und dem Senior mit Unterstützungsbedarf als auch auf zu erbringende nicht produktive Stunden beziehen;

27. Stundenpauschale: der durch die Regierung definierte pauschale Stundensatz für die Bezuschussung der Stundenpakete;

28. Tagespauschale: der durch die Regierung definierte tägliche pauschale Zuschuss pro Platz einer stationären Einrichtung;

29. Tätigkeiten der Personenunterstützung: niederschwellige Angebote, die zum Ziel haben, das Wohlbefinden der Senioren und der Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld zu erhöhen und zum sozialen Zusammenhalt beizutragen;

30. teilstationären Angeboten: folgende Angebote, die in einem oder mehreren Gebäuden an einem Standort nur stundenweise beansprucht werden:

- a) die in Artikel 13 erwähnte Tagesbetreuung;
- b) die in Artikel 14 erwähnte Tagespflege;
- c) die in Artikel 15 erwähnte Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
- d) die in Artikel 16 erwähnte Nachtpflege;

31. Unterstützungskapazität: die Anzahl genehmigter Plätze einer teilstationären und/oder stationären Einrichtung;

32. Unterstützungskategorie: die gemäß Artikel 16 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zugewiesene Pflegekategorie;

33. Wohnhilfezone: das durch die Regierung definierte Teilgebiet, in dem den Bürgern eine Mindestanzahl an Angeboten der Personenunterstützung zur Verfügung steht, unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten;

34. Wohnstrukturen: organisierte Unterstützungsangebote, die vorwiegend Senioren mit Unterstützungsbedarf eine langfristige Unterkunft bieten und die darauf ausgerichtet sind, die Lebensqualität des Seniors mit Unterstützungsbedarf in einem familienähnlichen Umfeld zu erhalten und/oder wiederherzustellen.

Art. 5 - Gegenstand und Zielsetzung

Vorliegendes Dekret:

1. beschreibt die Angebote der Personenunterstützung;
2. legt die Vorgaben der Genehmigung und Anerkennung der Dienstleister fest;
3. legt die Finanzierung der Dienstleister fest.

Es hat zum Ziel, die Lebensqualität der Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf zu erhalten und/oder zu verbessern durch:

1. das Stärken der Selbsthilfekompetenz und der Bezugspersonen;
2. die Schaffung von unterschiedlichen und besonderen Unterstützungsangeboten;
3. das Fördern der Gesundheit und die Vorbeugung von Krankheit;

4. das Fördern der Netzwerkarbeit und der Absprachen zwischen den einzelnen Akteuren innerhalb der Wohnhilfezone, mit dem Ziel, den Personen die bestmögliche Unterstützung zu bieten und die Übergänge von einem Angebot ins andere fließend zu gestalten.

Art. 6 - Leistungsgrundsätze

Die Dienstleister wahren bei der Ausübung ihres Auftrags folgende Rechte der Personen mit Unterstützungsbedarf und Senioren mit Unterstützungsbedarf und halten folgende Grundsätze zu ihren Gunsten ein:

1. das Recht auf Würde, körperliches und geistiges Wohlbefinden, Freiheit und Sicherheit;
2. das Recht auf Selbstbestimmung;
3. das Recht auf Privatsphäre;
4. das Recht auf an ihrem persönlichen Bedarf ausgerichtete Pflege und Begleitung, die den geltenden Qualitätsstandards entspricht;
5. das Recht auf individuelle Information und Beratung als Voraussetzung für ausgewogene Entscheidung;
6. das Recht auf Kommunikation, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an kulturellen Aktivitäten;
7. das Recht auf freie Meinungsäußerung, Gedanken- und Gewissensfreiheit, Weltanschauung, Kultur und Religion;
8. das Recht auf Palliativpflege sowie auf ein Sterben in Würde.

Die Dienstleister gewährleisten bei der Ausübung ihrer Aufträge, dass das Personal:

1. die Bezugspflege anwendet;
2. die Bezugspersonen in der Begleitung der Senioren unterstützt und einbezieht.

Die Regierung präzisiert den weiteren Inhalt der in den Absätzen 1 und 2 angegebenen Rechte und Grundsätze und legt die Modalitäten fest, die die Dienstleister bei der Ausübung ihres Auftrags einhalten müssen.

Art. 7 - Stellvertreter

Der Stellvertreter des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf kann im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben alle im vorliegenden Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen aufgeführten Rechte und Pflichten des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf in seinem Namen und für seine Rechnung wahrnehmen. Er handelt hierbei ausschließlich im Interesse des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf.

KAPITEL 2. — Angebote der Personenunterstützung

Abschnitt 1. — Tätigkeiten der Personenunterstützung

Art. 8 - Niederschwellige Unterstützungsangebote

Die niederschweligen Unterstützungsangebote sind Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf, die mindestens eine der folgenden Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von Fahrdiensten und gegebenenfalls ergänzender Begleitung;
2. Leisten von Gesellschaft;
3. Mitgestaltung der Freizeit;
4. Begleitung der Menschen mit Demenz und der Bezugspersonen;
5. Anbieten von Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen;
6. Anbieten von Weiterbildungen;
7. Angebote der Trauerbegleitung;
8. Anbieten eines Besuchsdienstes.

Die niederschweligen Angebote können die Form von Gruppenangeboten annehmen.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der niederschweligen Unterstützungsangebote erbracht werden.

Art. 9 - Hausnotrufdienst

Der Hausnotrufdienst ist ein Angebot für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten und Wartung einer Hausnotrufanlage bestehend aus mindestens einem Sendegerät verbunden mit einer Telefonlinie, einem Mobilfunknetz oder einer Internetlinie und einem mobilen Handsender;
2. Verbinden mit einer durchgehend durch spezialisiertes Personal besetzten Telefonzentrale;
3. im Fall eines Alarms, entweder das Kontaktieren vorher bestimmter Kontaktpersonen oder, bei medizinischem Notfall und/oder bei Abwesenheit der Kontaktpersonen, das Kontaktieren der Notdienste.

Abschnitt 2. — Organisierte Personenunterstützung

Unterabschnitt 1. — Angebote der häuslichen Unterstützung

Art. 10. - Familien- und Seniorenhilfe

Die Familien- und Seniorenhilfe ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. direkte, personenbezogene Hilfe, Begleitung und Pflege;
 2. ergänzende psychosoziale Unterstützung;
 3. im Rahmen der in Nummer 1 erwähnten Aktivitäten begrenzte und ergänzende hauswirtschaftliche Hilfen.
- Im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe kann die Krankenwache angeboten werden.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe erbracht werden;
2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 11 - Krankenwache

Die Krankenwache ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Leisten von Gesellschaft;
2. Gestaltung der Freizeit;
3. Unterstützung der Bezugspersonen;

4. ergänzende psychosoziale Unterstützung;
5. im Rahmen der in den Nummern 1 bis 3 erwähnten Aktivitäten begrenzte und ergänzende hauswirtschaftliche Hilfen.

Die Krankenwache kann eine Nachtbetreuung im häuslichen Umfeld der Person beinhalten. Die Krankenwache kann von ehrenamtlichen Dienstleistern erbracht werden.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Krankenwache erbracht werden;
2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 12 - Soziale hauswirtschaftliche Hilfe

Die soziale hauswirtschaftliche Hilfe ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten von Aktivitäten, die im Wesentlichen darin bestehen, die Wohnung der Person zu reinigen und dort die Hygiene zu begünstigen;
2. begrenzte soziale Begleitung;
3. Unterhalt der Wäsche.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe erbracht werden;
2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 13 - Tagesbetreuung

Die Tagesbetreuung ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber zugunsten von Senioren mit Unterstützungsbedarf gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. psychosoziale Unterstützung;
2. Aktivierung und Unterstützung;
3. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
4. Mitgestaltung der Freizeit;
5. Anbieten von Gemeinschaftsräumen, Ruheräumen, Sanitäreinrichtungen und Duschräumen;
6. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Tagesbetreuung beinhaltet keine Gesundheitsdienstleistungen, die vom Personal der Tagesbetreuung erbracht werden.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagesbetreuung erbracht werden.

Art. 14 - Tagespflege

Die Tagespflege ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber zugunsten von Senioren, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
2. psychosoziale Unterstützung;
3. Aktivierung sowie Unterstützung und Mobilisierungsmaßnahmen;
4. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
5. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
6. Mitgestaltung der Freizeit;
7. Anbieten von Gemeinschaftsräumen, Ruheräumen, Sanitäreinrichtungen und Duschräumen;
8. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagespflege erbracht werden;
2. in Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebots erlauben. Sie legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 15 - Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber von Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf auf Verordnung eines Arztes beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. die in Artikel 14 Absatz 1 erwähnten Leistungen;
2. Gewährleisten von ärztlich verordneten intensiven Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel der Wiedererlangung der Fähigkeiten und Ressourcen;
3. Zusammenarbeit mit Fachärzten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation erbracht werden.

Art. 16 - Nachtpflege

Die Nachtpflege ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das nachts zugunsten von Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Anbieten eines Schlafräumens und weiterer Wohnräume;
2. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
3. psychosoziale Unterstützung;
4. Aktivierung sowie Unterstützungs- und Mobilisierungsmaßnahmen;
5. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
6. Mitgestaltung der Freizeit;
7. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Nachtpflege erbracht werden;
2. in Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebots erlauben. Die Regierung legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 17 - Kurzaufenthalte

Der Kurzaufenthalt ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das über einen Zeitraum von höchstens drei Monaten pro Kalenderjahr und höchstens drei aufeinanderfolgenden Monaten von Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterstützungskategorie bescheinigt wird, beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
2. Gewährleisten einer medizinischen Betreuung;
3. psychosoziale Unterstützung;
4. Aktivierung sowie Unterstützung und Mobilisierungsmaßnahmen;
5. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
6. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
7. Mitgestaltung der Freizeit;
8. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten;
9. Anbieten eines Wohnraumes.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen eines Kurzaufenthalts erbracht werden;
2. in Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebots erlauben. Sie legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 18 - Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Der Kurzaufenthalt mit Schwerpunkt auf Rehabilitation ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das über einen Zeitraum von höchstens drei aufeinanderfolgenden Monaten von Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf auf Verordnung eines Arztes beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. die in Artikel 17 Absatz 1 erwähnten Leistungen;
2. Gewährleisten von ärztlich verordneten intensiven Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel der Wiedererlangung der Fähigkeiten und Ressourcen;
3. Zusammenarbeit mit Fachärzten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen eines Kurzaufenthalts mit Schwerpunkt auf Rehabilitation erbracht werden.

Unterabschnitt 2. — Wohnstrukturen

Art. 19 - Seniorenresidenzen

Seniorenresidenzen sind Wohnstrukturen für Senioren, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von barrierefreien Wohnungen;
2. Anbieten von durch die Senioren organisierten oder frei in Anspruch zu nehmenden hauswirtschaftlichen Diensten.

Seniorenresidenzen dürfen keine Pflegeleistungen erbringen.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in einer Seniorenresidenz erbracht werden.

Art. 20 - Seniorenresidenzen mit ostbelgischem Qualitätslabel

§ 1 - Seniorenresidenzen, die die von der Regierung festgelegten Bedingungen erfüllen, dürfen die Bezeichnung "Seniorenresidenz mit ostbelgischem Qualitätslabel" nutzen. Diese Bedingungen beziehen sich mindestens auf:

1. die Beschaffenheit der Räumlichkeiten;
2. das Konzept zur Organisation der Seniorenresidenz.

Einzelne Wohnungen der Seniorenresidenz können ein Qualitätslabel erhalten.

§ 2 - Die Erlaubnis, diese Bezeichnung zu nutzen, wird bei der Regierung beantragt.

Die Regierung bestimmt:

1. das Antragsverfahren;
2. die Kriterien für die Beschlussfassung über den Antrag;
3. die Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Nutzung des Qualitätslabels und das anwendbare Verfahren bei Nichteinhaltung.

Art. 21 - Gemeinschaftliche Wohninitiativen

Gemeinschaftliche Wohninitiativen sind Wohnstrukturen für und/oder von Senioren, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Merkmale aufweisen:

1. Anbieten von mehreren barrierefreien Wohnungen;
2. partizipative Verwaltung der Wohnstruktur;
3. gegenseitige Unterstützung bei Alltagsaufgaben;
4. Organisation gemeinschaftlicher Aktivitäten.

Gemeinschaftliche Wohninitiativen können auch intergenerationelle Wohnstrukturen sein, die unterschiedlichen Altersgruppen Wohnungen anbieten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die in gemeinschaftlichen Wohninitiativen erbracht werden.

Art. 22 - Betreutes Wohnen

Das betreute Wohnen ist eine Wohnstruktur für Senioren mit Unterstützungsbedarf, die an ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren angegliedert ist und die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten von barrierefreiem Wohnraum;
2. Anbieten von frei in Anspruch zu nehmenden hauswirtschaftlichen Diensten;
3. Anbieten von frei in Anspruch zu nehmenden Freizeitangeboten im Wohn- und Pflegezentrum für Senioren;
4. Anbieten eines Interventionsdienstes bei Notruf durch das Pflegepersonal des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren.

Das betreute Wohnen beinhaltet keine Gesundheitsdienstleistungen, die durch das Personal des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren erbracht werden.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in betreuten Wohnungen erbracht werden.

Art. 23 - Begleitete Wohngemeinschaften für Senioren

Begleitete Wohngemeinschaften für Senioren sind Wohnstrukturen für Senioren mit Unterstützungsbedarf, die folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von barrierefreiem Wohnraum;
2. Anbieten einer Gemeinschaftsküche und eines Gemeinschaftswohnzimmers;
3. partizipative Organisation des Alltags;
4. ressourcenorientierte Unterstützung durch entsprechendes Personal.

Begleitete Wohngemeinschaften beinhalten keine Gesundheitsdienstleistungen, die vom Personal der begleiteten Wohngemeinschaft erbracht werden. Die Regierung kann in Ausnahmefällen für gewisse Zielgruppen und bei entsprechendem Pflegepersonal Ausnahmen erlauben. Sie legt die diesbezüglichen Kriterien fest.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in begleiteten Wohngemeinschaften erbracht werden.

Art. 24 - Wohn- und Pflegezentren für Senioren

Wohn- und Pflegezentren für Senioren sind Wohnstrukturen für Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten eines Wohnraumes;
2. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
3. Gewährleisten einer medizinischen Betreuung;
4. psychosoziale Unterstützung;
5. Aktivierung sowie Unterstützungs- und Mobilisationsmaßnahmen;
6. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
7. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
8. Mitgestaltung der Freizeit;
9. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten;
10. Anbieten von Kurzaufenthalten.

In einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren können ebenfalls folgende Angebote erbracht werden:

1. die Tagesbetreuung;
2. die Tagespflege;
3. die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. die Nachtpflege;
5. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
6. das betreute Wohnen.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren erbracht werden;
2. in Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebots erlauben. Die Regierung legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 25 - Aufteilung der Unterstützungskapazität in Wohn- und Pflegezentren für Senioren

Die Unterstützungskapazität jedes Wohn- und Pflegezentrums für Senioren wird wie folgt festgelegt:

1. 82 % der Unterstützungskapazität ist Senioren vorbehalten, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird;
2. 13 % der Unterstützungskapazität ist Senioren vorbehalten, denen eine geringe Unterstützungskategorie bescheinigt wird;
3. 5 % der Unterstützungskapazität ist Senioren mit Unterstützungsbedarf vorbehalten, denen eine Unterstützungskategorie bescheinigt wird und die einen Kurzaufenthalt in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren wahrnehmen.

Die gesamte Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren ist auf 150 Plätze begrenzt. Diese Unterstützungskapazität kann auf Antrag des Dienstleisters auf höchstens 180 Plätze erweitert werden, wenn der Dienstleister eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren noch zusätzlich folgende Angebote erbringt:

1. das betreute Wohnen;
2. die Tagespflege;
3. ein weiteres in vorliegendem Unterabschnitt aufgeführtes Angebot oder ein Pilotprojekt im Sinne von Artikel 64, das den Kriterien einer Wohnstruktur im Sinne von Artikel 4 Nummer 34 entspricht;
4. die Tätigkeit als sozialer Treffpunkt gemäß den Bestimmungen des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten;
5. ein regelmäßig stattfindendes intergenerationelles Angebot, das die Interaktion zwischen den Generationen fördert;
6. eine für alle Senioren der betreffenden Wohnhilfezone zugängliche Fahrgelegenheit.

Die zusätzlichen Angebote 3 bis 5 müssen innerhalb der Wohnhilfezone, in der das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren angeboten wird, angeboten werden.

Die Regierung legt für die Anwendung von Absatz 2 Folgendes fest:

1. die weiteren Vorgaben in Bezug auf die zu erbringenden Angebote;
2. die Form und den Inhalt des Antrags auf Erweiterung der Unterstützungskapazität sowie das entsprechende Verfahren.

Art. 26 - Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf

Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf sind Wohnstrukturen für Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie zugewiesen wurde und die von einer festgestellten neurologischen Schädigung betroffen sind, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten eines Wohnraumes;
2. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
3. Gewährleisten einer medizinischen Betreuung;
4. psychosoziale Unterstützung;
5. Aktivierung sowie Unterstützungs- und Mobilisationsmaßnahmen;
6. intensive Rehabilitationsmaßnahmen;
7. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
8. Zusammenarbeit mit Fachärzten;
9. Mitgestaltung der Freizeit;
10. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten;
11. Anbieten von Kurzaufenthalten;
12. Anbieten von Kurzaufenthalten mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
13. Anbieten der Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
14. Anbieten der Nachtpflege.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf erbracht werden.

Abschnitt 3. — Palliativpflege

Art. 27 - Palliativpflegeverband

Der Palliativpflegeverband bringt ein Angebot der Palliativpflege im häuslichen Umfeld oder in den Wohnstrukturen, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. für die Bevölkerung:
 - a) Netzwerkarbeit;
 - b) Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für die Palliativpflege;
2. für die Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf am Lebensende und deren Umfeld:
 - a) die Begleitung in der Palliativpflege im häuslichen Umfeld;
 - b) die Beratung und Konzertierung der vor Ort tätigen Erstversorger;
 - c) das Erbringen direkter Unterstützungsleistungen.

Die in Absatz 1 Nummer 2 festgelegten Leistungen werden von einem multidisziplinären Team erbracht.

Die Regierung legt die Zusammensetzung des in Absatz 2 erwähnten multidisziplinären Teams fest. Zu diesem Zweck präzisiert die Regierung:

1. die Mindestanzahl Mitglieder des Teams;
2. die Bedingungen zur fachlichen Qualifikation, über die die Mitglieder des Teams verfügen müssen.

KAPITEL 3. — Programmierung und Genehmigung

Abschnitt 1. — Programmierung

Art. 28 - Grundsatz der Programmierung

§ 1 - Die in Kapitel 2 Abschnitt 2 aufgeführten Angebote der Personenunterstützung unterliegen einer Programmierung durch die Regierung.

In Abweichung von Absatz 1:

1. unterliegen folgende Angebote keiner Programmierung:
 - a) die Seniorenresidenzen;
 - b) die gemeinschaftlichen Wohninitiativen;
2. unterliegen folgende Angebote nur dann einer Programmierung, wenn der Dienstleister eine Anerkennung aufgrund von Artikel 42 beantragt:
 - a) die Krankenwache;
 - b) die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
 - c) die Tagesbetreuung;
3. kann im deutschen Sprachgebiet nur ein Palliativpflegeverband programmiert werden.

§ 2 - Die Programmierung erfolgt unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

1. die demografische Lage und die demografischen Prognosen, insbesondere der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung und der Anteil der Personen über 80 Jahre an der Bevölkerungsgruppe der Senioren;
2. die Struktur der Wohnhilfezonen;
3. die folgenden Elemente pro Gemeinde des deutschen Sprachgebiets:
 - a) die Anzahl Senioren;
 - b) die bestehenden und geplanten Unterstützungsangebote für Senioren.

Die Regierung kann zwecks Festlegung der Programmierung externe Sachverständige beauftragen, Bedarfsanalysen der bestehenden und geplanten Unterstützungsangebote zu erstellen.

Art. 29 - Wohnhilfezonen

Die Regierung definiert für das deutsche Sprachgebiet verschiedene Wohnhilfezonen, in denen Dienstleister durch das Bestehen einer Angebotspalette fördern, dass Senioren in ihrem vertrauten Umfeld altern, ihren Bedürfnissen und ihrem Unterstützungsbedarf entsprechend Angebote wahrnehmen können. Hierzu wird ein sozialer Raum definiert, der folgende Merkmale umfasst:

1. ausreichende unterschiedliche Wohnstrukturen;
2. ausreichende Angebote der häuslichen Unterstützung und Pflege;
3. ausreichende Angebote an allgemeiner Grundversorgung;
4. soziale Netzwerke, Nachbarschaftshilfe und Tätigkeiten der Personenunterstützung zur Förderung der Teilhabe an der Gesellschaft.

Abschnitt 2. — Genehmigung und Anerkennung**Unterabschnitt 1. — Genehmigungsverfahren****Art. 30 - Anwendungsbereich**

Vorliegender Unterabschnitt ist anwendbar auf folgende organisierte Unterstützungsangebote:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Tagespflege;
3. die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. die Nachtpflege;
5. die Kurzaufenthalte;
6. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
7. das betreute Wohnen;
8. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
9. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
10. die Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf;
11. die Palliativpflege.

Art. 31 - Grundsatz der Genehmigung

§ 1 - Für die in Artikel 30 erwähnten Unterstützungsangebote reichen die Dienstleister in folgenden Fällen einen Genehmigungsantrag bei der Regierung ein:

1. für die Schaffung bzw. das Anbieten eines Unterstützungsangebots;
2. für die Änderung der Unterstützungskapazität;
3. für die Änderung der Stundenpakete.

Bei ihrer Erteilung besteht die Genehmigung aus einer Planungsgenehmigung gefolgt von einer Betriebsgenehmigung bei Erbringung des Angebots.

§ 2 - Die in § 1 Absatz 2 erwähnte Planungsgenehmigung berechtigt den Dienstleister dazu, die nötigen Planungs- und Ausführungsarbeiten vorzunehmen, um die in § 1 Absatz 1 erwähnten Vorhaben umzusetzen.

§ 3 - Die in § 1 Absatz 2 erwähnte Betriebsgenehmigung berechtigt den Dienstleister dazu, sein Angebot zu erbringen. Sie setzt eine vorherige Planungsgenehmigung voraus.

Die Dienstleister beantragen die Betriebsgenehmigung drei Monate vor Erbringung der Dienstleistung und spätestens bei Ablauf der Planungsgenehmigung.

Art. 32 - Genehmigungsbedingungen

§ 1 - Die Regierung erteilt die Planungsgenehmigung, wenn:

1. das Angebot oder die Änderung der Unterstützungskapazität oder der Stundenpakete zum Zeitpunkt des Antrags den Kriterien der Programmierung gemäß Artikel 28 entspricht;
2. die durch die Regierung festgelegten baulichen Normen und spezifischen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung gilt nur für stationäre und teilstationäre Angebote.

§ 2 - Die Regierung erteilt die Betriebsgenehmigung, wenn eine Planungsgenehmigung erteilt wurde.

Die Regierung legt die weiteren Bedingungen zum Erhalt der Betriebsgenehmigung fest. Diese beziehen sich insbesondere auf:

1. die juristische Form des Dienstleisters;
2. die Buchführung;
3. das Konzept zur Organisation des Unterstützungsangebots;
4. das Mitspracherecht der Senioren mit Unterstützungsbedarf, der Personen mit Unterstützungsbedarf und der Bezugspersonen, insbesondere was die Beteiligung an der Gestaltung der Lebensbedingungen in den teilstationären und stationären Angeboten betrifft;
5. die Rechte und Pflichten des Stellvertreters unbeschadet anderslautender Bestimmungen;
6. das Vorliegen einer Vereinbarung zwischen dem Dienstleister und dem Senior mit Unterstützungsbedarf oder der Person mit Unterstützungsbedarf in Form eines Dienstleistungsvertrags;
7. die Öffnungszeiten, Bereitschaftsdienste, die Zugänglichkeit und die Kündigungsmodalitäten des Dienstleistungsvertrags;
8. das Qualitätsmanagement, einschließlich des Beschwerdemanagements;
9. die Angabe der beabsichtigten Personalzusammensetzung.

Die Regierung kann Ausnahmen zu der Verpflichtung, die in Absatz 2 erwähnten Bedingungen zu erfüllen, festlegen.

Art. 33 - Genehmigungsverfahren

§ 1 - Für den Erhalt der Planungs- und Betriebsgenehmigung reichen die Dienstleister einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 32 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Die Planungsgenehmigung hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren.

Die Dienstleister können spätestens drei Monate vor Ablauf der Planungsgenehmigung einen begründeten Antrag auf Verlängerung für eine Dauer von höchstens einem Jahr stellen. Die Regierung entscheidet über diesen Antrag auf Verlängerung binnen drei Monaten ab Erhalt des vollständigen Antrags.

Die Betriebsgenehmigung wird grundsätzlich für einen unbefristeten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Betriebsgenehmigung ausgesprochen wird. Sie kann gegebenenfalls zum gleichen Zeitpunkt wie die Planungsgenehmigung erteilt werden.

§ 2 - Die Dienstleister, die über eine Genehmigung verfügen, stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Genehmigung:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Genehmigung abgelaufen ist;
2. wenn der Dienstleister, die Regierung oder die Inspektoren feststellen, dass die in der Genehmigung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Genehmigung erwähnten Angaben abzuändern;
3. wenn der Dienstleister ein zusätzliches Unterstützungsangebot anzubieten wünscht, insofern es sich um ein in Artikel 30 erwähntes Angebot handelt.

§ 3 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Form und den Inhalt des Antrags auf Genehmigung bzw. auf Verlängerung der Planungsgenehmigung;
2. das Verfahren und die weiteren Modalitäten und Bedingungen zum Erhalt der Betriebs- und Planungsgenehmigung;
3. das Verfahren zur Verlängerung der Planungsgenehmigung;
4. die Verfahren zur gegebenenfalls befristeten und unbefristeten Betriebsgenehmigung;
5. die Verfahren zur Abänderung der Genehmigung;
6. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 34 - Übertragung der Genehmigung

§ 1 - Die Genehmigung für ein Angebot wird für einen bestimmten Dienstleister und für die teilstationären und stationären Angebote für einen bestimmten Standort erteilt.

Der Verkauf oder Erwerb von Unterstützungskapazitäten oder der Stundenpakete ist untersagt, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in Ausnahmefällen. Gestattet ist eine Übertragung von Unterstützungskapazitäten an einen anderen Dienstleister ohne Standortwechsel. Der neue Dienstleister stellt daraufhin einen neuen Antrag auf Genehmigung.

§ 2 - Unbeschadet der Anwendung von § 1 ist die Übertragung von Unterstützungskapazitäten mit Standortwechsel an einen anderen Dienstleister oder an denselben Dienstleister während eines begrenzten Zeitraums gestattet, wenn das genehmigte Unterstützungsangebot am ursprünglichen Standort umgebaut wird. Der Dienstleister, dem die Unterstützungskapazität während der Umbauphase übertragen wird, benötigt keine gesonderte Genehmigung. Die ursprünglich übertragene Unterstützungskapazität wird nach Beendigung der Umbauphase dem ursprünglichen Standort zurückgeführt.

Die Regierung bestimmt für die Anwendung von Absatz 1 die Zeitpunkte, an denen ein Umbau als angefangen und als beendet gilt.

Art. 35 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung

Zur Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung halten die Dienstleister folgende Verpflichtungen ein:

1. Einhaltung der der Planungs- und der Betriebsgenehmigung gemäß Artikel 32 zugrunde liegenden Verpflichtungen;
2. Einhaltung der Personalnormen in Bezug auf Anzahl und/oder Qualifikation des Personals;
3. Erbringung des jeweiligen Angebots unter Einhaltung der aktuellen hygienischen und pflgerischen Normen;
4. Einhaltung der Normen bezüglich der Mahlzeiten;
5. die Pflegekontinuität;
6. Einhaltung der Qualitätsnormen bezüglich der in Artikel 6 erwähnten Leistungsgrundsätze;
7. tatsächliche Erbringung der gemäß Kapitel 2 jeweils festgelegten Aufträge.

Die in Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Verpflichtung gilt nicht für folgende Angebote:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. das betreute Wohnen;
3. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen weiter präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Genehmigung festlegen.

Art. 36 - Genehmigung als Finanzierungsbedingung

Dienstleister, deren Unterstützungsangebot vor Erbringung in Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts von der Regierung genehmigt wurde, erhalten eine Finanzierung gemäß Kapitel 4.

In Abweichung von Absatz 1 wird das betreute Wohnen nicht finanziert.

Art. 37 - Nichteinhaltung der Genehmigungsbedingungen

§ 1 - Hält der Dienstleister eine oder mehrere Bedingungen, die der Genehmigung zugrunde liegen oder die zur Aufrechterhaltung der Genehmigung dienen, nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Genehmigungsbedingungen nachzukommen.

Kommt der Dienstleister nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Genehmigungsbedingungen nach:

1. setzt die Regierung die Genehmigung aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister;
2. setzt die Regierung die Genehmigung teilweise aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister teilweise;
3. entzieht die Regierung dem Dienstleister die Finanzierung ganz oder teilweise.

Die in Absatz 2 Nummer 3 vorgesehene Sanktion kann mit den in Absatz 2 Nummern 1 und 2 vorgesehenen Sanktionen kombiniert werden.

Die teilweise Aussetzung oder der teilweise Entzug der Genehmigung bezieht sich auf die Stundenpakete, die Unterstützungskapazität oder, im Fall eines Verstoßes gegen Artikel 32 § 1 Absatz 1 Nummer 2, auf einzelne Zimmer.

Die Regierung:

1. bestimmt das Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Genehmigung;
2. präzisiert die weiteren Modalitäten der teilweisen Aussetzung und des teilweisen Entzugs der Genehmigung bzw. der Finanzierung.

§ 2 - Während der teilweisen Aussetzung, der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Dienstleister sein Angebot nur zugunsten von Personen erbringen, die sein Angebot bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben. Eine Ausweitung des Angebots auf andere Personen ist nicht möglich. Der Dienstleister ist verpflichtet, die Dienststelle und die Personen, die das Angebot in Anspruch nehmen, über die Beschränkung der Ausweitung und deren Gründe zu informieren.

Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren, gemäß denen die in Absatz 1 erwähnte Information zur Kenntnis gebracht wird.

§ 3 - Falls ein Dienstleister nicht über eine Auslastung von mindestens 93 % der genehmigten Unterstützungskapazität oder Stundenpakete, basierend auf der höchsten jährlichen Auslastung der drei abgelaufenen Jahre verfügt, kann die Regierung die Unterstützungskapazität oder die Stundenpakete nach vorheriger Stellungnahme des Dienstleisters entsprechend prozentual reduzieren.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des prozentualen Entzugs der Unterstützungskapazität.

Art. 38 - Schließung

Der Entzug der Genehmigung hat die Schließung bzw. die Beendigung des Angebots zur Folge.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Schließung bzw. Beendigung des Angebots.

Art. 39 - Schließung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren oder eines Wohn- und Pflegezentrums für Personen mit Unterstützungsbedarf

Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren und von Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf sind ab der Notifizierung über den Entzug der Genehmigung verpflichtet, für die Unterbringung der betreffenden Personen in einer anderen Einrichtung in einer durch die Regierung festzulegenden Frist zu sorgen. Nach Ablauf dieser Frist wird das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren oder das Wohn- und Pflegezentrum für Personen mit Unterstützungsbedarf geschlossen.

Unbeschadet Absatz 1 kann die Regierung übergangsweise die sofortige Schließung anordnen, wenn äußerst dringliche Gründe der Volksgesundheit oder der Sicherheit es rechtfertigen.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Schließung bzw. Beendigung des Angebots.

Art. 40 - Beendigung des Unterstützungsangebots

Die freiwillige Einstellung des Angebots hat die Beendigung des Angebots zur Folge.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Beendigung eines Unterstützungsangebots.

Unterabschnitt 2. — Anerkennungsverfahren**Art. 41 - Anwendungsbereich**

Vorliegender Unterabschnitt ist anwendbar auf folgende organisierte Unterstützungsangebote:

1. die Krankenwache;
2. die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
3. die Tagesbetreuung.

Art. 42 - Grundsatz und Anerkennung als Finanzierungsbedingung

Dienstleister der in Artikel 41 erwähnten Unterstützungsangebote können bei der Regierung eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts beantragen.

Dienstleister, deren Unterstützungsangebot vor Erbringung in Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts von der Regierung anerkannt wurde, erhalten eine Finanzierung gemäß Kapitel 4.

Art. 43 - Anerkennungsbedingungen

Die Regierung erteilt die Anerkennung, wenn:

1. das Angebot oder die Änderung der Unterstützungskapazität oder der Stundenpakete zum Zeitpunkt des Antrags den Kriterien der Programmierung gemäß Artikel 28 entspricht;
2. die durch die Regierung festgelegten baulichen Normen und spezifischen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden;
3. die in Artikel 32 § 2 Absatz 2 festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung gilt nur für die Tagesbetreuung.

Art. 44 - Anerkennungsverfahren

§ 1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Dienstleister einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 43 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Die Anerkennung wird grundsätzlich für einen unbestimmten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Anerkennung ausgesprochen wird.

§ 2 - Die Dienstleister, die über eine Anerkennung verfügen, stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Anerkennung:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Anerkennung abgelaufen ist;
2. wenn der Dienstleister, die Regierung oder die Inspektoren feststellen, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen
oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern;
3. wenn der Dienstleister ein zusätzliches Unterstützungsangebot anzubieten wünscht, insofern es sich um ein in Artikel 41 erwähntes Angebot handelt.

§ 3 - Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Form und den Inhalt des Antrags auf Anerkennung;
2. das Verfahren und die weiteren Modalitäten und Bedingungen zum Erhalt der Anerkennung;
3. die Verfahren zur gegebenenfalls befristeten und unbefristeten Anerkennung;
4. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 45 - Übertragung der Anerkennung

Die Anerkennung für ein Angebot wird für einen bestimmten Dienstleister erteilt.

Der Verkauf oder Erwerb von Unterstützungskapazitäten oder der Stundenpakete ist untersagt, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in Ausnahmefällen.

Art. 46 - Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Dienstleister folgende Verpflichtungen ein:

1. Einhaltung der der Anerkennung gemäß Artikel 43 zugrunde liegenden Verpflichtungen;
2. Einhaltung der in Artikel 35 Absatz 1 Nummern 2 bis 4, 6 und 7 erwähnten Verpflichtungen.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen weiter präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen.

Art. 47 - Nichteinhaltung der Anerkennungsbedingungen

§ 1 - Hält der Dienstleister, der über eine Anerkennung verfügt, eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der Dienstleister nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister.

Die Regierung bestimmt die Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung.

§ 2 - Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens erhält der Dienstleister keine oder keine vollständige Finanzierung gemäß Kapitel 4.

KAPITEL 4. — *Finanzierung*

Abschnitt 1. — Tätigkeiten der Personenunterstützung und gemeinschaftliche Wohninitiativen

Art. 48 - Finanzierung durch Vertrag

Unbeschadet der Abschnitte 2 und 3 kann die Bezuschussung folgender Angebote im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mittels eines Vertrags zwischen der Regierung und dem Dienstleister erfolgen:

1. die in Kapitel 2 Abschnitt 1 erwähnten Unterstützungsangebote;
2. die gemeinschaftlichen Wohninitiativen.

Die Regierung bestimmt die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Die Dienstleister der in Kapitel 2 Abschnitt 1 erwähnten Unterstützungsangebote und der gemeinschaftlichen Wohninitiativen können von den Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres jeweiligen Unterstützungsangebots verlangen.

Abschnitt 2. — Organisierte Unterstützungsangebote

Unterabschnitt 1. — Gemeinsame Bestimmung

Art. 49 - Anwendungsbereich

Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind anwendbar auf die organisierten Unterstützungsangebote.

Art. 50 - Bedingung der Genehmigung bzw. der Anerkennung

Nur Dienstleister, die über eine Genehmigung bzw. Anerkennung verfügen, können eine Bezuschussung erhalten und einen finanziellen Beitrag vom Senior mit Unterstützungsbedarf und von der Person mit Unterstützungsbedarf verlangen.

Bei der Festlegung der Höhe des Zuschusses wird den geschätzten Einnahmen des Dienstleisters Rechnung getragen.

In Abweichung von Absatz 1 können Dienstleister von betreuten Wohnungen ausschließlich einen finanziellen Beitrag verlangen.

Unterabschnitt 2. — Finanzierung mittels finanziellem Beitrag

Art. 51 - Finanzieller Beitrag des Seniors mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf

§ 1 - Dienstleister folgender Angebote können vom Senior mit Unterstützungsbedarf und von der Person mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres jeweiligen Unterstützungsangebots verlangen:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Krankenwache;
3. die soziale hauswirtschaftliche Hilfe.

Für die in Absatz 1 Nummern 1 und 3 erwähnten Angebote wird die Höhe des zu entrichtenden Beitrags im Verhältnis zum Haushaltseinkommen des Seniors mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf festgelegt.

Die Regierung bestimmt für die in Absatz 1 erwähnten Angebote:

1. die Berechnungsmodalitäten zur Festlegung des zu entrichtenden Beitrags;
2. die Beitragssätze für die Inanspruchnahme des Unterstützungsangebots;
3. die Bedingungen und die Modalitäten zur Erhöhung der Beitragssätze;
4. die Mindestleistungen, die durch den finanziellen Beitrag abgedeckt sind, und zwar im Rahmen eines zwischen den in Absatz 1 erwähnten Dienstleistern und dem Senior mit Unterstützungsbedarf bzw. der Person mit Unterstützungsbedarf abgeschlossenen Vertrags.

§ 2 - Dienstleister folgender Angebote können vom Senior mit Unterstützungsbedarf und von der Person mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres Angebots verlangen:

1. die teilstationären Angebote;
2. die Kurzaufenthalte;
3. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. das betreute Wohnen;
5. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
6. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
7. die Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf.

Die Regierung bestimmt:

1. für das in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Angebot den finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme;
2. für die in Absatz 1 Nummern 2 bis 7 erwähnten Angebote die Bedingungen und Modalitäten zur Festlegung des Erstpreises;
3. für alle in Absatz 1 erwähnten Angebote die Bedingungen und die Modalitäten zur Erhöhung des finanziellen Beitrags;
4. für alle in Absatz 1 erwähnten Angebote die Mindestleistungen, die durch den finanziellen Beitrag abgedeckt sind.

Unterabschnitt 3. — Finanzierung mittels Stundenpauschalen und Pauschalbeträgen

Art. 52 - Finanzierungsweise

Dienstleister folgender Angebote können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form von jährlichen Stundenpaketen oder jährlichen Pauschalbeträgen gemäß Artikel 53 erhalten:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Krankenwache;
3. die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
4. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren.

Art. 53 - Bezuschussung

§ 1 - Die Festlegung der Bezuschussung bezieht sich auf die genehmigten jährlichen Stundenpakete und/oder auf durch die Regierung festgelegte jährliche Pauschalbeträge.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten beziehen.

Im Fall von Stundenpaketen erfolgt die Berechnung des Zuschusses für die betroffenen Unterstützungsangebote durch die Multiplikation der genehmigten Stundenpakete mit der von der Regierung festgelegten Stundenpauschale.

Mit Ausnahme der stationären und teilstationären Angebote wird der Zuschuss nur für Leistungen gewährt, die der Dienstleister im deutschen Sprachgebiet erbracht hat.

§ 2 - Erreicht der bezuschusste Dienstleister in einem Kalenderjahr das genehmigte Stundenpaket nicht oder kann er die Kosten für den festgelegten Pauschalbetrag nicht belegen, fordert die Regierung den Betrag von jeder nicht geleisteten Stunde bzw. von allen nicht belegten Kosten im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§ 3 - Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Stundenpakete;
5. die Stundenpauschale und die Pauschalbeträge.

Unterabschnitt 4. — Finanzierung mittels Begleitpauschale

Art. 54 - Finanzierungsweise

Dienstleister von teilstationären Angeboten können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form einer Begleitpauschale gemäß Artikel 55 erhalten.

Art. 55 - Bezuschussung

§ 1 - Die Regierung legt zur Festlegung der Bezuschussung jährliche Anwesenheitstage fest.

Die Bezuschussung erfolgt durch die Multiplikation der genehmigten Unterstützungskapazität mit der durch die Regierung festgelegten Begleitpauschale und den Anwesenheitstagen.

Die Begleitpauschale kann sich auf folgende Elemente beziehen:

1. die gesamten Kosten des Dienstleisters oder
2. gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten und/oder
3. die Unterstützungskategorie der Senioren und der Personen mit Unterstützungsbedarf.

§ 2 - Erreicht ein Dienstleister die vereinbarten Anwesenheitstage nicht, fordert die Regierung die Begleitpauschale für jeden fehlenden Anwesenheitstag im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§ 3 - Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung. Diese beziehen sich insbesondere auf:
 - a) die Unterstützungskapazität;
 - b) die Unterstützungskategorie;
 - c) die Anwesenheitstage und Auslastung des Unterstützungsangebots;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Begleitzuschüsse;
5. die jährlichen Anwesenheitstage.

Unterabschnitt 5. — Finanzierung mittels Tagespauschalen

Art. 56 - Finanzierungsweise

Dienstleister folgender Angebote können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form einer bewohnerbezogenen Bezuschussung gemäß Artikel 57, einer personalbezogenen Bezuschussung gemäß Artikel 58 und eines Pauschalzuschusses für Mobilitätshilfen gemäß Artikel 59 erhalten:

1. die Kurzaufenthalte;
2. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
3. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
4. die Wohn- und Pflegezentren für Personen mit Unterstützungsbedarf.

Art. 57 - Bewohnerbezogene Bezuschussung

§ 1 - Die Regierung legt zur Festlegung der bewohnerbezogenen Bezuschussung jährliche Anwesenheitstage fest.

Die Regierung legt die Bedingungen zur bewohnerbezogenen Bezuschussung der Dienstleister von Wohnstrukturen fest. Sie besteht aus folgenden Elementen:

1. einem Basiszuschuss;
2. einem Zuschuss für besondere Angebote;
3. einer Funktionspauschale.

Die Gewährung des in Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Basiszuschusses ist an die Einhaltung der Genehmigungsbedingungen gebunden.

Die Gewährung des in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Zuschusses für besondere Angebote ist an das Einreichen von Konzepten zur Verbesserung der Qualität der Wohnstruktur und zur Schaffung besonderer Angebote durch den Dienstleister gebunden, die von der Regierung zu genehmigen sind.

Die Gewährung der in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Funktionspauschale ist an die Einhaltung der Vorgaben in Bezug auf die Mindestanzahl der Mitglieder des Verwaltungspersonals und ihre Qualifikation gebunden und kann Materialpauschalen beinhalten.

§ 2 - Unter Berücksichtigung der in § 1 erwähnten Elemente wird die bewohnerbezogene Bezuschussung anhand der Multiplikation der Aufteilung der Unterstützungskapazität und einer von der Unterstützungskategorie der Bewohner abhängigen und einer für die Kurzaufenthalte durch die Regierung definierten Tagespauschale und der Anwesenheitstage ermittelt.

§ 3 - Eine Inanspruchnahme in Höhe von 97 % der festgelegten Anwesenheitstage entspricht einer Vollbelegung.

§ 4 - Erreicht ein Dienstleister die Vollbelegung nicht, fordert die Regierung die Tagespauschale für jeden fehlenden Anwesenheitstag auf Grundlage der Aufteilung der Unterstützungskapazität im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§ 5 - Die Regierung bestimmt:

1. die Höhe der Tagespauschale pro Unterstützungskategorie, die Tagespauschale der Kurzaufenthalte und ihrer Bestandteile;
2. die Form und den Inhalt der in § 1 Absatz 4 erwähnten Konzepte zur Verbesserung der Qualität der Angebote und zur Schaffung besonderer Angebote;
3. die in § 1 Absatz 5 erwähnten Vorgaben für das Verwaltungspersonal;
4. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung des Zuschusses;
5. gegebenenfalls weitere Berechnungskriterien;
6. gegebenenfalls weitere Zuschusskategorien.

Art. 58 - Personalbezogene Bezuschussung

Die personalbezogene Bezuschussung ergibt sich aus:

1. der Berufsqualifikation des Personals;
2. der Beanspruchung der anwendbaren Maßnahmen zum Karriereende;
3. den Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Die Regierung:

1. bestimmt die weiteren Bedingungen und Modalitäten sowie die Höhe der in Absatz 1 erwähnten Bezuschussung;
2. kann weitere Bezuschussungsgrundlagen bestimmen.

Art. 59 - Pauschalbezuschussung für Mobilitätshilfen

Für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren umfasst die Pauschalbezuschussung der Mobilitätshilfen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Pauschalzuschuss für den Ankauf, die Ausleihe und den Unterhalt von Standard-Mobilitätshilfen.

Die Regierung bestimmt die Höhe und die Modalitäten der Bezuschussung.

Unterabschnitt 6. — Finanzierung mittels Pauschalbetrag**Art. 60** - Finanzierungsweise

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann der Palliativpflegeverband eine Bezuschussung in Form eines Pauschalbetrags gemäß Artikel 61 erhalten.

Art. 61 - Bezuschussung

§ 1 - Die Regierung kann zur Festlegung der Bezuschussung jährliche Pauschalbeträge festlegen.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten beziehen.

§ 2 - Kann der Dienstleister die Kosten für den festgelegten Pauschalbetrag nicht belegen, fordert die Regierung den Betrag von allen nicht belegten Kosten im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§ 3 - Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Pauschalbeträge.

*Abschnitt 3. — Geschäftsführungsverträge***Art. 62** - Geschäftsführungsverträge

Unter Berücksichtigung der in Kapitel 2 festgelegten Vorgaben können die Bezuschussung und die weitere Aufgabenbeschreibung im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrags gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen einem genehmigten Dienstleister und der Regierung festgelegt werden.

*KAPITEL 5. — Unterstützungsplan***Art. 63** - Unterstützungsplan

Liegt für den Senior mit Unterstützungsbedarf, der ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren, einen Kurzaufenthalt, eine Tagespflege, eine Nachtpflege oder eine Familien- und Seniorenhilfe beanspruchen will, kein gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellter Unterstützungsplan vor, fordern die Dienstleister der oben erwähnten Angebote vor Gewährung ihres Angebots den Senior mit Unterstützungsbedarf auf, diesen Unterstützungsplan durch die Dienststelle erstellen zu lassen.

Bei Nichteinhaltung der in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmung und nachdem sie den betroffenen Dienstleister zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, kann die Regierung:

1. im Fall von Dienstleistern, die die Familien- und Seniorenhilfe, die Tagespflege oder die Nachtpflege erbringen, 10 % der für diesen Senior gemäß Artikel 53 ausgezahlten Stundenpauschale oder der gemäß Artikel 55 ausgezahlten Begleitpauschale zurückfordern oder im darauffolgendem Jahr verrechnen;
2. im Fall von Dienstleistern, die einen Kurzaufenthalt, ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren oder ein Wohn- und Pflegezentrum für Personen mit Unterstützungsbedarf anbieten, 10 % der für diesen Senior mit Unterstützungsbedarf oder für diese Person mit Unterstützungsbedarf gemäß Artikel 57 § 2 gewährten Tagespauschale zurückfordern oder im darauffolgendem Jahr verrechnen.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Dienstleister nicht dazu gehalten, einen Unterstützungsplan zu erstellen, wenn ein Angebot aufgrund von Artikel 83 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen oder seiner Ausführungsbestimmungen in Anspruch genommen wird. Es ist ebenfalls kein Unterstützungsplan erforderlich, wenn das Angebot für die Begleitung kranker Kinder in Anspruch genommen wird.

*KAPITEL 6. — Projekte und Netzwerkarbeit***Art. 64** - Förderung von Pilotprojekten

§ 1 - Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und unter den im Rahmen einer Konvention mit einem Projektträger gemeinsam festgelegten Bedingungen Pilotprojekte für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Drei Monate vor Ablauf der Konvention reicht der Projektträger eine Auswertung bei der Regierung ein. Die Regierung entscheidet auf Grundlage der Auswertung und der Stellungnahme des Fachbereichs und nach Anhörung des Trägers über die weitere Förderung des Projekts.

Sollte ein Projekt für eine Dauer von weniger als drei Jahren genehmigt worden sein, kann die Regierung auf Anfrage des Projektträgers und auf Grundlage der Auswertung und einer Stellungnahme des zuständigen Fachbereichs über die weitere Förderung des Projekts bis zu einer Gesamtprojektdauer von drei Jahren entscheiden.

§ 2 - Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Förderung eines Pilotprojekts;
2. die Form und den Inhalt des Antrags auf ein Pilotprojekt;
3. das Verfahren zur Förderung eines Pilotprojekts;
4. die Auswertungsmodalitäten des Pilotprojekts.

Nach Abschluss und positiver Bewertung des Pilotprojekts bestimmt die Regierung:

1. die Bedingungen zur Weiterführung des Angebots;
2. die weitere Förderung und Finanzierung des Angebots.

Art. 65 - Netzwerkarbeit für die Personenunterstützung

In jeder Wohnhilfezone arbeiten alle Dienstleister der Personenunterstützung und der Palliativpflege in einem Netzwerk zusammen.

Dieses Netzwerk hat zum Ziel:

1. die Seniorenunterstützung durch Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Mitgliedern des Netzwerks zu optimieren;
2. die Effizienz, Wirksamkeit und Kontinuität der Unterstützung im Sinne des Seniors zu fördern;

3. die Unterstützungspläne und/oder die Pflegeplanungen der einzelnen Dienstleister im Sinne eines fließenden Übergangs zwischen den Angeboten zu teilen und relevante Informationen auszutauschen mit dem Ziel, dem Senior eine bestmögliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen;

4. die Nutzung des im Vereinbarungsprotokoll vom 27. Juni 2016 zwischen der Föderalregierung und den in den Artikeln 128, 130, 135 und 138 der Verfassung erwähnten Behörden zur Entwicklung und Implementierung des BelRai-Instruments im Jahr 2016 erwähnten BelRai-Instruments zu optimieren;

5. gemeinsame Pilotprojekte in die Wege zu leiten.

KAPITEL 7. — *KommunaleR Beirat Für Senioreninteressen*

Art. 66 - Einsetzung der KBSI

Der Gemeinderat jeder Gemeinde des deutschen Sprachgebiets setzt einen KBSI ein und legt seine Geschäftsordnung fest.

Art. 67 - Zusammensetzung

§ 1 - Der KBSI setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Gemeindegremiums;
 2. einem Vertreter des öffentlichen Sozialhilfezentrums der Gemeinde;
 3. einem Vertreter des Seniorenbeirats der Gemeinde, insofern ein solcher besteht;
 4. jeweils einem Vertreter pro auf dem Gemeindegebiet angesiedelten Dienstleister der Personenunterstützung.
- Für jedes in Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt.

§ 2 - Dem KBSI gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Fachbereichs;
2. ein Vertreter der Dienststelle;
3. andere für die Seniorenunterstützung wichtige lokale Partner, die vom KBSI zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Regierung kann weitere Dienstleister bestimmen, die dem KBSI mit beratender Stimme angehören.

Art. 68 - Vorsitz und Funktionsweise

Der Vertreter des Gemeindegremiums übernimmt den Vorsitz der Sitzungen des KBSI. Diese werden auf Initiative des Vorsitzenden oder nach schriftlicher Anfrage eines Interessenten und/oder eines potenziellen Dienstleisters durch den Vorsitzenden einberufen.

Ein Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wohnt den Sitzungen des KBSI bei und führt unter der Verantwortung des Vorsitzenden das Protokoll.

Die Regierung kann die weitere Funktionsweise präzisieren.

Art. 69 - Auftrag

§ 1 - Der KBSI erstellt auf Anfrage der Regierung innerhalb einer von ihr vorgegebenen Frist oder aus eigener Initiative ein Gutachten zu den folgenden Punkten:

1. der demografischen Entwicklung auf dem Gebiet der Gemeinde und den daraus entstehenden kurz- und mittelbefristeten Bedarf an Unterstützungsangeboten;
2. den Unterstützungsangeboten, die zu einer Verbesserung des Angebots der wohnortnahen Seniorenpolitik beitragen unter Beachtung der lokalen Gegebenheiten und der Ermittlung der hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen.

§ 2 - Der KBSI bezieht Stellung zu allen neuen Unterstützungsangeboten oder Pilotprojekten auf dem Gebiet der Gemeinde und lässt der Regierung seine Stellungnahme zukommen. Zu diesem Zweck übermittelt der potenzielle Dienstleister dem KBSI vorab alle dazu notwendigen Unterlagen.

Die Stellungnahme beinhaltet zumindest eine Behandlung folgender Punkte:

1. der Bedarf für die neue Initiative der Seniorenunterstützung unter Berücksichtigung der geografischen, demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
2. das Unterstützungskonzept;
3. die Anzahl Personen, die mit dem Projekt angesprochen werden;
4. die mögliche Kostenbeteiligung der Senioren;
5. die Vernetzung der Unterstützungsangebote;
6. bei nicht einstimmiger Stellungnahme: die Darlegung der verschiedenen Positionen.

Der KBSI lässt der Regierung seine Stellungnahme innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Erhalt der Unterlagen des potenziellen Dienstleisters zukommen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen aufgrund der begrenzten Tragweite der betroffenen Initiative keine Stellungnahme des KBSI erforderlich ist.

§ 3 - Die Regierung kann dem KBSI weitere Aufgaben erteilen.

KAPITEL 8. — *Beirat für die Seniorenunterstützung*

Art. 70 - Einsetzung des Beirats

Es wird ein Beirat für die Seniorenunterstützung geschaffen.

Art. 71 - Aufgaben

Die Aufgaben des Beirats umfassen:

1. das Erstellen von Gutachten in Bezug auf Angelegenheiten, die durch das vorliegende Dekret und die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt werden, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung;
2. das Erstellen von Gutachten oder Empfehlungen über die künftige Gestaltung der Seniorenpolitik und des selbstbestimmten Lebens, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung.

Die Regierung holt zu jedem Vorentwurf eines Dekrets oder eines Erlasses, die einen der nachfolgenden Zuständigkeitsbereiche betreffen, das Gutachten des Beirats ein:

1. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Seniorenunterstützung;
2. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Unterstützung;

3. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Wohnstrukturen;
4. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Palliativpflege;
5. die Politik der Dienstleistungen in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten;
6. die Seniorenpolitik im Allgemeinen.

Der Beirat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechtswegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden. Gibt der Beirat sein Gutachten innerhalb der Frist zu einem Dekretvorentwurf ab, hinterlegt die Regierung dieses zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament.

Die in Absatz 3 erwähnte Frist kann im Ausnahmefall und bei begründeter Dringlichkeit auf 15 Tage begrenzt werden.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Beirats anfragen. Der Beirat übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.

Art. 72 - Zusammensetzung

§ 1 - Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein im deutschen Sprachgebiet tätiger Allgemeinmediziner, der vorzugsweise in der Koordination der medizinischen Betreuung in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren tätig ist und der aus den Vorschlagslisten der Verbände der Allgemeinmediziner bestellt wird;

2. zwei Mitglieder des leitenden Verwaltungspersonals der Angebote in Form von Wohnstrukturen, die aus den Vorschlagslisten der jeweiligen Verwaltungsräte bestellt werden und wovon einer die Wohn- und Pflegezentren für Senioren vertritt;

3. zwei Mitglieder des leitenden Verwaltungspersonals eines Dienstleisters der häuslichen Unterstützung, die aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte bestellt werden und wovon einer die Angebote der Familien- und Seniorenhilfe vertritt;

4. ein Mitglied, das in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren als Krankenpfleger tätig ist und das aus den Vorschlagslisten des Berufsverbands bestellt wird;

5. ein Krankenpfleger, der in der häuslichen Pflege tätig ist und der aus den Vorschlagslisten des Berufsverbands bestellt wird;

6. ein Mitarbeiter eines Dienstleisters der Familien- und Seniorenhilfe oder der Krankenwache, der mit der Begleitung von Senioren mit Unterstützungsbedarf in der häuslichen Unterstützung befasst ist und der aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte bestellt wird;

7. ein Paramediziner, der in der Seniorenunterstützung tätig ist;

8. ein Mitglied des leitenden Verwaltungspersonals des Palliativpflegeverbands;

9. zwei im deutschen Sprachgebiet wohnhafte Senioren, die aus den Vorschlagslisten der kommunalen Seniorenbeiräte bestellt werden.

Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen und das Sekretariat des Beirats.

§ 2 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern einen Vorsitzenden für eine erneuerbare Mandatsdauer von zwei Jahren.

§ 3 - Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und ein Ersatzmitglied für jedes Mitglied.

Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre und ist erneuerbar.

§ 4 - Die Regierung und der Beirat können Beauftragte zu den Beratungen hinzuziehen. Diese Beauftragten sind nicht stimmberechtigt.

Art. 73 - Funktionsweise

§ 1 - Der Beirat tritt spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt sich der Beirat eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Rates.

Der Vorsitzende des Beirats teilt der Regierung die Termine der Zusammenkünfte mit.

§ 2 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Rat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§ 3 - Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen, die mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Darüber hinaus kann der Beirat Arbeitsgruppen einsetzen.

Art. 74 - Berichterstattung

Zum Ende eines jeden Kalenderjahres fasst der Beirat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr und übermittelt diesen zeitgleich dem Parlament und der Regierung.

Art. 75 - Entschädigungen

Die stimmberechtigten Mitglieder des Rates sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 73 § 3 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 9 — *Vertraulichkeit und Datenschutz***Art. 76 - Vertraulichkeit**

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Dienstleister, die Regierung und anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 77 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 78 sind die Dienstleister für die Verarbeitung der in Artikel 79 § 1 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung verantwortlich. Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 79 § 2 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Die Dienstleister und die Regierung gelten für ihre jeweilige Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.

Die Dienstleister sowie die Regierung verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung gesetzlicher oder dekretaler Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 2 bzw. den Kapiteln 3, 4 und 11 aufgeführten Aufgaben betrifft. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 78 - Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt, die bei dem Dienstleister beschäftigt ist und gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches an das Berufsgeheimnis gebunden ist.

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 79 - Datenkategorien

§ 1 - Die Dienstleister sowie die gemäß Artikel 83 bestellten Inspektoren und die im selben Artikel erwähnten externen Sachverständigen können alle gemäß Artikel 77 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Stellvertreters des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
3. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Familienangehörigen des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
4. Daten zur Familiensituation des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
6. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;
7. Daten zur Gesundheit und Entwicklung des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
 - f) Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten;
8. gerichtliche Daten in Bezug auf den Senior oder die Person mit Unterstützungsbedarf, insofern sie ihre Rechtsfähigkeit betreffen, und in Bezug auf seine Personalmitglieder einen Auszug aus dem Strafregister sowie ein ärztliches Attest.

§ 2 - Die Regierung sowie die gemäß Artikel 83 bestellten Inspektoren und die im selben Artikel erwähnten externen Sachverständigen können alle gemäß Artikel 77 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. die in § 1 Nummern 1-7 erwähnten Daten;
2. Daten zur Identität der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters;
3. Daten zur beruflichen Situation und zur beruflichen Qualifikation der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters;
4. einen Auszug aus dem Strafregister in Bezug auf die Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters.

§ 3 - Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in den Paragraphen 1-2 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 80 - Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen höchstens während zehn Jahren, nachdem der Senior mit Unterstützungsbedarf oder die Person mit Unterstützungsbedarf das Unterstützungsangebot eines Dienstleisters zum letzten Mal in Anspruch genommen hat, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

Art. 81 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.

KAPITEL 10 — *Beschwerden***Art. 82** - Beschwerdestelle

Die Regierung bestellt eine natürliche oder juristische Person zwecks Bearbeitung von Beschwerden gegen Dienstleister für den Fall, dass die Beschwerde nicht zwischen dem Dienstleister selbst und der Person oder deren Stellvertreter geklärt werden konnten.

Die Regierung bestimmt:

1. die Vorgaben in Bezug auf die Arbeitsweise der in Absatz 1 erwähnten Beschwerdestelle;
2. das Beschwerdeverfahren.

KAPITEL 11 — *Kontroll- und Strafbestimmungen***Art. 83** - Inspektion und Kontrolle

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 17 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben unterliegen die im vorliegenden Dekret erwähnten Dienstleister der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der Dienstleister, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen;
5. die Wohnungen mit dem Einverständnis aller volljährigen Bewohner einsehen;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;
7. unter Einhaltung der in den Nummern 4 und 5 vorgesehenen Bedingungen die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Dienstleisters vornehmen. In diesem Fall erhält der Vertreter des Dienstleisters anschließend eine unmittelbare Rückmeldung.

§ 2 - Die Regierung kann darüber hinaus externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung eines Dienstleisters beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in § 1 erwähnten Befugnisse.

§ 3 - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Art. 84 - Berichtspflichten

§ 1 - Die genehmigten Dienstleister reichen bis spätestens zum 30. April eines jeden Jahres einen Tätigkeitsbericht zu den im Vorjahr durchgeführten Dienstleistungen bei der Regierung ein.

Die Regierung bestimmt die Struktur und Mindestanforderungen an die Inhalte des einzureichenden Tätigkeitsberichts.

§ 2 - Alle Dienstleister übermitteln der Regierung auf ihre Anfrage hin alle relevanten Informationen und statistischen Angaben.

Die Regierung bestimmt die Form und die Fristen.

Art. 85 - Kommissarischer Vertreter

Werden im Rahmen der Ausübung der Inspektion in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren oder in einem Wohn- und Pflegezentrum für Personen mit Unterstützungsbedarf schwerwiegende Mängel in der Ausübung des Auftrags festgestellt und werden diese vom Dienstleister in der auferlegten Frist nicht behoben, kann die Regierung unbeschadet der Möglichkeit des Entzugs der Genehmigung einen kommissarischen Vertreter zulasten des Dienstleisters für die Leitung des Betreuungsangebots bestellen.

Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten, Bedingungen sowie Rechte und Pflichten des kommissarischen Vertreters fest.

Art. 86 - Strafrechtliche Bestimmung

Wird zu einer Haftstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und/oder einer Geldstrafe von 1.000 bis zu 10.000 Euro verurteilt, wer:

1. ein gemäß Kapitel 3 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 genehmigungspflichtiges Unterstützungsangebot ohne die entsprechende Genehmigung erbringt bzw. nach deren Entzug ein solches anbietet oder betreibt;
2. rechtswidrig schriftlich oder mündlich behauptet, dass er über eine in diesem Dekret vorgesehene Genehmigung, Anerkennung oder ein in diesem Dekret vorgesehenes Qualitätslabel gemäß Artikel 20 verfügt;
3. die Ausübung der in Artikel 83 vorgesehenen Inspektion verweigert oder behindert.

KAPITEL 12 — *Schlussbestimmungen***Art. 87** - Abänderungsbestimmung

In Artikel 17 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird die Wortfolge "Unbeschadet des Artikels 13 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und des Artikels 19 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe" durch die Wortfolge "Unbeschadet des Artikels 83 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege" ersetzt.

Art. 88 - Abänderungsbestimmung

In der Überschrift des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird die Wortfolge "über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und" aufgehoben.

Art. 89 - Abänderungsbestimmung

Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird aufgehoben.
2. In Nummer 2, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird die Wortfolge "Artikel 2 § 1 Nummern 1 und 2 und" gestrichen.
3. Die Nummern 3 und 4 werden aufgehoben.
4. Nummer 8, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.
5. Nummer 11, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird aufgehoben.

Art. 90 - Abänderungsbestimmung

Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.
2. Die Paragraphen 1.1 und 1.2, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, werden aufgehoben.
3. In Paragraph 2 wird das Wort "ebenfalls" gestrichen.
4. Paragraph 3, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.
5. Paragraph 4 wird aufgehoben.
6. Paragraph 5, eingefügt durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 91 - Abänderungsbestimmung

Artikel 3 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge "eines Betreuungsangebots oder" gestrichen.
2. In Nummer 1 wird die Wortfolge "eines Betreuungsangebotes oder" gestrichen.
3. In Nummer 2 wird die Wortfolge "eines Betreuungsangebotes oder" gestrichen.
4. In Nummer 3 wird die Wortfolge "Betreuungsangebotes oder" gestrichen.

Art. 92 - Abänderungsbestimmung

Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "eines Betreuungsangebotes oder" gestrichen.
2. In Paragraph 1 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird der Satz "Letzteres gilt nicht für betreute Wohnungen" gestrichen.
3. In Paragraph 1 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird der Satz "Die vorläufige Anerkennung von betreuten Wohnungen gilt für eine Dauer von 6 Monaten" gestrichen.
4. Paragraph 2 wird aufgehoben.

Art. 93 - Abänderungsbestimmung

Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 wird die Wortfolge "Betreuungsangeboten oder" gestrichen.
2. In Paragraph 2 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird die Wortfolge "des Betreuungsangebotes oder" gestrichen.
3. In Paragraph 2 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, werden die Wortfolge "das Betreuungsangebot oder" und der Satz "Dies gilt nicht für betreute Wohnungen" gestrichen.
4. In Paragraph 4 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird die Wortfolge "eines Betreuungsangebotes oder" gestrichen.
5. In Paragraph 4 werden die Absätze 2 und 3, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, aufgehoben.

Art. 94 - Abänderungsbestimmung

Im selben Dekret werden aufgehoben:

1. Artikel 8, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010;
2. Artikel 9.1, eingefügt durch das Dekret vom 13. Dezember 2016;
3. Kapitel II.1, das den Artikel 10.2 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 13. Februar 2012;
4. Kapitel III, das den Artikel 11 umfasst, abgeändert durch die Dekrete vom 22. Februar 2016 und vom 20. Februar 2017;
5. Kapitel IV, das den Artikel 12 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017;
6. Kapitel IV.1, das die Artikel 12.1-12.4 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017.

Art. 95 - Abänderungsbestimmung

Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 1 Absatz 1, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Februar 2013 und vom 24. Februar 2014, werden das Wort "Betreuungsangebote," und die Wortfolge "und Seniorenresidenzen." gestrichen.
2. In Paragraph 2, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, werden die Wortfolgen "eines Betreuungsangebots," und "oder einer Seniorenresidenz" gestrichen.

Art. 96 - Abänderungsbestimmung

Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juni 2008, werden die Sätze "Diese Aussetzung kann auf begründeten Antrag des Trägers einmal um dieselbe Dauer verlängert werden. Während der Dauer der Aussetzung darf das Betreuungsangebot weiter betrieben werden für die Senioren, die das Angebot zum Zeitpunkt des Beginns der Aussetzung nutzen, aber es dürfen keine weiteren Senioren aufgenommen werden. Sind die gestellten Auflagen nach Ablauf der Aussetzung nicht erfüllt, wird das Verfahren zum Entzug der Genehmigung, der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung eingeleitet" gestrichen.
2. Paragraph 2.1, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird aufgehoben.
3. In Paragraph 4 wird die Wortfolge "des Betreuungsangebotes oder" gestrichen.

Art. 97 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 15 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "ein Betreuungsangebot oder" gestrichen.

Art. 98 - Abänderungsbestimmung

Artikel 16 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird aufgehoben.

Art. 99 - Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. Artikel 22 Nummer 6ter des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. August 2017;
2. Artikel 23 § 3bis desselben koordinierten Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. August 2017;
3. Artikel 37 § 12 desselben koordinierten Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2008;
4. Kapitel III des Dekrets vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirats und eines Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe, abgeändert durch die Dekrete vom 15. März 2010 und vom 7. November 2016;
5. das Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017.

Art. 100 - Übergangsbestimmung

Unterstützungsangebote, die vor Inkrafttreten vorliegenden Dekrets in Anwendung der Dekrete vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe genehmigt und/oder anerkannt waren, gelten in Anwendung vorliegenden Dekrets wie folgt als vorläufig genehmigt bzw. anerkannt und können innerhalb der nachfolgenden Fristen einen Antrag auf Genehmigung bzw. Anerkennung gemäß vorliegendem Dekret einreichen:

1. die Familien- und Seniorenhilfe, die Krankenwache, die soziale hauswirtschaftliche Hilfe, die Tagesbetreuung, der Kurzaufenthalt und das betreute Wohnen gelten für eine Übergangsdauer von vier Jahren als genehmigt bzw. anerkannt;
2. die Tagespflege und das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren gelten für eine Übergangsdauer von zehn Jahren als genehmigt.

Sie erhalten während dieser Übergangszeit eine Bezuschussung und einen finanziellen Beitrag gemäß den Bestimmungen vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen, ohne alle aus diesem Dekret hervorgehenden Verpflichtungen hinsichtlich der Genehmigung erfüllen zu müssen. Die Finanzierung ist während des in Absatz 1 erwähnten Zeitraums an die Einhaltung der in den vorerwähnten Dekreten vom 4. Juni 2007 bzw. vom 16. Februar 2009 festgelegten Genehmigungs- und Anerkennungsbedingungen sowie an die Einhaltung der aufgrund vorliegenden Dekrets abgeschlossenen Verträge gebunden.

Art. 101 - Übergangsbestimmung

Die gemäß dem Dekret vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirats und eines Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe bestellten Mitglieder des Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe bleiben ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bis zum 1. Juni 2019 bestellt.

Art. 102 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 13. Dezember 2018

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2018-2019

Nummerierte Dokumente: 257 (2018-2019) Nr. 1 Dekretentwurf

257 (2018-2019) Nrn. 2-6 Abänderungsvorschläge

257 (2018-2019) Nr. 7 Bericht

Ausführlicher Bericht: 13. Dezember 2018 - Nr. 60 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2019/200641]

13 DÉCEMBRE 2018. — Décret concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}** - Clause européenne

Ce décret sert à transposer partiellement la directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur.

Art. 2 - Champ d'application

Le présent décret est applicable à tous les prestataires qui sont actifs dans le soutien aux personnes et proposent, en région de langue allemande, les activités de soutien aux personnes et les offres de soutien organisées mentionnées au chapitre 2.

Art. 3 - Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 4 - Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1^o offres : les prestations de soutien aux personnes, fournies par un prestataire;

2^o forfait d'encadrement : le subside forfaitaire journalier défini par le Gouvernement et octroyé par place dans un établissement semi-résidentiel;

3^o résidents : les personnes suivantes :

a) la personne âgée à laquelle une catégorie de soutien a été assignée et qui a recours aux centres de repos et de soins pour personnes âgées, mentionnés à l'article 24, et aux courts séjours, mentionnés à l'article 17;

b) la personne dépendante classée dans une catégorie de soutien supérieure, souffrant d'une affection neurologique constatée et qui a recours aux centres de repos et de soins pour personnes dépendantes, mentionnés à l'article 26;

4^o personne de référence : la personne proche d'une personne âgée ou dépendante et qui s'en occupe dans un cadre non-professionnel, qu'elle soit ou non dédommée pour le faire. Les aidants proches mentionnés dans la loi du 12 mai 2014 relative à la reconnaissance de l'aidant proche aidant une personne en situation de grande dépendance sont aussi considérés comme personnes de référence;

5^o soins intégraux : l'encadrement, l'aide et les soins fournis de manière fiable dans une continuité personnelle aussi grande que possible et organisés selon le principe d'une prestation globale;

6^o prestataire : la personne physique ou morale ou l'association de fait qui propose une offre de soutien aux personnes, à titre de profession principale ou accessoire ou à titre bénévole;

7^o Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

8^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de santé et de personnes âgées;

9^o revalidation gériatrique : les activités définies dans l'article 43 de la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé.

10^o prestations de santé : tous les services définis dans l'article 1^{er} de la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé;

11^o offres collectives : les offres mises à la disposition de plusieurs personnes en même temps dans une implantation définie;

12^o soutien à domicile : les offres de soutien organisées, proposées à la personne dépendante, âgée ou non, et ce, essentiellement chez elle ou dans un établissement en ce qui concerne les offres collectives. Ces offres de soutien visent à permettre à la personne dépendante, âgée ou non, de rester le plus longtemps possible chez elle ou d'y revenir;

13^o KBSI : les conseils consultatifs communaux pour les intérêts des personnes âgées;

14^o offres de soutien organisées : les offres de soutien à domicile, de structures d'hébergement et de soins palliatifs proposées par des prestataires;

15 soins palliatifs : l'offre de soutien organisée regroupant tous les soins pour un patient qui, indépendamment de son espérance de vie, se trouve à un stade avancé ou en phase terminale d'une maladie grave, progressive et mortelle. Le suivi de ces patients est garanti par une approche globale pluridisciplinaire des soins; cette approche est de nature physique, psychologique, sociale, morale, existentielle, voire spirituelle. Les soins palliatifs offrent au malade et à sa famille une qualité de vie aussi grande que possible et une autonomie maximale. Les soins palliatifs visent à garantir et à optimiser aussi longtemps que possible la qualité de vie du patient, de sa famille et de ses aidants proches;

16^o soutien aux personnes : les activités de soutien aux personnes et les offres de soutien organisées;

17^o personnes dépendantes : les personnes physiques suivantes qui, conformément aux critères fixés par le Gouvernement, nécessitent un soutien :

a) les enfants et jeunes de 0 à 18 ans;

b) les adultes entre 18 ans et l'âge légal de la retraite;

c) les personnes de référence;

18^o activités de soins : les activités définies dans l'article 46 de la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé, effectuées par un infirmier;

19^o projet pilote : l'initiative particulière de soutien aux personnes qui se distingue par son caractère novateur, expérimental, limité dans le temps;

20^o programmation : la capacité de soutien maximale et les contingents d'heures maximaux pouvant être autorisés pour des offres en région de langue allemande;

21^o personne âgée : la personne qui a dépassé l'âge légal de la retraite;

22° personne âgée dépendante : la personne âgée qui, conformément aux critères fixés par le Gouvernement, nécessite un soutien;

23° implantation : tous les bâtiments d'un prestataire situés dans un rayon d'un kilomètre et dans lesquels une offre est proposée;

24° offres résidentielles : les offres suivantes qui garantissent un hébergement à long terme dans un ou plusieurs bâtiments situés dans une seule et même implantation :

- a) les courts séjours, mentionnés à l'article 17;
- b) les courts séjours axés sur la revalidation, mentionnés à l'article 18;
- c) les résidences-services, mentionnées à l'article 22;
- d) les logements communautaires encadrés pour personnes âgées, mentionnés à l'article 23;
- e) les centres de repos et de soins pour personnes âgées, mentionnés à l'article 24;
- f) les centres de repos et de soins pour personnes dépendantes, mentionnés à l'article 26;

25° représentant : l'une des personnes physiques suivantes :

- a) le représentant légal ou judiciaire de la personne âgée ou dépendante;
- b) le mandataire que la personne âgée ou dépendante a désigné par acte notarié, à l'exception des personnes qui sont occupées auprès d'un prestataire auquel a recours la personne âgée ou dépendante;

26° contingent d'heures : les heures de prestation à fournir par les membres du personnel du prestataire. Il peut s'agir non seulement des heures de prestation à fournir auprès de la personne dépendante, âgée ou non, mais aussi d'heures non productives à prester;

27° forfait horaire : le taux horaire forfaitaire défini par le Gouvernement pour le subventionnement des contingents d'heures;

28° forfait journalier : le subside forfaitaire journalier défini par le Gouvernement et octroyé par place dans un établissement résidentiel;

29° activités de soutien aux personnes : les offres élémentaires ayant pour but d'accroître le bien-être des personnes âgées ou dépendantes dans leur environnement domestique et de contribuer à la cohésion sociale;

30° offres semi-résidentielles : les offres suivantes qui, dans un ou plusieurs bâtiments situés dans une seule et même implantation, ne sont sollicitées que pour quelques heures :

- a) l'accueil de jour mentionné à l'article 13;
- b) les soins de jour mentionnés à l'article 14;
- c) les soins de jour axés sur la revalidation mentionnés à l'article 15;
- d) les soins de nuit mentionnés à l'article 16;

31° capacité de soutien : le nombre de places autorisées d'un établissement semi-résidentiel ou résidentiel;

32° catégorie de soutien : la catégorie de soins assignée conformément à l'article 16 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

33° zone d'intervention : la partie de territoire définie par le Gouvernement et dans laquelle un nombre minimal d'offres de soutien aux personnes sont à la disposition des citoyens, et ce, selon les spécificités locales;

34° structures d'hébergement : les offres de soutien organisées qui proposent un logement à long terme principalement aux personnes âgées dépendantes et ont pour objectif de conserver et/ou de rétablir leur qualité de vie dans un environnement de type familial.

Art. 5 - Objet et objectif

Le présent décret :

- 1° décrit les offres de soutien aux personnes;
- 2° fixe les prescriptions pour l'autorisation et l'agrément des prestataires;
- 3° fixe le financement des prestataires.

Il a pour objectif de conserver et/ou d'améliorer la qualité de vie des personnes âgées ou dépendantes en :

- 1° renforçant leur compétence à se prendre en charge et appuyer les personnes de référence;
- 2° créant des offres de soutien différenciées et spécifiques;
- 3° promouvant la santé et la prévention des maladies;
- 4° promouvant le travail en réseau et les accords entre les différents acteurs de la zone d'intervention dans le but d'offrir aux personnes le meilleur soutien possible et d'organiser un passage fluide d'une offre à l'autre.

Art. 6 - Principes des prestations

Dans l'exercice de leur mission, les prestataires garantissent les droits suivants des personnes dépendantes, âgées ou non, et respectent vis-à-vis d'elles les principes suivants :

- 1° le droit à la dignité, au bien-être physique et mental, à la liberté et à la sécurité;
- 2° le droit à l'autodétermination;
- 3° le droit à la vie privée;
- 4° le droit à des soins et à un encadrement axés sur leurs besoins et répondant aux normes de qualité en vigueur;
- 5° le droit à des informations et conseils individuels comme condition préalable à une décision réfléchie;
- 6° le droit à la communication, à la participation à la vie sociale et aux activités culturelles;
- 7° le droit à la liberté d'expression, à la liberté d'opinion et de conscience, ainsi qu'à la liberté philosophique, culturelle et religieuse;
- 8° le droit aux soins palliatifs et à une mort digne.

Les prestataires veillent, dans l'exercice de leurs missions, à ce que le personnel :

- 1° applique les soins intégraux;
- 2° soutienne et implique les personnes de référence dans l'encadrement des personnes âgées.

Le Gouvernement précise le contenu des droits et principes mentionnés aux alinéas 1^{er} et 2 et fixe les modalités que doivent respecter les prestataires dans l'exercice de leur mission.

Art. 7 - Représentant

Dans les limites des prescriptions légales, le représentant de la personne âgée ou dépendante peut exercer tous les droits et devoirs de celle-ci mentionnés dans le présent décret et ses dispositions d'exécution, et ce, en son nom et pour son compte. Ce faisant, il agit exclusivement dans l'intérêt de la personne âgée ou dépendante.

CHAPITRE 2. — Offres de soutien aux personnes**Section 1^{re}. — Activités de soutien aux personnes****Art. 8 - Offres de soutien élémentaires**

Les offres de soutien élémentaires sont des offres proposées aux personnes âgées ou dépendantes et comprenant au moins l'une des prestations suivantes :

- 1° proposer un service de transport et, le cas échéant, un encadrement complémentaire;
- 2° offrir une compagnie;
- 3° co-organiser les loisirs;
- 4° offrir un encadrement aux personnes démentes et aux personnes de référence;
- 5° proposer des séances d'information et de sensibilisation;
- 6° proposer des formations continues;
- 7° proposer un encadrement aux personnes en deuil;
- 8° proposer un service de visites.

Les offres élémentaires peuvent prendre la forme d'offres collectives.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres prestations qui sont fournies dans le cadre des offres de soutien élémentaires.

Art. 9 - Service de téléassistance

Le service de téléassistance est une offre proposée aux personnes âgées ou dépendantes dans leur environnement domestique et comprend les prestations suivantes :

- 1° proposer et entretenir un dispositif de téléassistance constitué d'au moins un émetteur relié à une ligne téléphonique, un réseau mobile ou une ligne internet et un émetteur portable;
- 2° établir la liaison avec une centrale d'appel occupée en permanence par du personnel spécialisé;
- 3° en cas d'alerte, soit joindre les personnes de contact désignées au préalable ou les services de secours lors d'une urgence sanitaire et/ou si les personnes de contact sont absentes.

Section 2. — Soutien organisé aux personnes**Sous-section 1^{re}. — Offres de soutien à domicile****Art. 10 - Aide aux familles et aux personnes âgées**

L'aide aux familles et aux personnes âgées est une offre de soutien à domicile proposée aux personnes dépendantes, âgées ou non, dans leur environnement domestique et comprend les prestations suivantes :

- 1° offrir une aide, un encadrement et des soins personnels directs;
- 2° offrir un soutien psychosocial complémentaire;
- 3° proposer une aide ménagère complémentaire, limitée, dans le cadre des activités mentionnées au 1°.

La garde de malades peut être proposée dans le cadre de l'aide aux familles et aux personnes âgées.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre de l'aide aux familles et aux personnes âgées;
- 2° fixer des critères d'intervention qui permettent de définir la nature et l'intensité des aides nécessaires.

Art. 11 - Garde de malades

La garde de malades est une offre de soutien à domicile proposée aux personnes dépendantes, âgées ou non, dans leur environnement domestique et consistant à :

- 1° offrir une compagnie;
- 2° organiser les loisirs;
- 3° soutenir les personnes de référence;
- 4° offrir un soutien psychosocial complémentaire;
- 5° proposer une aide ménagère complémentaire et limitée, dans le cadre des activités mentionnées aux points 1° à 3°.

La garde de malades peut fournir un encadrement de nuit dans l'environnement domestique de la personne. La garde de malades peut être assurée par des prestataires bénévoles.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre de la garde de malades;
- 2° fixer des critères d'intervention qui permettent de définir la nature et l'intensité des aides nécessaires.

Art. 12 - Aide ménagère sociale

L'aide ménagère sociale est une offre de soutien à domicile proposée aux personnes dépendantes, âgées ou non, et consistant à :

- 1° proposer des activités consistant essentiellement à nettoyer le logement de la personnes et d'y favoriser l'hygiène;
- 2° offrir un encadrement social limité;
- 3° faire la lessive.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre de l'aide ménagère sociale;
- 2° fixer des critères d'intervention qui permettent de définir la nature et l'intensité des aides nécessaires.

Art. 13 - Accueil de jour

L'accueil de jour est une offre collective de soutien à domicile assurée le jour en faveur de personnes âgées dépendantes. Cette offre consiste à :

- 1° offrir un soutien psychosocial;
- 2° activer et soutenir;
- 3° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 4° co-organiser les loisirs;
- 5° proposer des locaux communautaires, des espaces de repos, des installations sanitaires et des douches;
- 6° proposer des prestations ménagères.

Dans le cadre de l'accueil de jour, le personnel n'effectue aucune prestation de santé.

Dans le respect de l'alinéa 2, le Gouvernement peut fixer d'autres prestations fournies dans le cadre de l'accueil de jour.

Art. 14 - Soins de jour

Les soins de jour sont une offre collective de soutien à domicile assurée le jour en faveur de personnes âgées dont le classement dans une catégorie de soutien supérieure est attesté. Cette offre comprend les prestations suivantes :

- 1° fournir des prestations de santé;
- 2° offrir un soutien psychosocial;
- 3° proposer des mesures d'activation, de soutien et de mobilisation;
- 4° offrir une revalidation gériatrique;
- 5° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 6° co-organiser les loisirs;
- 7° offrir des locaux communautaires, des espaces de repos, des installations sanitaires et des douches;
- 8° proposer des prestations ménagères.

Le Gouvernement peut :

1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre des soins de jour;

2° dans des cas exceptionnels, permettre aux personnes dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté d'avoir recours à cette offre. Le Gouvernement fixe les exigences pour les demandes y relatives.

Art. 15 - Soins de jour axés sur la revalidation

Les soins de jour axés sur la revalidation sont une offre collective de soutien à domicile à laquelle des personnes dépendantes, âgées ou non, peuvent avoir recours en journée sur prescription médicale. Cette offre comprend les prestations suivantes :

1° fournir les prestations mentionnées à l'article 14, alinéa 1^{er};

2° exécuter les mesures de revalidation intensives prescrites par le médecin en vue de récupérer les facultés et ressources;

3° coopérer avec les médecins spécialistes.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres prestations fournies dans le cadre des soins de jour axés sur la revalidation.

Art. 16 - Soins de nuit

Les soins de nuit sont une offre collective de soutien à domicile assurée la nuit en faveur de personnes âgées dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien supérieure est attesté. Cette offre comprend les prestations suivantes :

- 1° proposer un espace pour dormir et d'autres espaces de vie;
- 2° fournir des prestations de santé;
- 3° offrir un soutien psychosocial;
- 4° proposer des mesures d'activation, de soutien et de mobilisation;
- 5° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 6° co-organiser les loisirs;
- 7° proposer des prestations ménagères.

Le Gouvernement peut :

1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre des soins de nuit;

2° dans des cas exceptionnels, permettre aux personnes dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté d'avoir recours à cette offre. Le Gouvernement fixe les exigences pour les demandes y relatives.

Art. 17 - Courts séjours

Le court séjour est une offre collective de soutien à domicile qui peut être sollicitée, par des personnes âgées dépendantes auxquelles a été assignée une catégorie de soutien, pendant une période de trois mois au plus par année calendaire, avec un maximum de nonante jours consécutifs. Cette offre comprend les prestations suivantes :

- 1° fournir des prestations de santé;
- 2° garantir un encadrement médical;
- 3° offrir un soutien psychosocial;
- 4° proposer des mesures d'activation, de soutien et de mobilisation;
- 5° offrir une revalidation gériatrique;
- 6° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 7° co-organiser les loisirs;
- 8° proposer des prestations ménagères;
- 9° offrir un espace de vie.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre d'un court séjour;
- 2° dans des cas exceptionnels, permettre aux personnes dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté d'avoir recours à cette offre. Le Gouvernement fixe les exigences pour les demandes y relatives.

Art. 18 - Courts séjours axés sur la revalidation

Le court séjour axé sur la revalidation est une offre collective de soutien à domicile à laquelle des personnes dépendantes, âgées ou non, peuvent avoir recours pendant une période de maximum trois mois consécutifs, sur prescription médicale. Cette offre comprend les prestations suivantes :

- 1° fournir les prestations mentionnées à l'article 17, alinéa 1^{er};
- 2° exécuter les mesures de revalidation intensives prescrites par le médecin en vue de récupérer les facultés et ressources;
- 3° coopérer avec les médecins spécialistes.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres prestations qui sont fournies dans le cadre d'un court séjour axé sur la revalidation.

Sous-section 2. — Structures d'hébergement

Art. 19 - Résidences pour séniors

Les résidences pour séniors sont des structures d'hébergement pour personnes âgées dont l'offre, dans un ou plusieurs bâtiments, comprend les prestations suivantes :

- 1° proposer des logements adaptés;
- 2° proposer des prestations ménagères, organisées par les personnes âgées ou auxquelles celles-ci peuvent avoir librement recours.

Les résidences pour séniors ne peuvent dispenser aucun soin.

Dans le respect de l'alinéa 2, le Gouvernement peut fixer d'autres prestations fournies dans une résidence pour séniors.

Art. 20 - Résidences pour séniors labellisées « Ostbelgien »

§ 1^{er} - Les résidences pour séniors qui remplissent les conditions fixées par le Gouvernement peuvent utiliser la dénomination « Seniorenresidenz mit ostbelgischem Qualitätslabel » (résidence pour séniors labellisée « Ostbelgien »). Ces conditions se rapportent au moins :

- 1° à l'aménagement des locaux;
- 2° au concept d'organisation de la résidence.

Des logements de la résidence pour séniors peuvent obtenir un label de qualité à titre individuel.

§ 2 - L'autorisation d'utiliser cette dénomination est demandée au Gouvernement.

Le Gouvernement détermine :

- 1° la procédure de demande;
- 2° les critères pour la prise de décision;
- 3° les obligations pour continuer à utiliser le label de qualité et la procédure applicable en cas de non-respect des obligations.

Art. 21 - Initiatives de logements communautaires

Les initiatives de logements communautaires sont des structures d'hébergement pour et/ou de personnes âgées qui présentent, dans un ou plusieurs bâtiments, les caractéristiques suivantes :

- 1° offre de plusieurs logements adaptés;
- 2° gestion participative de la structure;
- 3° soutien mutuel dans les tâches quotidiennes;
- 4° organisation d'activités communautaires.

Les initiatives de logements communautaires peuvent aussi être des structures d'hébergement intergénérationnelles proposant des logements à différentes tranches d'âge.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres prestations qui sont fournies dans le cadre des initiatives de logements communautaires.

Art. 22 - Résidences-services

La résidence-services est une structure d'hébergement pour personnes âgées dépendantes qui est rattachée à un centre de repos et de soins pour personnes âgées et qui, dans un ou plusieurs bâtiments, propose :

- 1° un espace de vie adapté;
- 2° des prestations ménagères auxquelles il peut être recouru librement;
- 3° des offres de loisirs auxquelles il peut être recouru librement dans le centre de repos et de soins;
- 4° en cas d'appel d'urgence, un service d'intervention par le personnel soignant du centre de repos et de soins.

Le personnel du centre de repos et de soins n'effectue aucune prestation de santé au sein de la résidence-services. Dans le respect de l'alinéa 2, le Gouvernement peut fixer d'autres prestations fournies dans les résidences-services.

Art. 23 - Logements communautaires encadrés pour personnes âgées

Les logements communautaires encadrés pour personnes âgées dépendantes sont une offre qui comprend les prestations suivantes :

- 1° proposer un espace de vie adapté;
- 2° proposer une cuisine et un séjour communautaires;
- 3° organiser la vie quotidienne de manière participative;
- 4° proposer, en fonction des ressources, un soutien par du personnel *ad hoc*.

Le personnel du logement communautaire encadré n'effectue aucune prestation de santé. Le Gouvernement peut autoriser des exceptions pour certains groupes cibles et le personnel soignant correspondant. Le Gouvernement détermine les critères y afférents.

Dans le respect de l'alinéa 2, le Gouvernement peut fixer d'autres prestations fournies dans les logements communautaires encadrés.

Art. 24 - Centres de repos et de soins pour personnes âgées

Les centres de repos et de soins pour personnes âgées sont des structures d'hébergement pour personnes âgées dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté; leur offre, dans un ou plusieurs bâtiments, comprend les prestations suivantes :

- 1° offrir un espace de vie;
- 2° fournir des prestations de santé;
- 3° garantir un encadrement médical;
- 4° offrir un soutien psychosocial;
- 5° proposer des mesures d'activation, de soutien et de mobilisation;
- 6° offrir une revalidation gériatrique;
- 7° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 8° co-organiser les loisirs;
- 9° proposer des prestations ménagères;
- 10° proposer des courts séjours.

Les prestations suivantes peuvent aussi être proposées dans un centre de repos et de soins :

- 1° l'accueil de jour;
- 2° les soins de jour;
- 3° les soins de jour axés sur la revalidation;
- 4° les soins de nuit;
- 5° les courts séjours axés sur la revalidation;
- 6° les résidences-services.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer d'autres prestations fournies dans le cadre des centres de repos et de soins pour personnes âgées;
- 2° dans des cas exceptionnels, permettre aux personnes dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté d'avoir recours à cette offre. Le Gouvernement fixe les exigences pour les demandes y relatives.

Art. 25 - Répartition de la capacité de soutien dans les centres de repos et de soins pour personnes âgées

La capacité de soutien de chaque centre de repos et de soins pour personnes âgées est fixée comme suit :

- 1° 82 % de la capacité de soutien sont réservés aux personnes âgées dont le classement dans une catégorie de soutien supérieure est attesté;
- 2° 13 % de la capacité de soutien sont réservés aux personnes âgées dont le classement dans une catégorie de soutien peu élevée est attesté;
- 3° 5 % de la capacité de soutien sont réservés aux personnes âgées dépendantes dont le classement dans une catégorie de soutien est attesté et qui font un court séjour dans un centre de repos et de soins pour personnes âgées.

La capacité de soutien totale d'un centre de repos et de soins pour personnes âgées est limitée à cent-cinquante places. À la demande du prestataire d'un centre de repos et de soins pour personnes âgées, cette capacité de soutien peut être portée à cent-quatre-vingts places au plus si ledit prestataire propose en plus les offres suivantes :

- 1° les résidences-services;
- 2° les soins de jour;
- 3° une autre offre, mentionnée dans la présente sous-section, ou un projet pilote au sens de l'article 64 s'ils répondent aux critères d'une structure d'hébergement au sens de l'article 4, 34°;
- 4° l'activité de point de contact social conformément aux dispositions du décret du 5 mai 2014 portant agrégation et soutien de points de contact social;
- 5° une offre intergénérationnelle récurrente qui favorise l'interaction des générations;
- 6° une possibilité de déplacement accessible à toutes les personnes âgées de la zone d'intervention concernée.

Les offres supplémentaires mentionnées aux 3° à 5° doivent être proposées au sein de la zone d'intervention où se situe le centre de repos et de soins pour personnes âgées.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Gouvernement fixe :

- 1° les autres obligations relatives aux offres à prester;
- 2° la forme et le contenu de la demande d'accroissement de la capacité de soutien ainsi que la procédure y relative.

Art. 26 - Centres de repos et de soins pour personnes dépendantes

Les centres de repos et de soins pour personnes dépendantes sont des structures d'hébergement pour personnes dépendantes classées dans une catégorie de soutien supérieure et souffrant d'une affection neurologique constatée; ces structures proposent, dans un ou plusieurs bâtiments, les prestations suivantes :

- 1° offrir un espace de vie;
- 2° fournir des prestations de santé;
- 3° garantir un encadrement médical;
- 4° offrir un soutien psychosocial;
- 5° proposer des mesures d'activation, de soutien et de mobilisation;
- 6° proposer des mesures de revalidation intensive;
- 7° fournir des prestations en matière de promotion de la santé et de prévention des maladies;
- 8° coopérer avec les médecins spécialistes.
- 9° co-organiser les loisirs;
- 10° proposer des prestations ménagères;
- 11° proposer des courts séjours;
- 12° proposer des courts séjours axés sur la revalidation;
- 13° proposer des soins de jour axés sur la revalidation;
- 14° proposer des soins de nuit.

Le Gouvernement peut déterminer d'autres prestations fournies dans le cadre des centres de repos et de soins pour personnes dépendantes.

Section 3. — Soins palliatifs

Art. 27 - Association de soins palliatifs

L'association de soins palliatifs propose, tant dans l'environnement domestique que dans des structures d'hébergement, une offre de soins palliatifs qui comprend les prestations suivantes :

1° pour la population :

- a) travailler en réseau;
- b) fournir un travail de relations publiques et de sensibilisation aux soins palliatifs;

2° pour les personnes âgées ou dépendantes en fin de vie et leur entourage :

- a) offrir un encadrement en soins palliatifs dans l'environnement domestique;
- b) conseiller les soignants de première ligne actifs sur le terrain et se concerter avec eux;
- c) fournir des prestations de soutien directes.

Les prestations fixées à l'alinéa 1^{er}, 2°, sont fournies par une équipe pluridisciplinaire.

Le Gouvernement fixe la composition de cette équipe. À cette fin, il précise :

1° le nombre minimal de membres que compte cette équipe;

2° les conditions de qualification technique auxquelles doivent répondre les membres de l'équipe.

CHAPITRE 3. — Programmation et autorisation

Section 1^{re}. — Programmation

Art. 28 - Principe de la programmation

§ 1^{er} - Les offres de soutien mentionnées au chapitre 2, section 2, font l'objet d'une programmation par le Gouvernement.

Par dérogation au premier alinéa :

1° les offres suivantes ne font pas l'objet d'une programmation :

- a) les résidences pour séniors;
- b) les initiatives de logements communautaires;

2° les offres suivantes ne font l'objet d'une programmation que si le prestataire demande une agrégation sur la base de l'article 42 :

- a) la garde de malades;
- b) l'aide ménagère sociale;
- c) l'accueil de jour.

3° une seule association de soins palliatifs peut être programmée en région de langue allemande.

§ 2 - La programmation intervient dans le respect des critères suivants :

1° la situation démographique et les prévisions en la matière, notamment la part des personnes âgées par rapport à l'ensemble de la population et celle des personnes de plus de quatre-vingts ans par rapport au groupe de population des personnes âgées;

2° la structure des zones d'intervention;

3° les éléments suivants, par commune de la région de langue allemande :

- a) le nombre de personnes âgées;
- b) les offres de soutien aux personnes âgées, existantes ou prévues.

Afin de fixer la programmation, le Gouvernement peut charger des experts externes de réaliser une analyse des besoins à propos des offres de soutien existantes ou prévues.

Art. 29 - Zones d'intervention

Pour la région de langue allemande, le Gouvernement définit différentes zones d'intervention dans lesquelles des prestataires, grâce à une palette d'offres, permettent aux personnes âgées de vieillir dans un environnement familial et de pouvoir avoir recours à des offres répondant à leurs besoins et à leur niveau de dépendance. À cette fin, un espace social est défini, caractérisé par :

1° des structures d'hébergement différentes et en nombre suffisant;

2° des offres de soutien et de soins à domicile en nombre suffisant;

3° des offres de soins de base globaux en nombre suffisant;

4° des réseaux sociaux, une aide par le voisinage et des activités de soutien aux personnes favorisant la participation sociale.

Section 2. — Autorisation et agrégation

Sous-section 1^{re}. — Procédure d'autorisation

Art. 30 - Champ d'application

La présente sous-section est applicable aux offres de soutien suivantes :

1° l'aide aux familles et aux personnes âgées;

2° les soins de jour;

3° les soins de jour axés sur la revalidation;

4° les soins de nuit;

5° les courts séjours;

6° les courts séjours axés sur la revalidation;

7° les résidences-services;

8° les logements communautaires encadrés pour personnes âgées;

9° les centres de repos et de soins pour personnes âgées;

10° les centres de repos et de soins pour personnes dépendantes;

11° les soins palliatifs.

Art. 31 - Principe de l'autorisation

§ 1^{er} - En ce qui concerne les offres de soutien mentionnées à l'article 30, les prestataires introduisent une demande d'autorisation auprès du Gouvernement dans les cas suivants :

1° pour la création ou la proposition, selon le cas, d'une offre de soutien;

2° pour la modification de la capacité de soutien;

3° pour la modification des contingents d'heures.

Lors de son octroi, l'autorisation consiste en une autorisation de planification, suivie par une autorisation d'exploitation si l'offre est fournie.

§ 2 - L'autorisation de planification mentionnée au § 1^{er}, alinéa 2, habilite le prestataire à mener les travaux de planification et d'exécution nécessaires à la concrétisation des projets mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

§ 3 - L'autorisation d'exploitation mentionnée au § 1^{er}, alinéa 2, habilite le prestataire à proposer son offre. Elle présuppose une autorisation de planification.

Les prestataires demandent l'autorisation d'exploitation trois mois avant de prester le service et au plus tard à l'expiration de l'autorisation de planification.

Art. 32 - Conditions mises à l'autorisation

§ 1^{er} - Le Gouvernement octroie l'autorisation de planification si :

1° l'offre ou la modification de la capacité de soutien ou des contingents d'heures répond, au moment de la demande, aux critères de programmation conformément à l'article 28;

2° les normes physiques et les mesures spécifiques de sécurité fixées par le Gouvernement sont respectées.

La condition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°, n'est applicable qu'aux offres résidentielles et semi-résidentielles.

§ 2 - Le Gouvernement octroie l'autorisation d'exploitation si une autorisation de planification avait été accordée.

Le Gouvernement détermine les conditions supplémentaires pour l'octroi de l'autorisation d'exploitation. Elles concernent surtout :

1° la forme juridique du prestataire;

2° la comptabilité;

3° le concept relatif à l'organisation de l'offre de soutien;

4° le droit de regard des personnes dépendantes, âgées ou non, et des personnes de référence, notamment en ce qui concerne la participation à l'organisation des conditions de vie dans les offres semi-résidentielles et résidentielles;

5° les droits et devoirs du représentant, sans préjudice de dispositions contraires;

6° la conclusion, entre le prestataire et la personne dépendante, âgée ou non, d'un accord prenant la forme d'un contrat de fourniture de services;

7° les heures d'ouverture, le service de garde, l'accès et les modalités de résiliation du contrat de fourniture de services;

8° la gestion de la qualité, y compris la gestion des plaintes;

9° l'indication de la composition envisagée au niveau du personnel.

Le Gouvernement peut déterminer des exceptions à l'obligation de remplir les conditions mentionnées à l'alinéa 2.

Art. 33 - Procédure d'autorisation

§ 1^{er} - En vue d'obtenir une autorisation de planification et d'exploitation, les prestataires introduisent une demande auprès du Gouvernement.

La demande est accompagnée de documents dont il ressort que les conditions mentionnées à l'article 32 sont remplies.

L'autorisation de planification a une durée de validité de trois ans.

Au plus tard trois mois avant l'expiration de l'autorisation de planification, les prestataires peuvent introduire une demande motivée de prolongation pour une durée maximale d'un an. Le Gouvernement statue sur cette demande de prolongation dans les trois mois suivant la réception de la demande complète.

L'autorisation d'exploitation est en principe octroyée pour une durée indéterminée. Le Gouvernement fixe les éventuels cas exceptionnels où une autorisation d'exploitation est accordée pour une durée déterminée. Le cas échéant, elle peut être délivrée en même temps que l'autorisation de planification.

§ 2 - Les prestataires qui disposent d'une autorisation introduisent une nouvelle demande ou demande partielle d'autorisation :

1° lorsque l'autorisation, éventuellement accordée pour une durée déterminée, est arrivée à échéance;

2° si le prestataire, le Gouvernement ou les inspecteurs constatent que les données mentionnées sur l'autorisation ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier lesdites données;

3° si le prestataire souhaite proposer une offre de soutien supplémentaire, à condition qu'il s'agisse d'une offre mentionnée à l'article 30.

§ 3 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

1° la forme et le contenu de la demande d'autorisation ou, selon le cas, de prolongation de l'autorisation de planification;

2° la procédure et les autres modalités et conditions pour l'obtention de l'autorisation d'exploitation et de planification;

3° la procédure de prolongation de l'autorisation de planification;

4° les procédures d'octroi de l'autorisation d'exploitation, le cas échéant, à durée déterminée ou non;

5° les procédures de modification de l'autorisation;

6° les possibilités de recours lorsque la demande a été rejetée.

Art. 34 - Cession de l'autorisation

§ 1^{er} - L'autorisation d'une offre est octroyée pour un prestataire déterminé et pour les offres semi-résidentielles ou résidentielles d'une implantation déterminée.

La vente ou l'acquisition de capacités de soutien ou des contingents d'heures est interdite, à moins que le Gouvernement ne l'autorise explicitement, sur demande, dans des cas exceptionnels. Le transfert de capacités de soutien à un autre prestataire sans changement d'implantation est autorisé. Le nouveau prestataire introduit immédiatement une nouvelle demande d'autorisation.

§ 2 - Sans préjudice de l'application du § 1^{er}, le transfert de capacités de soutien avec changement d'implantation à un autre prestataire ou au même est autorisé pendant une période limitée si l'offre de soutien autorisée est transformée sur le site initial. Le prestataire auquel est transférée une capacité de soutien pendant la phase de transformation n'a pas besoin d'une autorisation séparée. Au terme de la phase de transformation, la capacité de soutien initialement transférée est restituée à l'implantation initiale.

Pour l'application de l'alinéa premier, le Gouvernement détermine les moments où une transformation est censée commencer et se terminer.

Art. 35 - Obligations à remplir pour conserver l'autorisation d'exploitation

Pour conserver l'autorisation d'exploitation, les prestataires remplissent les obligations suivantes :

1^o respect des obligations mises à l'octroi de l'autorisation de planification et d'exploitation conformément à l'article 32;

2^o respect des normes en matière de personnel quant au nombre et/ou à la qualification;

3^o respect des normes actuelles d'hygiène et de soins lors de la fourniture de l'offre concernée;

4^o respect des normes en matière de repas;

5^o continuité des soins;

6^o respect des normes de qualité en ce qui concerne les principes de prestation mentionnés à l'article 6;

7^o prestation effective des différentes tâches fixées conformément au chapitre 2.

L'obligation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 5^o, ne s'applique pas aux offres suivantes :

1^o l'aide aux familles et aux personnes âgées;

2^o les résidences-services;

3^o les logements communautaires encadrés pour personnes âgées.

Le Gouvernement peut :

1^o préciser les obligations mentionnées à l'alinéa 1^{er};

2^o fixer d'autres obligations pour conserver l'autorisation.

Art. 36 - Autorisation en tant que condition de financement

Les prestataires dont l'offre de soutien a, avant d'être fournie, été autorisée par le Gouvernement en application de la présente sous-section sont financés conformément au chapitre 4.

Par dérogation au premier alinéa, la résidence-services n'est pas financée.

Art. 37 - Non-respect des conditions mises à l'autorisation

§ 1^{er} - Si le prestataire ne respecte pas une ou plusieurs conditions mises à l'octroi de l'autorisation ou à sa conservation, le Gouvernement l'invite à se mettre en ordre conformément aux modalités qu'il fixe.

Si, après l'invitation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, le prestataire ne remplit toujours pas les conditions mises à l'autorisation, le Gouvernement :

1^o suspend l'autorisation et/ou la retire au prestataire;

2^o suspend partiellement l'autorisation et/ou la retire partiellement au prestataire;

3^o retire le financement, en tout ou partie, au prestataire.

La sanction prévue à l'alinéa 2, 3^o, peut être combinée avec celles prévues à l'alinéa 2, 1^o et 2^o.

La suspension partielle ou le retrait partiel de l'autorisation porte sur les contingents d'heures, la capacité de soutien ou, en cas d'infraction à l'article 32, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, sur certaines chambres.

Le Gouvernement :

1^o détermine la procédure de suspension et de retrait de l'autorisation;

2^o précise les autres modalités de suspension partielle et de retrait partiel de l'autorisation ou, selon le cas, du financement.

§ 2 - Pendant la suspension, partielle ou non, la suspension ou la procédure de retrait, le prestataire ne peut fournir son offre qu'aux personnes y ayant déjà eu recours avant la notification de la décision relative à la suspension ou à l'entame d'une procédure de retrait. Un élargissement de l'offre à d'autres personnes n'est pas possible. Le prestataire est tenu d'informer l'Office et les personnes qui ont recours à l'offre de la limitation de l'élargissement et des raisons de celle-ci.

Le Gouvernement détermine la forme et le contenu de l'information mentionnée à l'alinéa 1^{er}, ainsi que la procédure à suivre pour la communiquer.

§ 3 - Si, en se basant sur l'occupation annuelle la plus élevée des trois dernières années, un prestataire n'affiche pas un taux d'utilisation représentant au moins 93 % de sa capacité de soutien autorisée ou des contingents d'heures autorisés, le Gouvernement peut réduire proportionnellement la capacité de soutien ou les contingents d'heures après que le prestataire aura pris position.

Le Gouvernement détermine la procédure et les modalités pour la réduction proportionnelle de la capacité de soutien.

Art. 38 - Fermeture

Le retrait de l'autorisation entraîne la fermeture ou, selon le cas, la cessation de l'offre.

Le Gouvernement détermine la procédure de fermeture ou, selon le cas, de cessation de l'offre.

Art. 39 - Fermeture d'un centre de repos et de soins pour personnes âgées ou d'un centre de repos et de soins pour personnes dépendantes

Dès la notification du retrait de l'autorisation, les prestataires de centres de repos et de soins pour personnes âgées et de centres de repos et de soins pour personnes dépendantes sont tenus de veiller, dans un délai fixé par le Gouvernement, à l'hébergement des personnes concernées dans un autre établissement. Au terme de ce délai, le centre de repos et de soins pour personnes âgées ou le centre de repos et de soins pour personnes dépendantes est fermé.

Sans préjudice du premier alinéa, le Gouvernement peut, provisoirement, ordonner la fermeture immédiate si des raisons extrêmement urgentes de santé publique ou de sécurité la justifient.

Le Gouvernement détermine la procédure de fermeture ou, selon le cas, de cessation de l'offre.

Art. 40 - Cessation de l'offre de soutien

L'arrêt volontaire de l'offre entraîne la cessation.

Le Gouvernement détermine la procédure à suivre pour la cessation d'une offre de soutien.

Sous-section 2. — Procédure d'agrément

Art. 41 - Champ d'application

La présente sous-section est applicable aux offres de soutien suivantes :

- 1° la garde de malades;
- 2° l'aide ménagère sociale;
- 3° l'accueil de jour.

Art. 42 - Principe et agréation en tant que condition de financement

Les prestataires des offres de soutien mentionnées à l'article 41 peuvent demander une agréation auprès du Gouvernement conformément aux dispositions de la présente sous-section.

Les prestataires dont l'offre de soutien a, avant d'être fournie, été agréée par le Gouvernement en application de la présente sous-section sont financés conformément au chapitre 4.

Art. 43 - Conditions mises à l'agréation

Le Gouvernement octroie l'agréation si :

- 1° l'offre ou la modification de la capacité de soutien ou des contingents d'heures répond, au moment de la demande, aux critères de programmation conformément à l'article 28;
- 2° les normes physiques et les mesures spécifiques de sécurité fixées par le Gouvernement sont respectées;
- 3° les conditions fixées à l'article 32, § 2, alinéa 2, sont respectées.

La condition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 2°, ne s'applique qu'à l'accueil de jour.

Art. 44 - Procédure d'agrément

§ 1^{er} - Pour obtenir l'agréation, les prestataires introduisent une demande auprès du Gouvernement.

La demande est accompagnée de documents dont il ressort que les conditions mentionnées à l'article 43 sont remplies.

L'agréation est en principe octroyée pour une durée indéterminée. Le Gouvernement fixe les éventuels cas exceptionnels où une agréation est accordée pour une durée déterminée.

§ 2 - Les prestataires qui disposent d'une agréation introduisent une nouvelle demande ou demande partielle :

- 1° lorsque l'agréation, accordée éventuellement pour une durée déterminée, est arrivée à échéance;
- 2° si le prestataire, le Gouvernement ou les inspecteurs constatent que les données mentionnées sur l'agréation ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier lesdites données;
- 3° si le prestataire souhaite proposer une offre de soutien supplémentaire, à condition qu'il s'agisse d'une offre mentionnée à l'article 41.

§ 3 - Le Gouvernement fixe ce qui suit :

- 1° la forme et le contenu de la demande d'agréation;
- 2° la procédure et les autres modalités et conditions pour l'obtention de l'agréation;
- 3° les procédures d'octroi de l'agréation, le cas échéant, à durée déterminée ou non;
- 4° les possibilités de recours lorsque la demande a été rejetée.

Art. 45 - Cession de l'agréation

L'agréation d'une offre est octroyée à un prestataire déterminé.

La vente ou l'acquisition de capacités de soutien ou des contingents d'heures est interdite, à moins que le Gouvernement ne l'autorise explicitement, sur demande, dans des cas exceptionnels.

Art. 46 - Obligations pour conserver l'agréation

Pour conserver l'agréation, les prestataires remplissent les obligations suivantes :

- 1° respect des obligations mises à l'octroi de l'agréation conformément à l'article 43;
- 2° respect des obligations mentionnées à l'article 35, alinéa 1^{er}, 2° à 4°, 6° et 7°.

Le Gouvernement peut :

- 1° préciser les obligations mentionnées à l'alinéa 1^{er};
- 2° fixer d'autres obligations pour conserver l'agréation.

Art. 47 - Non-respect des conditions mises à l'agréation

§ 1^{er} - Si un prestataire agréé ne remplit pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement l'invite à se mettre en ordre conformément aux modalités fixées par lui.

Si le prestataire ne remplit toujours pas les obligations après l'invitation mentionnée au premier alinéa, le Gouvernement suspend l'agréation et/ou la lui retire.

Le Gouvernement détermine les procédures de suspension et de retrait de l'agréation.

§ 2 - Pendant la suspension ou la procédure de retrait, le prestataire ne perçoit aucun financement conformément au chapitre 4 ou seulement un financement partiel.

CHAPITRE 4. — *Financement**Section 1^{re}. — Activités de soutien aux personnes et initiatives de logements communautaires***Art. 48** - Financement contractuel

Sans préjudice des sections 2 et 3, le subventionnement des offres suivantes peut, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, s'opérer sur la base d'un contrat conclu entre le Gouvernement et le prestataire :

- 1^o les offres de soutien mentionnées au chapitre 2, section 1^{re};
- 2^o les initiatives de logements communautaires.

Le Gouvernement détermine les conditions-cadres y afférentes.

Les prestataires des offres de soutien mentionnées au chapitre 2, section 1^{re}, et des initiatives de logements communautaires peuvent exiger une contribution financière des personnes âgées ou dépendantes ayant recours à leurs offres de soutien.

*Section 2. — Offres de soutien organisées*Sous-section 1^{re}. — Disposition commune**Art. 49** - Champ d'application

Les dispositions de la présente section s'appliquent aux offres de soutien organisées.

Art. 50 - Obligation d'autorisation ou, selon le cas, d'agrément

Seuls les prestataires disposant d'une autorisation ou, selon le cas, d'une agrément peuvent obtenir un subventionnement et exiger une contribution financière de la personne dépendante, âgée ou non.

Lors de la fixation du montant du subside, les recettes estimées du prestataire sont prises en considération.

Par dérogation au premier alinéa, les prestataires de résidences-services peuvent exclusivement exiger une contribution financière.

Sous-section 2. — Financement au moyen d'une contribution financière**Art. 51** - Contribution financière de la personne dépendante, âgée ou non

§ 1^{er} - Les prestataires des offres suivantes peuvent exiger une contribution financière des personnes dépendantes, âgées ou non, ayant recours à leurs offres de soutien :

- 1^o l'aide aux familles et aux personnes âgées;
- 2^o la garde de malades;
- 3^o l'aide ménagère sociale.

Pour les offres mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1^o et 3^o, le montant de la contribution à payer est fixé au prorata des revenus du ménage de la personne dépendante, âgée ou non.

Pour les offres mentionnées à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement détermine :

- 1^o les modalités de calcul pour déterminer la contribution à payer;
- 2^o les taux de contribution pour le recours aux offres de soutien;
- 3^o les conditions et modalités pour augmenter les taux de contribution;

4^o les prestations minimales couvertes par la contribution financière, et ce, dans le cadre d'un contrat conclu entre les prestataires mentionnés à l'alinéa 1^{er} et la personne dépendante, âgée ou non.

§ 2 - Les prestataires des offres suivantes peuvent exiger une contribution financière des personnes dépendantes, âgées ou non, ayant recours à leur offre :

- 1^o les offres semi-résidentielles;
- 2^o les courts séjours;
- 3^o les courts séjours axés sur la revalidation;
- 4^o les résidences-services;
- 5^o les logements communautaires encadrés pour personnes âgées;
- 6^o les centres de repos et de soins pour personnes âgées;
- 7^o les centres de repos et de soins pour personnes dépendantes.

Le Gouvernement détermine :

- 1^o pour l'offre mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1^o, la contribution financière pour y avoir recours;
- 2^o pour les offres mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2^o à 7^o, les conditions et modalités pour fixer le « premier prix »;

3^o pour toutes les offres mentionnées à l'alinéa 1^{er}, les conditions et modalités pour augmenter la contribution financière;

4^o pour toutes les offres mentionnées à l'alinéa 1^{er}, les prestations minimales qui doivent être couvertes par la contribution financière.

Sous-section 3. — Financement au moyen de forfaits horaires ou de montants forfaitaires**Art. 52** - Mode de financement

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, les prestataires des offres suivantes peuvent obtenir conformément à l'article 53 un subventionnement sous la forme de contingents d'heures annuels ou de montants forfaitaires annuels :

- 1^o l'aide aux familles et aux personnes âgées;
- 2^o la garde de malades;
- 3^o l'aide ménagère sociale;
- 4^o les logements communautaires encadrés pour personnes âgées.

Art. 53 - Subventionnement

§ 1^{er} - La détermination du subventionnement se rapporte aux contingents d'heures annuels autorisés et/ou aux montants forfaitaires annuels fixés par le Gouvernement.

Le montant forfaitaire peut se rapporter soit à l'ensemble des coûts du prestataire soit à certains de ses coûts de personnel et/ou de fonctionnement.

En cas de contingents d'heures, le calcul du subside s'opère, pour les offres de soutien concernées, en multipliant les contingents d'heures autorisés par le forfait horaire déterminé par le Gouvernement.

À l'exception des offres résidentielles et semi-résidentielles, le subside n'est octroyé que pour des prestations fournies par le prestataire en région de langue allemande.

§ 2 - Si, pour une année civile, le prestataire subsidié n'atteint pas le contingent d'heures autorisé ou ne peut justifier les frais pour le montant forfaitaire fixé, le Gouvernement exige, l'année civile suivante, le remboursement du montant de chaque heure non prestée ou, selon le cas, de tous les frais non justifiés ou déduit ce montant du subside octroyé pour ladite année.

§ 3 - Le Gouvernement détermine :

- 1° les conditions de subventionnement;
- 2° le montant du subside;
- 3° la procédure pour la demande et la liquidation du subside;
- 4° les contingents d'heures;
- 5° les forfaits horaires et les montants forfaitaires.

Sous-section 4. — Financement au moyen de forfaits d'encadrement

Art. 54 - Mode de financement

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, les prestataires des offres semi-résidentielles peuvent obtenir un subventionnement sous la forme d'un forfait d'encadrement conformément à l'article 55.

Art. 55 - Subventionnement

§ 1^{er} - Pour déterminer le subside, le Gouvernement fixe un nombre annuel de jours de présence.

Le subside s'obtient en multipliant la capacité de soutien autorisée par le forfait d'encadrement déterminé par le Gouvernement et le nombre de jours de présence.

Le forfait d'encadrement peut se rapporter aux éléments suivants :

- 1° l'ensemble des coûts du prestataire;
- 2° certains de ses frais de personnel et/ou de fonctionnement;
- 3° la catégorie de soutien dont relèvent les personnes âgées ou dépendantes.

§ 2 - Si un prestataire n'atteint pas le nombre de jours de présence convenu, le Gouvernement exige, l'année civile suivante, le remboursement du forfait d'encadrement pour tout jour de présence manquant ou déduit ce montant du subside octroyé pour ladite année.

§ 3 - Le Gouvernement détermine :

- 1° les conditions de subventionnement, qui concernent surtout :
 - a) la capacité de soutien;
 - b) la catégorie de soutien;
 - c) les jours de présence et le taux d'occupation de l'offre de soutien;
- 2° le montant du subventionnement;
- 3° la procédure pour la demande et la liquidation du subside;
- 4° les subsides d'encadrement;
- 5° le nombre annuel de jours de présence.

Sous-section 5. — Financement au moyen de forfaits journaliers

Art. 56 - Mode de financement

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, les prestataires des offres suivantes peuvent recevoir un subventionnement sous la forme d'un subside lié aux résidents, conformément à l'article 57, d'un subside lié au personnel, conformément à l'article 58, et d'un subside forfaitaire pour les aides à la mobilité, conformément à l'article 59 :

- 1° les courts séjours;
- 2° les courts séjours axés sur la revalidation;
- 3° les centres de repos et de soins pour personnes âgées;
- 4° les centres de repos et de soins pour personnes dépendantes.

Art. 57 - Subside lié aux résidents

§ 1^{er} - Pour déterminer le subside lié aux résidents, le Gouvernement fixe un nombre annuel de jours de présence.

Le Gouvernement détermine les conditions pour le subside lié aux résidents octroyé aux prestataires de structures d'hébergement. Ce subside se compose comme suit :

- 1° un subside de base;
- 2° un subside pour des offres spécifiques;
- 3° un forfait de fonctionnement.

L'octroi du subside de base mentionné à l'alinéa 2, 1°, est subordonné au respect des conditions mises à l'autorisation.

L'octroi du subside pour des offres spécifiques, mentionné à l'alinéa 2, 2°, est subordonné à l'introduction par le prestataire de concepts visant à améliorer la qualité de la structure d'hébergement et à créer des offres spécifiques; ces concepts doivent être approuvés par le Gouvernement.

Le forfait de fonctionnement mentionné à l'alinéa 2, 3°, est octroyé moyennant le respect des prescriptions relatives au nombre minimal de membres du personnel administratif et leur qualification; il peut comporter des forfaits en matériel.

§ 2 - Dans le respect des éléments mentionnés au § 1^{er}, le subside lié aux résidents est calculé en multipliant la répartition de la capacité de soutien par un forfait journalier dépendant de la catégorie d'aide dont relèvent les résidents, un forfait journalier défini par le Gouvernement pour les courts séjours et le nombre de jours de présence.

§ 3 - Si les 97 % du nombre de jours de présence fixé sont atteints, cela correspond à une pleine occupation.

§ 4 - Si un prestataire n'atteint pas la pleine occupation, le Gouvernement exige, l'année suivante, le remboursement du forfait journalier pour tout jour de présence manquant sur la base de la répartition de la capacité de soutien ou déduit ce montant du subside octroyé pour ladite année.

§ 5 - Le Gouvernement détermine :

1° le montant du forfait journalier par catégorie de soutien, le forfait journalier des courts séjours et de leurs composantes;

2° la forme et le contenu des concepts mentionnés au § 1^{er}, alinéa 4, visant à améliorer la qualité des offres et à créer des offres spécifiques;

3° les prescriptions relatives au personnel administratif, mentionnées au § 1^{er}, alinéa 5;

4° la procédure pour la demande et la liquidation du subside;

5° d'autres critères de calcul, le cas échéant;

6° d'autres catégories de subsides, le cas échéant.

Art. 58 - Subside lié au personnel

Le subside lié au personnel résulte :

1° de la qualification professionnelle du personnel;

2° des mesures applicables à la fin de carrière qui ont été sollicitées;

3° des bases de calcul pour le subventionnement des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé.

Le Gouvernement :

1° détermine les autres conditions et modalités ainsi que le montant du subside mentionné au premier alinéa;

2° peut déterminer d'autres bases de subventionnement

Art. 59 - Subside forfaitaire pour les aides à la mobilité

En ce qui concerne les centres de repos et de soins pour personnes âgées, le subside forfaitaire pour les aides à la mobilité consiste, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, en un subside forfaitaire annuel pour l'achat, le prêt et l'entretien d'aides standard.

Le Gouvernement fixe le montant et les modalités de ce subside.

Sous-section 6. — Financement au moyen d'un montant forfaitaire

Art. 60 - Mode de financement

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, l'association de soins palliatifs peut recevoir un subside sous la forme d'un montant forfaitaire conformément à l'article 61.

Art. 61 - Subventionnement

§ 1^{er} - Pour déterminer le subside, le Gouvernement peut fixer des montants forfaitaires annuels.

Le montant forfaitaire peut se rapporter soit à l'ensemble des coûts du prestataire soit à certains de ses coûts de personnel et/ou de fonctionnement.

§ 2 - Si le prestataire ne peut justifier les frais pour le montant forfaitaire fixé, le Gouvernement exige, l'année civile suivante, le remboursement du montant de tous les frais non justifiés ou déduit ce montant du subside pour ladite année.

§ 3 - Le Gouvernement détermine :

1° les conditions de subventionnement;

2° le montant du subside;

3° la procédure pour la demande et la liquidation du subside;

4° les montants forfaitaires.

Section 3. — Contrats de gestion

Art. 62 - Contrats de gestion

Dans le respect des prescriptions du chapitre 2, le subventionnement et une description plus précise des missions peuvent être fixés dans le cadre d'un contrat de gestion conclu entre un prestataire autorisé et le Gouvernement conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

CHAPITRE 5. — Plan de soutien

Art. 63 - Plan de soutien

Si aucun plan de soutien au sens de l'article 7 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée n'a été établi pour la personne âgée dépendante souhaitant avoir recours à un centre de repos et de soins pour personnes âgées, à un court séjour, à des soins de jour, à des soins de nuit ou à une aide aux familles et aux personnes âgées, les prestataires des offres susmentionnées invitent la personne âgée dépendante à faire établir un tel plan par l'Office avant d'octroyer leur soutien.

En cas de non-respect de la disposition prévue à l'alinéa 1^{er} et après avoir invité le prestataire concerné à prendre position, le Gouvernement peut :

1° dans le cas de prestataires fournissant l'aide aux familles et aux personnes âgées, les soins de jour ou les soins de nuit, déduire, l'année suivante, 10 % du forfait horaire liquidé pour cette personne âgée conformément à l'article 53 ou du forfait d'encadrement liquidé conformément à l'article 55;

2° dans le cas de prestataires proposant un court séjour, un centre de repos et de soins pour personnes âgées ou un centre de repos et de soins pour personnes dépendantes, exiger le remboursement du forfait journalier octroyé pour la personne dépendante, âgée ou non, conformément à l'article 57, § 2 ou le déduire l'année suivante, le tout à raison de 10 % .

Par dérogation au premier alinéa, les prestataires ne sont pas tenus d'établir un plan de soutien si une offre est sollicitée en vertu de l'article 83 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales ou de ses dispositions d'exécution. Un plan de soutien n'est pas non plus requis si l'offre est sollicitée pour encadrer des enfants malades.

CHAPITRE 6. — *Projets et travail en réseau***Art. 64** - Subventionnement de projets pilotes

§ 1^{er} - Dans la limite des crédits budgétaires disponibles et aux conditions conjointement fixées dans le cadre d'une convention conclue avec un porteur de projets, le Gouvernement peut soutenir des projets pilotes pour une période de trois ans au plus.

Le porteur de projets introduit une évaluation auprès du Gouvernement trois mois avant la fin de la convention. En se basant sur l'évaluation et l'avis émis par le département et après avoir entendu le porteur du projet, le Gouvernement statue sur la poursuite du soutien apporté au projet.

Si un projet a été autorisé pour une durée inférieure à trois ans, le Gouvernement peut se prononcer, à la demande du porteur de projet et sur la base de l'évaluation ainsi que d'un avis du département compétent, sur la poursuite du soutien apporté au projet pour une durée totale portée à trois ans.

§ 2 - Le Gouvernement détermine :

- 1° les conditions de subventionnement d'un projet pilote;
- 2° la forme et le contenu de la demande relative à un projet pilote;
- 3° le processus de subventionnement d'un projet pilote;
- 4° les modalités d'évaluation du projet pilote.

Au terme du projet pilote et à la suite d'une évaluation positive, le Gouvernement détermine :

- 1° les conditions auxquelles l'offre peut continuer d'exister;
- 2° les subventionnement et financement futurs de l'offre.

Art. 65 - Travail en réseau pour le soutien aux personnes

Dans chaque zone d'intervention, tous les prestataires du soutien aux personnes et des soins palliatifs travaillent en réseau.

Ce réseau a pour but :

1° d'optimiser le soutien aux personnes âgées grâce à la collaboration et la concertation entre les membres de ce réseau;

2° d'accroître l'efficacité, l'efficacé et la continuité du soutien dans l'intérêt de la personne âgée;

3° de partager les plans de soutien et/ou les planifications de soins des différents prestataires pour faciliter le passage d'une offre à l'autre et d'échanger des informations pertinentes pour apporter à la personne âgée le meilleur soutien possible;

4° d'optimiser l'utilisation de l'instrument BelRai mentionné dans le protocole d'accord du 27 juin 2016 conclu entre le Gouvernement fédéral et les autorités visées aux articles 128, 130, 135 et 138 de la Constitution, concernant le développement et l'implémentation de l'instrument BelRai en 2016;

5° d'initier des projets pilotes communs.

CHAPITRE 7. — *Conseil consultatif communal pour les intérêts des personnes âgées (KBSI)***Art. 66** - Institution des KBSI

Le conseil communal de chacune des communes de la région de langue allemande institue un KBSI et établit son règlement d'ordre intérieur.

Art. 67 - Composition

§ 1^{er} - Le KBSI est composé :

- 1° d'un représentant du collège communal;
- 2° d'un représentant du centre public d'action sociale de la commune;
- 3° d'un représentant du conseil des personnes âgées s'il y en a un;

4° d'un représentant de chacun des prestataires de soutien aux personnes âgées implantés sur le territoire communal.

Un membre suppléant est désigné pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 - Font également partie du KBSI, avec voix consultative :

1° un représentant du département;

2° un représentant de l'Office;

3° d'autres partenaires locaux, importants en matière de soutien aux personnes âgées et invités par le KBSI à participer aux délibérations.

Le Gouvernement peut déterminer que d'autres prestataires feront partie du KBSI avec voix consultative.

Art. 68 - Présidence et fonctionnement

Le représentant du collège communal assure la présidence des séances du KBSI. Celles-ci sont convoquées par le président, de sa propre initiative ou à la demande écrite d'un intéressé et/ou d'un prestataire potentiel.

Un membre du personnel de l'administration communale assiste aux séances du KBSI et rédige les procès-verbaux sous la responsabilité du président.

Le Gouvernement peut préciser le mode de fonctionnement.

Art. 69 - Mission

§ 1^{er} - Le KBSI remet au Gouvernement, à la demande de celui-ci et dans le délai prévu par lui, ou de sa propre initiative, un avis sur les points suivants :

1° l'évolution démographique sur le territoire communal et les besoins en offres de soutien qui en découleront à court et moyen terme;

2° les offres de soutien contribuant à améliorer l'offre en matière de politique des personnes âgées proche du lieu de vie, en tenant compte des données locales et des conditions quantitatives et qualitatives requises pour y parvenir.

§ 2 - Le KBSI prend position à propos de tous les nouveaux projets pilotes ou offres de soutien sur le territoire communal et fait parvenir sa position au Gouvernement. À cette fin, le prestataire potentiel transmet au préalable au KBSI tous les documents nécessaires.

La position adoptée reprend au moins les points suivants :

- 1° la nécessité de la nouvelle initiative de soutien aux personnes âgées, en tenant compte des données géographiques, démographiques et socioéconomiques;
- 2° le concept de soutien;
- 3° le nombre de personnes qui sont concernées par le projet;
- 4° la contribution éventuelle des personnes âgées;
- 5° la mise en réseau des offres de soutien;
- 6° s'il n'y a pas unanimité, la présentation des différents points de vue.

Le KBSI fait parvenir sa position au Gouvernement dans un délai de nonante jours après réception des documents introduits par le prestataire potentiel.

Par dérogation au premier alinéa, le Gouvernement peut fixer des exceptions, des cas où une prise de position du KBSI n'est pas requise eu égard à la portée limitée de l'initiative concernée.

§ 3 - Le Gouvernement peut confier d'autres missions au KBSI.

CHAPITRE 8. — *Conseil consultatif pour le soutien aux personnes âgées*

Art. 70 - Institution du conseil consultatif

Il est institué un conseil consultatif pour le soutien aux personnes âgées.

Art. 71 - Missions

Le conseil consultatif a pour missions :

1° d'émettre, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement, des avis relatifs aux matières réglées par le présent décret et ses dispositions d'exécution;

2° d'émettre, de sa propre initiative ou à la demande du Gouvernement, des avis ou recommandations portant sur l'organisation future de la politique des personnes âgées et de la vie autodéterminée.

Le Gouvernement demande l'avis du conseil consultatif en ce qui concerne tout avant-projet de décret ou d'arrêté relatif à l'une des compétences suivantes :

- 1° la politique des prestations en matière de soutien aux personnes âgées;
- 2° la politique des prestations en matière de soutien à domicile;
- 3° la politique des prestations en matière de structures d'hébergement;
- 4° la politique des prestations en matière de soins palliatifs;
- 5° la politique des prestations fournies dans différents services spécialisés de revalidation et de traitement;
- 6° la politique des personnes âgées en général.

Le conseil consultatif émet son avis dans les soixante jours suivant la réception de la demande. S'il prend cours ou expire entre le 1^{er} juillet et le 31 août, ledit délai est prolongé de plein droit de quinze jours. Au terme de ce délai, le Gouvernement peut adopter le projet sans ledit avis. Si le conseil consultatif rend son avis à propos d'un avant-projet de décret dans le délai imparti, le Gouvernement le joint au projet de décret déposé au Parlement.

Dans des circonstances exceptionnelles et dans des cas d'urgence motivée, le délai mentionné à l'alinéa 3 peut être ramené à quinze jours.

Le Parlement de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander un avis au conseil consultatif. Celui-ci transmet cet avis au demandeur dans le délai fixé par le Parlement.

Art. 72 - Composition

§ 1^{er} - Sont membres du conseil consultatif avec voix délibérative :

1° un médecin généraliste actif en région de langue allemande qui, de préférence, est impliqué dans la coordination des soins médicaux dans un centre de repos pour personnes âgées et désigné sur proposition des associations de médecins généralistes;

2° deux cadres administratifs occupés auprès d'offres ayant la forme de structures d'hébergement, désignés par les conseils d'administration respectifs et dont un représente les centres de repos et de soins pour personnes âgées;

3° deux cadres administratifs occupés auprès d'un prestataire du soutien à domicile, désignés par les conseils d'administration et dont un représente les offres de l'aide aux familles et aux personnes âgées;

4° un membre occupé en tant qu'infirmier dans un centre de repos et de soins pour personnes âgées, désigné sur proposition de la fédération professionnelle;

5° un infirmier occupé dans les soins à domicile, désigné sur proposition de la fédération professionnelle;

6° un collaborateur occupé auprès d'un prestataire de l'aide aux familles et aux personnes âgées ou de la garde de malades, chargé d'encadrer à leur domicile des personnes âgées dépendantes et désigné sur proposition des conseils d'administration;

7° un praticien paramédical actif dans le soutien aux personnes âgées;

8° un cadre administratif occupé auprès de l'association de soins palliatifs;

9° deux personnes âgées domiciliées en région de langue allemande et désignées sur proposition des conseils consultatifs communaux des personnes âgées.

Le Gouvernement assure la rédaction des procès-verbaux des séances et le secrétariat du conseil consultatif.

§ 2 - Parmi ses membres ayant voix délibérative, le conseil consultatif élit un président pour un mandat de deux ans renouvelable.

§ 3 - Le Gouvernement désigne les membres effectifs du conseil consultatif et un suppléant pour chacun d'eux.

Le mandat des membres dure quatre ans et est renouvelable.

§ 4 - Le Gouvernement et le conseil consultatif peuvent envoyer des délégués pour assister aux délibérations. Ces délégués n'ont pas voix délibérative.

Art. 73 - Fonctionnement

§ 1^{er} - Le conseil consultatif siège pour la première fois au plus tard deux mois après l'entrée en vigueur du présent décret.

Dans les deux mois suivant cette première séance, le conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement règle les détails du fonctionnement du conseil consultatif.

Le président du conseil consultatif communique au Gouvernement les dates auxquelles se tiendront les séances.

§ 2 - Les décisions du conseil consultatif sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. Le conseil consultatif ne délibère valablement que si la moitié des membres au moins est présente.

Si le conseil consultatif ne peut délibérer valablement, le président convoque une seconde séance au cours de laquelle le conseil pourra délibérer valablement nonobstant les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 3 - Pour remplir ses missions, le conseil consultatif peut inviter à ses séances des spécialistes qui y participent avec voix consultative. En outre, le conseil consultatif peut instituer des groupes de travail.

Art. 74 - Rapport

En fin de chaque année civile, le conseil consultatif rédige un rapport portant sur ses activités au cours de l'année écoulée et le transmet simultanément au Parlement et au Gouvernement.

Art. 75 - Indemnités

Les membres du conseil consultatif ayant voix délibérative ainsi que les spécialistes qui, en application de l'article 73, § 3, assistent aux séances, ont droit à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement.

CHAPITRE 9. — *Confidentialité et protection des données*

Art. 76 - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, les prestataires, le Gouvernement et les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 77 - Traitement des données à caractère personnel

Sans préjudice de l'article 78, les prestataires sont responsables du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 79, § 1^{er}, au sens du règlement général sur la protection des données. Le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 79, § 2. Les prestataires de services et le Gouvernement sont, pour leur propre traitement, responsables au sens de l'article 4, 7^o, du règlement général sur la protection des données.

Les prestataires ainsi que le Gouvernement collectent et traitent des données à caractère personnel en vue de l'exercice de leurs missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les tâches mentionnées aux chapitres 2 ou 3, 4 et 11, selon le cas. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales ou décrétales.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 78 - Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé occupé auprès du prestataire et lié par le secret professionnel conformément à l'article 458 du code pénal.

Le traitement de données relatives à la santé s'opère dans le respect du secret médical et de la loi du 22 août 2002 relative aux droits du patient.

Art. 79 - Catégories de données

§ 1^{er} - Les prestataires et les inspecteurs désignés conformément à l'article 83, ainsi que les experts externes mentionnés dans le même article peuvent traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes qui, conformément à l'article 77, sont appropriées, utiles et proportionnées :

- 1° les données relatives à l'identité et les données de contact du représentant de la personne âgée ou dépendante;
- 2° les données relatives à l'identité et les données de contact du représentant de la personne âgée ou dépendante;
- 3° les données relatives à l'identité et les données de contact des membres de la famille de la personne âgée ou dépendante;

4° les données relatives à la situation familiale de la personne âgée ou dépendante;

5° les données relatives à la situation sociale et financière de la personne âgée ou dépendante;

6° les données relatives aux loisirs et centres d'intérêt de la personne âgée ou dépendante;

7° les données relatives à la santé et au développement de la personne âgée ou dépendante :

- a) les données relatives à la santé physique;
- b) les données relatives aux vaccinations;
- c) les données relatives à la santé mentale;
- d) les données relatives au comportement;
- e) les données relatives aux risques et facteurs de risque;
- f) les données relatives aux capacités et aptitudes;

8° les données judiciaires relatives à la personne âgée ou dépendante, dans la mesure où elles ont trait à sa capacité juridique; en ce qui concerne les membres du personnel, un extrait du casier judiciaire et un certificat médical.

§ 2 - Le Gouvernement et les inspecteurs désignés conformément à l'article 83, ainsi que les experts externes mentionnés dans le même article peuvent traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes qui, conformément à l'article 77, sont appropriées, utiles et proportionnées :

- 1° les données mentionnées au § 1^{er}, 1° à 7°;
- 2° les données relatives à l'identité des membres du personnel de chaque prestataire de services;
- 3° les données relatives à la situation et à la qualification professionnelle des membres du personnel de chaque prestataire de services;
- 4° un extrait du casier judiciaire pour les membres du personnel de chaque prestataire de services.

§ 3 - Sur avis de l'Autorité de protection des données, le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées dans les paragraphes 1^{er} à 2.

Art. 80 - Durée du traitement des données

Les données ne peuvent être conservées, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées, que dix ans au plus après que la personne dépendante, âgée ou non, a eu recours pour la dernière fois à l'offre de soutien d'un prestataire. Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai.

Art. 81 - Mesures de sécurité

Le cas échéant, le Gouvernement fixe les mesures de sécurité nécessaires pour le traitement des données à caractère personnel prévu par le présent chapitre.

CHAPITRE 10. — *Plaintes***Art. 82** - Service des plaintes

Le Gouvernement désigne une personne physique ou morale afin de traiter les plaintes introduites contre des prestataires et qui n'ont pu être résolues entre le prestataire lui-même et la personne ou son représentant.

Le Gouvernement détermine :

- 1° les prescriptions relatives au fonctionnement du service des plaintes mentionné au premier alinéa;
- 2° la procédure en matière de plaintes.

CHAPITRE 11. — *Dispositions de contrôle et dispositions pénales***Art. 83** - Inspection et contrôle

§ 1^{er} - Sans préjudice de l'article 17 du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les prestataires mentionnés dans le présent décret sont soumis au contrôle des inspecteurs désignés par le Gouvernement. Les inspecteurs peuvent demander le soutien de représentants de la force publique pour exercer leur mission.

Les inspecteurs chargés du contrôle peuvent procéder à toutes les enquêtes, à tous les contrôles et à toutes les informations et collecter tous renseignements qu'ils estiment nécessaires afin de s'assurer que les dispositions du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont respectées. Ils peuvent :

- 1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile à l'exercice de la surveillance;
- 2° se faire produire sans déplacement tous les livres et documents prescrits par le présent décret et ses dispositions d'exécution et en établir des copies ou extraits;
- 3° compulsier tous les livres et documents nécessaires pour remplir leur mission;
- 4° visiter en tout temps tous les locaux des prestataires qui ne constituent pas une habitation;
- 5° visiter les habitations, moyennant l'accord de tous les résidents majeurs;
- 6° demander l'aide de la police locale ou fédérale dans l'exercice de leur fonction;
- 7° procéder, moyennant le respect des conditions prévues aux 4° et 5°, aux enquêtes et contrôles sans annonce préalable et sans être accompagnés par un représentant du prestataire. Dans ce cas, le représentant du prestataire reçoit un retour d'information immédiat.

§ 2 - Le Gouvernement peut en outre charger des experts externes, sous la tutelle des inspecteurs, de contrôler un prestataire et d'émettre un avis à son sujet. Dans ce cas, les experts mandatés soutiennent les inspecteurs dans l'exercice des compétences mentionnées au § 1^{er}.

§ 3 - Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Art. 84 - Obligation de rapportage

§ 1^{er} - Au plus tard le 30 avril de chaque année, les prestataires autorisés introduisent auprès du Gouvernement un rapport d'activités relatif aux prestations effectuées au cours de l'année précédente.

Le Gouvernement détermine la structure et les exigences minimales concernant le contenu du rapport d'activités à introduire.

§ 2 - À la demande du Gouvernement, tous les prestataires lui transmettent toutes les informations et données statistiques pertinentes.

Le Gouvernement détermine les formes et délais.

Art. 85 - Commissaire-délégué

Si, dans le cadre de l'exercice de l'inspection, des manquements graves dans l'exécution de la mission sont constatés dans un centre de repos et de soins pour personnes âgées ou dans un centre de repos et de soins pour personnes dépendantes et que le prestataire n'y remédie pas dans le délai lui imparti, le Gouvernement peut, sans préjudice de l'éventuel retrait de l'autorisation, désigner aux frais du prestataire un commissaire chargé d'assurer la direction de l'offre.

Le Gouvernement fixe les modalités et conditions en la matière ainsi que les droits et devoirs du commissaire.

Art. 86 - Disposition pénale

Est passible d'une peine d'emprisonnement de huit jours à six mois et/ou d'une amende de 1 000 à 10 000 euros, celui qui

- 1° propose ou exploite une offre de soutien soumise à autorisation conformément au chapitre 3, section 2, sous-section 1^{re}, sans disposer de celle-ci ou, selon le cas, après son retrait;
- 2° en violation du droit, se prévaut par écrit ou oralement de disposer soit d'une autorisation ou d'une agrégation prévues dans ce décret, soit d'un label de qualité prévu dans ce décret conformément à l'article 20;
- 3° refuse ou entrave l'exercice de l'inspection prévue à l'article 83.

CHAPITRE 12. — *Dispositions finales***Art. 87** - Disposition modificative

Dans l'article 17, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les mots « Sans préjudice de l'article 13 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques et de l'article 19 du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile » sont remplacés par les mots « Sans préjudice de l'article 83 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs ».

Art. 88 - Disposition modificative

L'intitulé du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour séniors et aux maisons de soins psychiatriques, modifié par le décret du 13 février 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Décret relatif aux maisons de soins psychiatriques ».

Art. 89 - Disposition modificative

À l'article 1^{er} du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 1^o, remplacé par le décret du 13 décembre 2016, est abrogé;

2^o dans le 2^o, modifié par le décret du 13 février 2012, les mots « article 2, § 1^{er}, 1^o et 2^o » sont abrogés;

3^o les 3^o et 4^o sont abrogés;

4^o le 8^o, modifié par le décret du 13 février 2012, est abrogé;

5^o le 11^o, inséré par le décret du 20 février 2017, est abrogé.

Art. 90 - Disposition modificative

À l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er}, modifié par le décret du 13 février 2012, est abrogé;

2^o les paragraphes 1.1 et 1.2, insérés par le décret du 25 février 2013, sont abrogés;

3^o dans le § 2, le mot « également » est abrogé;

4^o le § 3, modifié par le décret du 13 février 2012, est abrogé;

5^o le § 4 est abrogé;

6^o le § 5, inséré par le décret du 13 février 2012, est abrogé.

Art. 91 - Disposition modificative

À l'article 3, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans la phrase introductive, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés;

2^o dans le 1^o, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés;

3^o dans le 2^o, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés.

4^o dans le 3^o, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés.

Art. 92 - Disposition modificative

À l'article 4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, modifié par le décret du 15 mars 2010, la phrase « Ceci ne vaut pas pour les résidences-services. » est abrogée;

3^o dans le § 1^{er}, alinéa 3, modifié par le décret du 15 mars 2010, la phrase « L'agrération provisoire de résidences-services faut pour 6 mois. » est abrogée;

4^o le § 2 est abrogé.

Art. 93 - Disposition modificative

À l'article 5 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots « d'offres de soins ou » sont abrogés.

2^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 25 février 2013, les mots « d'une l'offre de soins ou » sont abrogés;

3^o dans le § 2, alinéa 2, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots « l'offre de soins ou » et la phrase « Ceci ne vaut pas pour les résidences-services. » sont abrogés;

4^o dans le § 4, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots « d'une offre de soins ou » sont abrogés;

5^o dans le § 4, les alinéas 2 et 3, insérés par le décret du 26 février 2018, sont abrogés.

Art. 94 - Disposition modificative

Sont abrogés dans le même décret :

1^o l'article 8, modifié par le décret du 15 mars 2010;

2^o l'article 9.1, inséré par le décret du 13 décembre 2016;

3^o le chapitre II.1, comportant l'article 10.2, inséré par le décret du 13 février 2012;

4^o le chapitre III, comportant l'article 11, modifié par les décrets des 22 février 2016 et 20 février 2017;

5^o le chapitre IV, comportant l'article 12, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017;

6^o le chapitre IV.1, comprenant les articles 12.1 à 12.4, inséré par le décret du 20 février 2017.

Art. 95 - Disposition modificative

À l'article 13 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, modifié par les décrets des 25 février 2013 et 24 février 2014, les mots « offres de soins, » et « résidences pour séniors » sont abrogés;

2^o dans le § 2, remplacé par le décret du 24 février 2014, les mots « une offre de soins, » et « ou une résidence pour séniors » sont abrogés.

Art. 96 - Disposition modificative

À l'article 14 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 16 juin 2008, les phrases suivantes sont abrogées : « Cette suspension peut, sur demande motivée du pouvoir organisateur, être prolongée une fois pour la même durée. Durant la suspension, l'offre de soins peut être poursuivie pour les personnes âgées qui en bénéficiaient au moment du début de la suspension, mais aucune personne âgée supplémentaire ne peut être accueillie. Si les conditions imposées ne sont pas remplies au terme de la suspension, la procédure visant retrait de l'autorisation, de l'agrération provisoire ou de l'agrération est entamée. »

2^o le § 2.1, inséré par le décret du 25 février 2013, est abrogé.

3^o dans le § 4, les mots « de l'offre de soins ou » sont abrogés.

Art. 97 - Disposition modificative

À l'article 15, 1^o, du même décret, les mots « une offre de soins » sont abrogés.

Art. 98 - Disposition modificative

L'article 16 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est abrogé.

Art. 99 - Disposition abrogatoire

Sont abrogés :

1^o l'article 22, 6^{ter}, de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, modifié en dernier lieu par la loi du 11 août 2017;

2^o l'article 23, § 3^{bis}, de la même loi coordonnée, modifié en dernier par la loi du 11 août 2017;

3^o l'article 37, § 12, de la même loi coordonnée, modifié en dernier par la loi du 19 décembre 2008;

4^o le chapitre III du décret du 20 octobre 1997 portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux et d'une Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile, modifié par les décrets des 15 mars 2010 et 7 novembre 2016;

5^o le décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017.

Art. 100 - Disposition transitoire

Les offres de soutien qui, avant l'entrée en vigueur du présent décret, ont été autorisées et/ou agréées en application du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour séniors et aux maisons de soins psychiatriques et du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile sont censées être autorisées et/ou agréées provisoirement comme suit en application du présent décret et peuvent, dans les délais suivants, introduire une demande d'autorisation ou d'agrément, selon le cas, conformément au présent décret :

1^o l'aide aux familles et aux personnes âgées, la garde de malades et l'aide ménagère sociale, ainsi que les courts séjours et les résidences-services sont censés être autorisés ou agréés, selon le cas, pour une période transitoire de quatre ans;

2^o les soins de jour et le centre de repos et de soins pour personnes âgées sont censés être autorisés pour une période transitoire de dix ans.

Pendant cette période transitoire, elles reçoivent un subside et une contribution financière conformément aux dispositions du présent décret et de ses dispositions d'exécution, sans devoir remplir toutes les obligations en matière d'autorisation découlant du présent décret. Pendant la période mentionnée au premier alinéa, le financement est subordonné au respect des conditions d'autorisation et d'agrément fixées dans les décrets susmentionnés des 4 juin 2007 et 16 février 2009, selon le cas, et au respect des contrats conclus en vertu du présent décret.

Art. 101 - Disposition transitoire

Les membres de la Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile désignés conformément au décret du 20 octobre 1997 portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux et d'une Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile restent désignés de l'entrée en vigueur du présent décret au 1^{er} juin 2019.

Art. 102 - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 13 décembre 2018.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2018-2019

Documents parlementaires : 257 (2018-2019) n^o 1 Projet de décret

257 (2018-2019) n^{os} 2 à 6 Propositions d'amendements

257 (2018-2019) n^o 7 Rapport

Compte rendu intégral : 13 décembre 2018 - n^o 60 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/200641]

13 DECEMBER 2018. — Decreet betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1** - Europese clausule

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

Art. 2 - Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op alle dienstverrichters die werkzaam zijn op het gebied van personenondersteuning en die de in hoofdstuk 2 vermelde activiteiten van de personenondersteuning en van het georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten in de Duitstalige Gemeenschap aanbieden.

Art. 3 - Hoedanigheden

De hoedanigheden in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 4 - Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° aanbod aan diensten : diensten van de personenondersteuning die verricht worden door een dienstverrichter;

2° begeleidingsforfait : de door de Regering bepaalde vaste subsidie per dag, per plaats van de transmurale voorzieningen;

3° bewoners : volgende personen

a) oudere aan wie een ondersteuningscategorie is toegewezen en die een beroep doet op de woonzorgcentra voor ouderen vermeld in artikel 24 en de kortverblijven vermeld in artikel 17;

b) persoon met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, die een vastgesteld neurologisch letsel heeft en die een beroep doet op het woonzorgcentrum voor personen met ondersteuningsbehoefte vermeld in artikel 26;

4° referentiepersoon : persoon die niet-beroepshalve zorgt voor een oudere of een persoon met ondersteuningsbehoefte met wie hij een nauwe band heeft, los van de vraag of hij daarvoor vergoed wordt of niet. Als referentiepersonen gelden ook de mantelzorgers vermeld in de wet van 12 mei 2014 betreffende de erkenning van de mantelzorger die een persoon met een grote zorgbehoefte bijstaat;

5° contactverzorging : de begeleiding, hulp en verzorging die op betrouwbare wijze en zoveel mogelijk door dezelfde persoon worden verstrekt en vanuit een holistische mensvisie georganiseerd worden;

6° dienstverrichter : natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger een aanbod van de personenondersteuning verricht;

7° Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

8° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezondheid en Ouderen;

9° geriatrische revalidatie : de activiteiten gedefinieerd in artikel 43 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

10° verstrekkingen van gezondheidszorg : alle verstrekkingen bepaald in artikel 1 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

11° aanbod aan diensten voor groepen : aanbod aan diensten die op een welbepaalde vestigingsplaats ter beschikking staan van verscheidene personen tegelijk;

12° thuisondersteuning : georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten die hoofdzakelijk thuis of, in geval van een aanbod aan diensten voor groepen, in een instelling aangeboden worden aan de oudere met ondersteuningsbehoefte of aan de persoon met ondersteuningsbehoefte. Die aangeboden diensten hebben tot doel ervoor te zorgen dat de oudere met ondersteuningsbehoefte en de persoon met ondersteuningsbehoefte zo lang mogelijk thuis kunnen blijven of zo snel mogelijk naar huis kunnen terugkeren;

13° KBSI : de gemeentelijke adviescommissies ter behartiging van de belangen van ouderen;

14° georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten : aanbod aan diensten van de thuisondersteuning, de woonstructuren en de palliatieve zorg die verricht worden door dienstverrichters;

15° palliatieve zorg : georganiseerd ondersteuningsaanbod dat alle zorg omvat die wordt verstrekt aan de patiënt die zich, ongeacht zijn levensverwachting, bevindt in een vergevorderd of terminaal stadium van een ernstige evolutieve en levensbedreigende ziekte. Voor de begeleiding van deze patiënten wordt multidisciplinaire totaalzorg gewaarborgd op fysiek, psychisch, sociaal, moreel, existentieel en desgevallend spiritueel vlak. Palliatieve zorg biedt de zieke en zijn naasten een zo groot mogelijke levenskwaliteit en een maximale autonomie. Palliatieve zorg is erop gericht de kwaliteit van het leven van de patiënt en zijn naasten en mantelzorgers voor een zo lang mogelijke periode te waarborgen en te optimaliseren;

16° personenondersteuning : activiteiten van de personenondersteuning en georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten;

17° persoon met ondersteuningsbehoefte : de volgende natuurlijke personen die volgens de door de Regering vastgestelde criteria een ondersteuningsbehoefte hebben:

a) kinderen en jongeren tussen 0 en 18 jaar;

b) volwassenen tussen 18 jaar en de wettelijke pensioenleeftijd;

c) referentiepersonen;

18° verpleegkundige activiteiten : de activiteiten vermeld in artikel 46 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen die door een verpleegkundige verricht worden;

19° proefproject : bijzonder initiatief voor personenondersteuning dat gekenmerkt wordt door een tijdelijk, innovatief en experimenteel karakter;

20° programmatie : maximale ondersteuningscapaciteit en urencontingenten voor aanbod aan diensten in het Duitse taalgebied waarvoor een vergunning gegeven kan worden;

21° oudere : persoon die de wettelijke pensioenleeftijd overschreden heeft;

22° oudere met ondersteuningsbehoefte : oudere die volgens de door de Regering vastgestelde criteria een ondersteuningsbehoefte heeft;

23° vestigingsplaats : alle gebouwen van een dienstverrichter waarin een aanbod wordt verstrekt en die in een omtrek van één kilometer liggen;

24° residentieel aanbod : volgend aanbod aan diensten in één of meer gebouwen op één vestigingsplaats waar men langere tijd kan verblijven :

a) de kortverblijven vermeld in artikel 17;

b) de kortverblijven met focus op revalidatie vermeld in artikel 18;

c) de serviceflats vermeld in artikel 22;

d) de begeleide woongemeenschappen voor ouderen vermeld in artikel 23;

e) de woonzorgcentra voor ouderen vermeld in artikel 24;

f) de woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte vermeld in artikel 26;

25° vertegenwoordiger: één van de hierna volgende natuurlijke personen :

a) de wettelijke of door de rechter aangewezen vertegenwoordiger van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

b) de door de oudere of de persoon met ondersteuningsbehoefte notarieel aangewezen gevolmachtigde, met uitzondering van de personen die werken voor een dienstverrichter op wie de oudere of de persoon met ondersteuningsbehoefte een beroep doet;

26° urencontingenten : de diensturen die moeten worden verricht door de personeelsleden van de dienstverrichter. Ze kunnen betrekking hebben zowel op de diensturen die verricht moeten worden bij de persoon met ondersteuningsbehoefte of oudere met ondersteuningsbehoefte, als op de niet-productieve te verrichten uren;

27° uurforfait : het door de Regering bepaalde vaste uurtarief voor de subsidiëring van de urencontingenten;

28° dagforfait : de door de Regering bepaalde vaste subsidie per dag, per plaats van een residentiële voorziening;

29° activiteiten van de personenondersteuning : laagdrempelig aanbod aan diensten die tot doel hebben het welzijn van de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving te verhogen en bij te dragen tot sociale cohesie;

30° transmuraal aanbod : het volgende aanbod aan diensten in één of meer gebouwen op één vestigingsplaats waarop slechts gedurende een aantal uren een beroep wordt gedaan :

a) de dagopvang vermeld in artikel 13;

b) de dagverzorging vermeld in artikel 14;

c) de dagverzorging met focus op revalidatie vermeld in artikel 15;

d) de nachtverzorging vermeld in artikel 16;

31° ondersteuningscapaciteit : het aantal vergunde plaatsen van een transmurale en/of residentiële voorziening;

32° ondersteuningscategorie : de zorgcategorie die werd toegewezen overeenkomstig artikel 16 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

33° woonzorgzone : het door de Regering bepaalde gebied waarin een minimaal aantal aangeboden diensten van de personenondersteuning ter beschikking staat van de burgers, met inachtneming van de plaatselijke omstandigheden;

34° woonstructuren : georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten die voornamelijk aan ouderen met ondersteuningsbehoefte een verblijfsmogelijkheid op lange termijn bieden en die erop gericht zijn de levenskwaliteit van de oudere met ondersteuningsbehoefte te behouden en/of te herstellen in een thuisvervangende omgeving.

Art 5 - Voorwerp en doelstelling

Dit decreet :

1° beschrijft het aanbod aan diensten voor personenondersteuning;

2° bepaalt de voorwaarden voor de vergunning en erkenning van de dienstverrichters;

3° bepaalt de financiering van de dienstverrichters.

Het heeft tot doel de levenskwaliteit van de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte te behouden en/of te verbeteren door :

1° de zelfhulpcompetentie en de referentiepersonen te sterken;

2° een aanbod aan verschillende en bijzondere ondersteuning te creëren;

3° de gezondheid te bevorderen en ziekten te voorkomen;

4° de netwerkvorming te bevorderen en de afspraken tussen de verschillende actoren binnen de woonzorgzone te ondersteunen, met als doel een zo goed mogelijke ondersteuning te bieden en de overgang van het ene naar het andere aanbod vlot te laten verlopen.

Art. 6 - Dienstverleningsprincipes

Bij de uitoefening van hun opdracht nemen de dienstverrichters de volgende rechten van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de ouderen met ondersteuningsbehoefte in acht en leven ze, in het belang van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de ouderen met ondersteuningsbehoefte, de volgende principes na :

1° het recht op waardigheid, fysiek en mentaal welzijn, vrijheid en veiligheid;

2° het recht op zelfbeschikking;

3° het recht op privacy;

4° het recht op zorg en begeleiding op maat die aan de geldende kwaliteitsnormen voldoet;

5° het recht op gepersonaliseerde informatie en gepersonaliseerd advies om een afgewogen beslissing te kunnen nemen;

6° het recht op communicatie en het recht om deel te nemen aan het maatschappelijk leven en aan culturele activiteiten;

7° het recht op vrijheid van meningsuiting, gedachtvrijheid en gewetensvrijheid, vrijheid van levensbeschouwing, cultuur en religie;

8° het recht op palliatieve zorg en het recht om waardig te sterven.

De dienstverrichters waarborgen in de uitoefening van hun opdracht dat het personeel :

1° de contactverzorging toepast;

2° de referentiepersonen bij de begeleiding van de ouderen ondersteunt en hen bij de begeleiding betreft;

De Regering bepaalt de verdere inhoud van de rechten en principes vermeld in het eerste en het tweede lid en bepaalt de nadere regels die de dienstverrichters in de uitoefening van hun opdracht moeten naleven.

Art. 7 - Vertegenwoordiger

Binnen de perken van de wettelijke bepalingen kan de vertegenwoordiger van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte alle rechten en plichten van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte die in dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan vermeld worden in diens naam en voor diens rekening waarnemen. Daarbij handelt hij uitsluitend in het belang van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte.

HOOFDSTUK 2. — Aanbod aan diensten voor personenondersteuning

Afdeling 1. — Activiteiten van de personenondersteuning

Art. 8 - Laagdrempelig ondersteuningsaanbod

Het laagdrempelige ondersteuningsaanbod is een aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte dat minstens één van de volgende diensten omvat :

- 1° vervoersdiensten en eventueel aanvullende begeleiding aanbieden;
- 2° gezelschap houden;
- 3° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 4° de mensen met dementie en de referentiepersonen begeleiden;
- 5° informatie- en bewustmakingsactiviteiten aanbieden;
- 6° voortgezette opleidingen aanbieden;
- 7° rouwbegeleidingsaanbod;
- 8° een bezoeken dienst aanbieden.

Het laagdrempelige aanbod kan de vorm van een aanbod aan diensten voor groepen hebben.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van het laagdrempelige ondersteuningsaanbod verricht worden.

Art. 9 - Personenalarmdienst

De personenalarmdienst is een aanbod voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten :

1° een personenalarmsysteem aanbieden en onderhouden dat op zijn minst bestaat uit een alarmtoestel dat via een telefoonlijn, een mobiel netwerk of een internetlijn verbonden is met een mobiel zendertje;

2° verbinden met een telefonische alarmcentrale die 24 uur op 24 en 7 dagen op 7 met gespecialiseerd personeel bezet is;

3° in geval van een alarm: ofwel contact opnemen met vooraf bepaalde contactpersonen, ofwel - bij een medisch spoedgeval en/of afwezigheid van de contactpersonen - contact opnemen met de noodhulpdiensten.

Afdeling 2. — Georganiseerde personenondersteuning

Onderafdeling 1. — Aanbod aan diensten voor thuisondersteuning

Art. 10 - Gezins- en ouderenhulp

De gezins- en ouderenhulp is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten :

- 1° directe, persoonsgebonden hulp, begeleiding en verzorging;
- 2° aanvullende psychosociale ondersteuning;
- 3° beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp in het kader van de activiteiten vermeld in 1°.

In het kader van de gezins- en ouderenhulp kan ziekenoppas aangeboden worden.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de gezins- en ouderenhulp verricht worden;
- 2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 11 - Ziekenoppas

De ziekenoppas is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten :

- 1° gezelschap houden;
- 2° de vrijetijdsbesteding vorm geven;
- 3° de referentiepersonen ondersteunen;
- 4° aanvullende psychosociale ondersteuning;
- 5° beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp bieden in het kader van de activiteiten vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3°.

De ziekenoppas kan een nachtopvang in de thuisomgeving van de persoon omvatten. De ziekenoppas kan verricht worden door dienstverrichters die op vrijwillige basis werken.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de ziekenoppas verricht worden;
- 2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 12 - Sociale huishoudelijke hulp

De sociale huishoudelijke hulp is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte en omvat volgende diensten:

- 1° activiteiten aanbieden die vooral bestaan in het poetsen van de woning van betrokkene en het bevorderen van de hygiëne in die woning;
- 2° beperkte sociale begeleiding;
- 3° onderhoud van het wasgoed.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de sociale huishoudelijke hulp verricht worden;
- 2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 13 - Dagopvang

De dagopvang is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarbij ouderen met ondersteuningsbehoefte overdag worden opgevangen. Hij omvat de volgende diensten :

- 1° psychosociale ondersteuning;
- 2° activering en ondersteuning;
- 3° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 4° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 5° het aanbieden van gemeenschapsruimten, rustruimten, sanitaire ruimten en doucheruimten;
- 6° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De dagopvang omvat geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van de dagopvang.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagopvang verricht worden.

Art. 14 - Dagverzorging

De dagverzorging is een groepsaanbod van de thuisondersteuning die overdag plaatsvindt voor ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend. Ze omvat de volgende diensten :

- 1° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 2° psychosociale ondersteuning;
- 3° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 4° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 5° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 6° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 7° het aanbieden van gemeenschapsruimten, rustruimten, sanitaire ruimten en doucheruimten;
- 8° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagverzorging verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art 15 - Dagverzorging met focus op revalidatie

De dagverzorging met focus op revalidatie is een groepsaanbod van de thuisondersteuning waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte op voorschrift van een arts overdag gebruik kunnen maken. Ze omvat de volgende diensten :

- 1° de diensten vermeld in artikel 14, eerste lid;
- 2° het uitvoeren van intensieve revalidatiemaatregelen die door de arts zijn voorgeschreven om vaardigheden en mogelijkheden opnieuw te verwerven;
- 3° de samenwerking met artsen-specialisten.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagverzorging met focus op revalidatie verricht worden.

Art. 16 - Nachtverzorging

De nachtverzorging is een groepsaanbod van de thuisondersteuning die 's nachts plaatsvindt voor ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend. Ze omvat de volgende diensten :

- 1° het aanbieden van een slaapruijnte en andere woonruimten;
- 2° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 3° psychosociale ondersteuning;
- 4° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 5° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 6° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 7° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de nachtverzorging verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 17 - Kortverblijven

Het kortverblijf is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegekend, gebruik kunnen maken gedurende een periode van hoogstens drie maanden per kalenderjaar en gedurende hoogstens drie opeenvolgende maanden. Het kortverblijf omvat de volgende diensten :

- 1° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 2° het waarborgen van medische begeleiding;
- 3° psychosociale ondersteuning;
- 4° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 5° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 6° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;

- 7° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 8° het aanbieden van huishoudelijke diensten;
- 9° het aanbieden van een woonruimte.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van het kortverblijf verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 18 - Kortverblijven met focus op revalidatie

Het kortverblijf met focus op revalidatie is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte op voorschrift van een arts gebruik kunnen maken gedurende een periode van hoogstens drie opeenvolgende maanden. Het kortverblijf met focus op revalidatie omvat de volgende diensten :

- 1° de diensten vermeld in artikel 17, eerste lid;
- 2° het uitvoeren van intensieve revalidatiemaatregelen die door de arts zijn voorgeschreven om vaardigheden en mogelijkheden opnieuw te verwerven;
- 3° de samenwerking met artsen-specialisten.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van het kortverblijf met focus op revalidatie verricht worden.

Onderafdeling 2. — Woonstructuren

Art. 19 - Seniorenresidenties

Seniorenresidenties zijn woonstructuren voor ouderen die in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten :

- 1° het aanbieden van barrièrevrije woningen;
- 2° het aanbieden van huishoudelijke diensten die door de ouderen georganiseerd worden of waarop de ouderen vrijblijvend een beroep kunnen doen.

Seniorenresidenties mogen geen zorgverstrekkingen verrichten.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in een seniorenresidentie verricht worden.

Art. 20 - Seniorenresidenties met kwaliteitslabel van Ostbelgien

§ 1 - Seniorenresidenties die voldoen aan de voorwaarden die de Regering heeft bepaald, kunnen de benaming "Seniorenresidenz mit ostbelgischem Qualitätslabel" (seniorenresidentie met kwaliteitslabel van Ostbelgien) voeren. Die voorwaarden betreffen minstens :

- 1° de inrichting van de ruimten;
 - 2° het concept voor de organisatie van de seniorenresidentie.
- Het kwaliteitslabel kan worden toegekend voor afzonderlijke woningen van de seniorenresidentie.

§ 2 - Wie die benaming wil voeren, moet daartoe toestemming vragen aan de Regering.

De Regering bepaalt :

- 1° de aanvraagprocedure;
- 2° de criteria voor de manier waarop over de aanvraag wordt beslist;
- 3° de verplichtingen die moeten worden nagekomen om het kwaliteitslabel te mogen blijven gebruiken en de procedure in geval van niet-naleving van die verplichtingen.

Art. 21 - Gemeenschappelijke wooninitiatieven

Gemeenschappelijke wooninitiatieven zijn woonstructuren voor en/of door ouderen die in één of meer gebouwen de volgende kenmerken hebben :

- 1° aanbieden van verscheidene barrièrevrije woningen;
- 2° participatief bestuur van de woonstructuur;
- 3° wederzijdse ondersteuning bij dagdagelijkse taken;
- 4° organisatie van gemeenschappelijke activiteiten.

Gemeenschappelijke wooninitiatieven kunnen ook intergenerationele woonstructuren zijn die woningen aanbieden aan verschillende leeftijdsgroepen.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in gemeenschappelijke wooninitiatieven verricht worden.

Art. 22 - Serviceflats

Serviceflats zijn woonstructuren voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die verbonden zijn aan een woonzorgcentrum voor ouderen en in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten :

- 1° aanbieden van barrièrevrije woonruimte;
- 2° aanbieden van huishoudelijke diensten waarop vrijblijvend een beroep kan worden gedaan;
- 3° aanbieden van een vrijblijvend vrijetijdsaanbod in het woonzorgcentrum voor ouderen;
- 4° in geval van een noodoproep: aanbieden van een interventiedienst door het verzorgingspersoneel van het woonzorgcentrum voor ouderen.

Serviceflats omvatten geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van het woonzorgcentrum voor ouderen.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in serviceflats verricht worden.

Art. 23 - Begeleide woongemeenschappen voor ouderen

Begeleide woongemeenschappen voor ouderen zijn woonstructuren voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die volgende diensten omvatten:

- 1° aanbieden van barrièrevrije woonruimte;
- 2° aanbieden van een gemeenschappelijke keuken en een gemeenschappelijke woonkamer;
- 3° participatieve organisatie van het dagelijks leven;

4° ondersteuning, aangepast aan de mentale en fysieke mogelijkheden, verricht door gekwalificeerd personeel.

De begeleide woongemeenschappen omvatten geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van de begeleide woongemeenschap. In uitzonderlijke gevallen kan de Regering uitzonderingen toestaan voor bepaalde doelgroepen en in geval van gekwalificeerd verzorgingspersoneel. De Regering legt de desbetreffende criteria vast.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in begeleide woongemeenschappen verricht worden.

Art. 24 - Woonzorgcentra voor ouderen

Woonzorgcentra voor ouderen zijn woonstructuren die bestemd zijn voor ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegewezen en die in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten:

- 1° aanbieden van een woonruimte;
- 2° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 3° waarborgen van medische begeleiding;
- 4° psychosociale ondersteuning;
- 5° activering, alsook ondersteuningsmaatregelen en mobilisatiemaatregelen;
- 6° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 7° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 8° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 9° het aanbieden van huishoudelijke diensten;
- 10° aanbieden van kortverblijven.

In een woonzorgcentrum voor ouderen kunnen ook volgende diensten worden aangeboden :

- 1° dagopvang;
- 2° dagverzorging;
- 3° dagverzorging met focus op revalidatie;
- 4° nachtverzorging;
- 5° kortverblijven met focus op revalidatie;
- 6° serviceflats.

De Regering kan :

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de woonzorgcentra voor ouderen verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegekend, in uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 25 - Indeling van de ondersteuningscapaciteit in woonzorgcentra voor ouderen

De ondersteuningscapaciteit van elk woonzorgcentrum voor ouderen wordt als volgt bepaald :

- 1° 82 % van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend;
- 2° 13 % van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen aan wie de categorie 'geringe ondersteuning' is toegekend;
- 3° 5 % van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegekend en die in het kader van een kortverblijf in een woonzorgcentrum voor ouderen verblijven.

De totale ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen is beperkt tot 150 plaatsen. Op aanvraag van de dienstverrichter kan die ondersteuningscapaciteit opgetrokken worden tot hoogstens 180 plaatsen, als de dienstverrichter van een woonzorgcentrum voor ouderen aanvullend nog het volgende aanbod verricht :

- 1° de serviceflats;
- 2° de dagverzorging;
- 3° nog een ander in deze onderafdeling vermeld aanbod of een proefproject in de zin van artikel 64 dat beantwoordt aan de criteria van een woonstructuur in de zin van artikel 4, 34°;
- 4° de activiteit als sociaal trefpunt overeenkomstig het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten;
- 5° een regelmatig plaatsvindend intergenerationeel aanbod dat de interactie tussen de generaties bevordert;
- 6° een vervoersmogelijkheid voor alle ouderen van de woonzorgzone in kwestie.

Het aanvullende aanbod vermeld in 3° tot 5° moet aangeboden worden binnen de woonzorgzone van het woonzorgcentrum voor ouderen.

Voor de toepassing van het tweede lid legt de Regering het volgende vast :

- 1° de verdere voorschriften voor het te verrichten aanbod;
- 2° de vorm en de inhoud van de aanvraag tot uitbreiding van de ondersteuningscapaciteit en de daarvoor bestemde procedure.

Art. 26 - Woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte

Woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte zijn woonstructuren voor personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend en die een vastgesteld neurologisch letsel hebben; die woonzorgcentra omvatten in één of meer gebouwen de volgende diensten :

- 1° aanbieden van een woonruimte;
- 2° verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 3° waarborgen van medische begeleiding;
- 4° psychosociale ondersteuning;
- 5° activering, alsook ondersteuningsmaatregelen en mobilisatiemaatregelen;
- 6° intensieve revalidatiemaatregelen;
- 7° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;

- 8° de samenwerking met artsen-specialisten;
- 9° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 10° aanbieden van huishoudelijke diensten;
- 11° aanbieden van kortverblijven;
- 12° aanbieden van kortverblijven met focus op revalidatie;
- 13° aanbieden van de dagverzorging met focus op revalidatie;
- 14° aanbieden van de nachtverzorging.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van de woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte verricht worden.

Afdeling 3. — Palliatieve zorg

Art. 27 - Samenwerkingsverband voor palliatieve zorg

Het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg verricht in de thuisomgeving of in de woonstructuren een aanbod 'palliatieve zorg' dat de volgende diensten omvat :

- 1° voor de bevolking :
 - a) netwerkvorming;
 - b) public relations en bevordering van de bewustwording voor palliatieve zorg;
- 2° voor de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte op het einde van hun leven en voor hun omgeving:
 - a) de palliatieve zorgbegeleiding in de thuisomgeving;
 - b) de adviesverlening door en het overleg met de eerstelijnszorgverleners die ter plaatse actief zijn;
 - c) het verlenen van directe ondersteuning.

De diensten bepaald in het eerste lid, 2°, worden door een multidisciplinair team verricht.

De Regering legt de samenstelling van het team vermeld in het tweede lid vast. Daartoe preciseert de Regering:

- 1° het minimale aantal leden van het team;
- 2° de voorwaarden betreffende de kwalificatievereisten waaraan de leden van het team moeten voldoen.

HOOFDSTUK 3. — Programmatie en vergunning

Afdeling 1. — Programmatie

Art. 28 - Beginsel van de programmatie

§ 1 - Het aanbod aan diensten voor personenondersteuning vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 2, valt onder een programmatie door de Regering.

In afwijking van het eerste lid :

- 1° valt het volgende aanbod aan diensten niet onder een programmatie :

- a) de seniorenresidenties;
- b) de gemeenschappelijke wooninitiatieven;

2° valt het volgende aanbod aan diensten alleen onder een programmatie, als de dienstverrichter een erkenning aanvraagt op grond van artikel 42 :

- a) de ziekenoppas;
- b) de sociale huishoudelijke hulp;
- c) de dagopvang.

3° kan in het Duitse taalgebied slechts één samenwerkingsverband voor palliatieve zorg geprogrammeerd worden.

§ 2 - De programmatie geschiedt met inachtneming van de volgende criteria :

1° de demografische situatie en de demografische prognoses, in het bijzonder het percentage ouderen ten opzichte van de totale bevolking en het percentage personen dat 80 of ouder dan 80 is ten opzichte van de bevolkingsgroep van de ouderen;

- 2° de structuur van de woonzorgzones;
- 3° de volgende elementen per gemeente van het Duitse taalgebied:

- a) het aantal ouderen;
- b) het bestaande en geplande ondersteuningsaanbod voor ouderen.

Ter vaststelling van de programmatie kan de Regering externe deskundigen belasten met het maken van behoefteanalyses, zowel over het bestaande als over het geplande ondersteuningsaanbod.

Art. 29 - Woonzorgzones

De Regering bepaalt voor het Duitse taalgebied verscheidene woonzorgzones waarin dienstverrichters door het aanbieden van een waaier aan diensten ertoe bijdragen dat ouderen in hun vertrouwde omgeving kunnen blijven en een beroep kunnen doen op diensten die aan hun noden en hun ondersteuningsbehoefte voldoen. Hiertoe wordt een sociale ruimte bepaald die de volgende kenmerken omvat :

- 1° voldoende verschillende woonstructuren;
- 2° voldoende aanbod aan diensten voor thuisondersteuning en thuisverzorging;
- 3° voldoende aanbod aan algemene basisvoorzieningen;

4° sociale netwerken, buurthulp en activiteiten van de personenondersteuning ter bevordering van de participatie in de samenleving.

*Afdeling 2. — Vergunning en erkenning*Onderafdeling 1. — Vergunningsprocedure**Art. 30** - Toepassingsgebied

Deze onderafdeling is van toepassing op het volgende georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten :

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de dagverzorging;
- 3° de dagverzorging met focus op revalidatie;
- 4° de nachtverzorging;
- 5° de kortverblijven;
- 6° de kortverblijven met focus op revalidatie;
- 7° de serviceflats;
- 8° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen;
- 9° de woonzorgcentra voor ouderen;
- 10° de woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte;
- 11° de palliatieve zorg.

Art. 31 - Beginsel van de vergunning

§ 1 - Voor het ondersteuningsaanbod vermeld in artikel 30 dienen de dienstverrichters in de volgende gevallen een vergunningsaanvraag in bij de Regering :

- 1° om een ondersteuningsaanbod te scheppen of aan te bieden;
- 2° om de ondersteuningscapaciteit te wijzigen;
- 3° om de urencontingenten te wijzigen.

Bij het toekennen van de vergunning bestaat de vergunning uit een planningsvergunning, gevolgd door een exploitatievergunning bij het verrichten van het aanbod.

§ 2 - De planningsvergunning vermeld in § 1, tweede lid, verleent de dienstverrichter het recht om de nodige plannings- en uitvoeringswerkzaamheden uit te voeren en zo de geplande projecten vermeld in § 1, eerste lid, in de praktijk te brengen.

§ 3 - De exploitatievergunning vermeld in § 1, tweede lid, verleent de dienstverrichter het recht om zijn aanbod aan diensten te verrichten. Ze moet voorafgegaan worden door een planningsvergunning.

De dienstverrichters vragen de exploitatievergunning drie maanden vóór het verrichten van de dienst en uiterlijk bij het verstrijken van de planningsvergunning aan.

Art. 32 - Vergunningsvoorwaarden

§ 1 - De Regering verleent de planningsvergunning als:

- 1° het aanbod of de wijziging van de ondersteuningscapaciteit of van de urencontingenten op het tijdstip van de aanvraag voldoet aan de programmatiecriteria overeenkomstig artikel 28;
 - 2° de door de Regering vastgelegde bouwnormen en specifieke veiligheidsmaatregelen in acht genomen worden.
- De voorwaarde vermeld in het eerste lid, 2°, geldt alleen voor het residentiële en transmurale aanbod.

§ 2 - De Regering kent de exploitatievergunning toe als er een planningsvergunning werd toegekend.

De Regering bepaalt de verdere voorwaarden voor het verkrijgen van de exploitatievergunning. Die hebben in het bijzonder betrekking op :

- 1° de juridische vorm van de dienstverrichter;
- 2° de boekhouding;
- 3° het concept m.b.t. de organisatie van het ondersteuningsaanbod;
- 4° het inspraakrecht van de ouderen met ondersteuningsbehoefte, van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de referentiepersonen, in het bijzonder participatie bij het bepalen van de levensomstandigheden in het transmurale en residentiële aanbod;
- 5° de rechten en plichten van de vertegenwoordiger, onverminderd andersluidende bepalingen;
- 6° het bestaan van een overeenkomst tussen de dienstverrichter en de oudere met ondersteuningsbehoefte of persoon met ondersteuningsbehoefte in de vorm van een dienstverleningsovereenkomst;
- 7° de openingstijden, de wachtdiensten, de toegankelijkheid en de manier waarop de dienstverleningsovereenkomst kan worden opgezegd;
- 8° het kwaliteitsmanagement, met inbegrip van het klachtenbeheer;
- 9° de geplande samenstelling van het personeel.

De Regering kan uitzonderingen op de verplichting om aan de voorwaarden vermeld in het tweede lid te voldoen, bepalen.

Art. 33 - Vergunningsprocedure

§ 1 - Dienstverrichters die een planningsvergunning en een exploitatievergunning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 32 vervuld zijn.

De planningsvergunning is drie jaar geldig.

Tot uiterlijk drie maanden vóór het verstrijken van de planningsvergunning kunnen de dienstverrichters een gemotiveerd verzoek indienen om de vergunning voor een periode van ten hoogste één jaar te verlengen. De Regering beslist over deze aanvraag tot verlenging binnen drie maanden na ontvangst van de volledige aanvraag.

De exploitatievergunning wordt principieel voor onbepaalde duur verleend. De Regering bepaalt in welke uitzonderlijke gevallen eventueel een exploitatievergunning voor bepaalde duur wordt verleend. Eventueel kan ze samen met de planningsvergunning worden verleend.

§ 2 - De dienstverrichters die een vergunning hebben, dienen een nieuwe of een gedeeltelijk nieuwe vergunningsaanvraag in :

- 1° indien de eventueel voor bepaalde duur verleende vergunning verstreken is;
- 2° indien de dienstverrichter, de Regering of de inspecteurs vaststellen dat de gegevens die in de vergunning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden;
- 3° indien de dienstverrichter een aanvullend ondersteuningsaanbod wil aanbieden, voor zover het gaat om een aanbod vermeld in artikel 30.

§ 3 - De Regering bepaalt :

- 1° de vorm en de inhoud van de vergunningsaanvraag of van de aanvraag om verlenging van de planningsvergunning;
- 2° de procedure en de verdere nadere regels en voorwaarden om de exploitatievergunning en planningsvergunning te behouden;
- 3° de procedure om de planningsvergunning te verlengen;
- 4° de procedure om in voorkomend geval een exploitatievergunning voor bepaalde of onbepaalde duur te verlenen;
- 5° de procedure om de vergunning te wijzigen;
- 6° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 34 - Overdracht van de vergunning

§ 1 - De vergunning voor een aanbod wordt voor een bepaalde dienstverrichter en voor het transmurale en het residentiële aanbod voor een bepaalde vestigingsplaats verleend.

Het verkopen of kopen van ondersteuningscapaciteiten of urencontingenten is verboden, tenzij de Regering dit op verzoek en in uitzonderlijke gevallen uitdrukkelijk toestaat. Het overdragen van ondersteuningscapaciteiten aan een andere dienstverrichter zonder wijziging van de vestigingsplaats is wel toegelaten. De nieuwe dienstverrichter dient daartoe een nieuwe vergunningsaanvraag in.

§ 2 - Met behoud van de toepassing van § 1 is de overdracht van ondersteuningscapaciteiten aan een andere dienstverrichter of aan dezelfde dienstverrichter met wijziging van de vestigingsplaats, voor bepaalde tijd toegelaten, als het vergunde ondersteuningsaanbod op de oorspronkelijke vestigingsplaats verbouwd wordt. De dienstverrichter aan wie de ondersteuningscapaciteit tijdens de verbouwingsfase wordt overgedragen, heeft geen afzonderlijke vergunning nodig. Na beëindiging van de verbouwingsfase wordt de oorspronkelijk overgedragen ondersteuningscapaciteit teruggegeven aan de oorspronkelijke vestigingsplaats.

Voor de toepassing van het eerste lid bepaalt de Regering de tijdstippen waarop een verbouwing als begonnen en als beëindigd wordt beschouwd.

Art. 35 - Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de exploitatievergunning te mogen behouden

Voor het behoud van de exploitatievergunning komen de dienstverrichters de volgende verplichtingen na:

- 1° de verplichtingen naleven die overeenkomstig artikel 32 ten grondslag liggen aan de planningsvergunning en de exploitatievergunning;
- 2° de personeelsnormen inzake aantal en/of kwalificatie van het personeel naleven;
- 3° het betrokken aanbod verrichten met inachtneming van de actuele hygiënenormen en verplegingsnormen;
- 4° de normen inzake maaltijden naleven;
- 5° de zorgcontinuïteit;
- 6° de kwaliteitsnormen inzake de dienstverleningsprincipes vermeld in artikel 6 naleven;
- 7° de overeenkomstig hoofdstuk 2 bepaalde opdrachten werkelijk vervullen.

De verplichting vermeld in het eerste lid, 5°, geldt niet voor:

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de serviceflats;
- 3° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen.

De Regering kan:

- 1° de verplichtingen vermeld in het eerste lid nader precisieren;
- 2° nog andere verplichtingen voor het behoud van de vergunning vastleggen.

Art. 36 - Vergunning als financieringsvoorwaarde

Dienstverrichters van wie het ondersteuningsaanbod vóór het verrichten ervan met toepassing van deze onderafdeling door de Regering vergund werd, krijgen een financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

In afwijking van het eerste lid worden serviceflats niet gefinancierd.

Art. 37 - Niet-naleving van de vergunningsvoorwaarden

§ 1 - Indien de dienstverrichter één of meer voorwaarden die ten grondslag liggen aan de vergunning of die voor het behoud van de vergunning dienen, niet naleeft, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die vergunningsvoorwaarden na te komen.

Indien de dienstverrichter, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de vergunningsvoorwaarden nog altijd niet naleeft :

- 1° schorst de Regering de vergunning van de dienstverrichter en/of trekt ze die in;
- 2° schorst de Regering de vergunning van de dienstverrichter gedeeltelijk en/of trekt ze die gedeeltelijk in;
- 3° trekt de Regering de financiering van de dienstverrichter geheel of gedeeltelijk in.

De sanctie bepaald in het tweede lid, 3°, kan gecombineerd worden met de sancties bepaald in het tweede lid, 1° en 2°.

De gedeeltelijke schorsing of de gedeeltelijke intrekking van de vergunning heeft betrekking op de urencontingenten, de ondersteuningscapaciteit of, in geval van een overtreding van artikel 32, § 1, eerste lid, 2°, op afzonderlijke kamers.

De Regering :

1° bepaalt de procedure voor de schorsing en de intrekking van de vergunning;

2° preciseert de nadere regels voor de gedeeltelijke schorsing en de gedeeltelijke intrekking van de vergunning, respectievelijk van de financiering.

§ 2 - Tijdens de gedeeltelijke schorsing, de schorsing of de intrekkingprocedure kan de dienstverrichter zijn aanbod alleen verrichten voor personen die al een beroep deden op zijn aanbod voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht. Het aanbod kan niet worden uitgebreid tot andere personen. De dienstverrichter is ertoe verplicht de Dienst en de personen die een beroep doen op het aanbod in te lichten over de beperking van de uitbreiding en over de redenen waarom.

De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor de kennisgeving van de informatie vermeld in het eerste lid.

§ 3 - Indien een dienstverrichter geen bezettingsgraad heeft van minstens 93 % van de vergunde ondersteuningscapaciteit of van de vergunde urencontingenten, gebaseerd op de hoogste jaarlijkse bezettingsgraad in de afgelopen drie jaar, kan de Regering de ondersteuningscapaciteit of de urencontingenten naar rato procentueel verminderen, nadat de dienstverrichter vooraf zijn standpunt heeft meegedeeld.

De Regering bepaalt de procedure en de nadere regels voor de procentuele intrekking van de ondersteuningscapaciteit.

Art. 38 - Sluiting

De intrekking van de vergunning heeft de sluiting of de beëindiging van het aanbod tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting of de beëindiging van het aanbod.

Art. 39 - Sluiting van een woonzorgcentrum voor ouderen of van een woonzorgcentrum voor personen met ondersteuningsbehoefte

Vanaf de kennisgeving van de intrekking van de vergunning zijn dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen en van woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte ertoe verplicht, binnen een door de Regering bepaalde termijn, ervoor te zorgen dat de betrokken personen in een andere voorziening kunnen worden opgevangen. Na het verstrijken van die termijn wordt het woonzorgcentrum voor ouderen of het woonzorgcentrum voor personen met ondersteuningsbehoefte gesloten.

Onverminderd het eerste lid kan de Regering bij wijze van overgangsregeling de onmiddellijke sluiting bevelen, indien uiterst dringende redenen voor de volksgezondheid of de veiligheid dit rechtvaardigen.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting of de beëindiging van het aanbod.

Art. 40 - Beëindiging van het ondersteuningsaanbod

De vrijwillige stopzetting van het aanbod heeft de beëindiging van het aanbod tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedure voor de beëindiging van een ondersteuningsaanbod.

Onderafdeling 2. — Erkenningsprocedure

Art. 41 - Toepassingsgebied

Deze onderafdeling is van toepassing op het volgende georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten:

1° de ziekenopvang;

2° de sociale huishoudelijke hulp;

3° de dagopvang.

Art. 42 - Principe en erkenning als financieringsvoorwaarde

Dienstverrichters van het ondersteuningsaanbod vermeld in artikel 41 kunnen bij de Regering een erkenning aanvragen overeenkomstig de bepalingen van deze onderafdeling.

Dienstverrichters van wie het ondersteuningsaanbod vóór het verrichten ervan met toepassing van deze onderafdeling door de Regering erkend werd, krijgen een financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

Art. 43 - Erkenningsvoorwaarden

De Regering kent de erkenning toe als :

1° het aanbod of de wijziging van de ondersteuningscapaciteit of van de urencontingenten op het tijdstip van de aanvraag voldoet aan de programmacriteria overeenkomstig artikel 28;

2° de door de Regering vastgelegde bouwnormen en specifieke veiligheidsmaatregelen in acht genomen worden;

3° de voorwaarden bepaald in artikel 32, § 2, tweede lid, vervuld zijn.

De voorwaarde vermeld in het eerste lid, 2°, geldt alleen voor de dagopvang.

Art. 44 - Erkenningsprocedure

§ 1 - Dienstverrichters die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 43 vervuld zijn.

De erkenning wordt principieel voor onbepaalde duur toegekend. De Regering bepaalt in welke uitzonderlijke gevallen een erkenning voor bepaalde duur kan worden verleend.

§ 2 - De dienstverrichters die een erkenning hebben, dienen een nieuwe aanvraag of gedeeltelijke aanvraag om erkenning in :

1° indien de eventueel voor bepaalde duur verleende erkenning verstreken is;

2° indien de dienstverrichter, de Regering of de inspecteurs vaststellen dat de gegevens die in de erkenning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden;

3° indien de dienstverrichter een aanvullend ondersteuningsaanbod wil aanbieden, voor zover het gaat om een aanbod vermeld in artikel 41.

§ 3 - De Regering bepaalt :

1° de vorm en de inhoud van de erkenningsaanvraag;

2° de procedure en de verdere nadere regels en voorwaarden om de erkenning te krijgen;

3° de procedure om in voorkomend geval een erkenning voor bepaalde of onbepaalde duur te verlenen;

4° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 45 - Overdracht van de erkenning

De erkenning voor een aanbod wordt toegekend voor een bepaalde dienstverrichter.

Het verkopen of kopen van ondersteuningscapaciteiten of urencontingenten is verboden, tenzij de Regering dit op verzoek en in uitzonderlijke gevallen uitdrukkelijk toestaat.

Art. 46 - Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de dienstverrichters de volgende verplichtingen na :

1° de verplichtingen naleven die overeenkomstig artikel 43 aan de erkenning ten grondslag liggen;

2° de verplichtingen vermeld in artikel 35, eerste lid, 2° tot 4°, 6° en 7°, naleven.

De Regering kan :

1° de verplichtingen vermeld in het eerste lid nader preciseren;

2° nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen.

Art. 47 - Niet-naleving van de erkenningsvoorwaarden

§ 1 - Indien de dienstverrichter die een erkenning heeft één of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de dienstverrichter, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning van de dienstverrichter en/of trekt ze die in.

De Regering bepaalt de procedure voor de schorsing en de intrekking van de erkenning.

§ 2 - Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure krijgt de dienstverrichter geen of geen volledige financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

HOOFDSTUK 4. — Financiering**Afdeling 1. — Activiteiten van de personenondersteuning en gemeenschappelijke wooninitiatieven****Art. 48 - Financiering door een overeenkomst**

Onverminderd de afdelingen 2 en 3 kan de subsidiëring van het volgende aanbod aan diensten binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen geschieden via een overeenkomst tussen de Regering en de dienstverrichter :

1° het ondersteuningsaanbod vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 1;

2° de gemeenschappelijke wooninitiatieven.

De Regering bepaalt de daarmee samenhangende raamvoorwaarden.

De dienstverrichters van het ondersteuningsaanbod vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 1, en de dienstverrichters van de gemeenschappelijke wooninitiatieven kunnen een financiële bijdrage voor het gebruik van hun ondersteuningsaanbod vragen aan de oudere en personen met ondersteuningsbehoefte.

Afdeling 2. — Georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten**Onderafdeling 1. — Gemeenschappelijke bepaling****Art. 49 - Toepassingsgebied**

De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op het georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten.

Art. 50 - Voorwaarde voor de vergunning, resp. erkenning

Alleen dienstverrichters die een vergunning resp. erkenning hebben, kunnen gesubsidieerd worden en kunnen van de oudere met ondersteuningsbehoefte of van de persoon met ondersteuningsbehoefte een financiële bijdrage vragen.

Bij het vastleggen van het bedrag van de subsidie wordt rekening gehouden met de geschatte inkomsten van de dienstverrichter.

In afwijking van het eerste lid kunnen dienstverrichters die serviceflats aanbieden, uitsluitend een financiële bijdrage vragen.

Onderafdeling 2. — Financiering door middel van een financiële bijdrage

Art. 51 - Financiële bijdrage van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte

§ 1 - Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte een financiële bijdrage vragen voor het gebruik van hun ondersteuningsaanbod :

1° de gezins- en ouderenhulp;

2° de ziekenoppas;

3° de sociale huishoudelijke hulp;

Voor het aanbod aan diensten vermeld in het eerste lid, 1° en 3°, wordt de te betalen bijdrage bepaald in verhouding tot het gezinsinkomen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte.

De Regering bepaalt voor het aanbod aan diensten vermeld in het eerste lid :

1° de berekeningsregels om de te betalen bijdrage te bepalen;

2° de bijdragetarieven om gebruik te maken van het ondersteuningsaanbod;

3° de voorwaarden en de nadere regels om de bijdragetarieven te verhogen;

4° de minimumprestaties die door de financiële bijdrage gedekt worden in het kader van een overeenkomst tussen de dienstverrichters vermeld in het eerste lid en de oudere met ondersteuningsbehoefte resp. de persoon met ondersteuningsbehoefte.

§ 2 - Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte een financiële bijdrage vragen voor het gebruik van hun aanbod :

1° het transmurale aanbod;

2° de kortverblijven;

3° de kortverblijven met focus op revalidatie;

4° de serviceflats;

- 5° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen;
- 6° de woonzorgcentra voor ouderen;
- 7° de woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte.

De Regering bepaalt:

- 1° voor het aanbod vermeld in het eerste lid, 1°: de financiële bijdrage voor het gebruik ervan;
- 2° voor het aanbod vermeld in het eerste lid, 2° tot 7°: de voorwaarden en nadere regels voor het bepalen van de instapprijs;
- 3° voor elk aanbod vermeld in het eerste lid: de voorwaarden en de nadere regels om de financiële bijdrage te verhogen;
- 4° voor elk aanbod vermeld in het eerste lid: de minimumprestaties die door de financiële bijdrage gedekt worden.

Onderafdeling 3. - Financiering door middel van uurforfaits en forfaitaire bedragen

Art. 52 - Financieringswijze

Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een subsidie ontvangen in de vorm van jaarlijkse urencontingenten of jaarlijkse forfaitaire bedragen overeenkomstig artikel 53 :

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de ziekenoppas;
- 3° de sociale huishoudelijke hulp;
- 4° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen.

Art. 53 - Subsidiëring

§ 1 - De vastlegging van de subsidie heeft betrekking op de jaarlijkse urencontingenten waarvoor een vergunning is afgegeven en/of op door de Regering bepaalde jaarlijkse forfaitaire bedragen.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter.

In geval van urencontingenten wordt de subsidie voor het betrokken ondersteuningsaanbod berekend door de urencontingenten waarvoor een vergunning is gegeven te vermenigvuldigen met het uurforfait dat door de Regering is vastgesteld.

Met uitzondering van het residentiële en het transmurale aanbod wordt de subsidie alleen toegekend voor diensten die de dienstverrichter in het Duitse taalgebied verricht heeft.

§ 2 - Indien de gesubsidieerde dienstverrichter in een kalenderjaar het urencontingent waarvoor een vergunning is gegeven niet bereikt of de kosten voor het vastgelegde forfaitaire bedrag niet kan bewijzen, vordert de Regering het bedrag van elk niet-gepresteerd uur of van alle niet-bewezen kosten in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 - De Regering bepaalt :

- 1° de subsidiëringsvoorwaarden;
- 2° het bedrag van de subsidie;
- 3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 4° de urencontingenten;
- 5° het uurforfait en de forfaitaire bedragen.

Onderafdeling 4. — Financiering door middel van een begeleidingsforfait

Art. 54 - Financieringswijze

Dienstverrichters die transmurale diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een subsidie ontvangen in de vorm van een begeleidingsforfait overeenkomstig artikel 55.

Art. 55 - Subsidiëring

§ 1 - De Regering bepaalt de jaarlijkse aanwezigheidsdagen om de subsidiëring vast te leggen.

De subsidiëring geschiedt door de vergunde ondersteuningscapaciteit te vermenigvuldigen met het door de Regering vastgestelde begeleidingsforfait en de aanwezigheidsdagen.

Het begeleidingsforfait kan betrekking hebben op :

- 1° de totale kosten van de dienstverrichter of;
- 2° bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter en/of;
- 3° de ondersteuningscategorie van de ouderen en van de personen met ondersteuningsbehoefte.

§ 2 - Indien een dienstverrichter de afgesproken aanwezigheidsdagen niet bereikt, vordert de Regering het begeleidingsforfait voor elke ontbrekende aanwezigheidsdag in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 - De Regering bepaalt :

- 1° de subsidiëringsvoorwaarden. Die hebben in het bijzonder betrekking op :
 - a) de ondersteuningscapaciteit;
 - b) de ondersteuningscategorie;
 - c) de aanwezigheidsdagen en de bezettingsgraad van het ondersteuningsaanbod;
- 2° het bedrag van de subsidie;
- 3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 4° de begeleidingssubsidies;
- 5° de jaarlijkse aanwezigheidsdagen.

Onderafdeling 5. — Financiering door middel van dagforfaits**Art. 56** - Financieringswijze

Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een bewonersgerichte subsidie ontvangen overeenkomstig artikel 57, een personeelsgerichte subsidie overeenkomstig artikel 58 en een vaste subsidie voor mobiliteitshulpmiddelen overeenkomstig artikel 59 :

- 1° de kortverblijven;
- 2° de kortverblijven met focus op revalidatie;
- 3° de woonzorgcentra voor ouderen;
- 4° de woonzorgcentra voor personen met ondersteuningsbehoefte.

Art. 57 - Bewonersgerichte subsidiëring

§ 1 - De Regering bepaalt de jaarlijkse aanwezigheidsdagen om de bewonersgerichte subsidiëring vast te leggen.

De Regering bepaalt de voorwaarden voor de bewonersgerichte subsidiëring van de dienstverrichters die woonstructuren aanbieden. Die subsidiëring bestaat uit de volgende elementen :

- 1° een basissubsidie;
- 2° een subsidie voor een bijzonder aanbod aan diensten;
- 3° een forfait voor de werkingskosten.

De toekenning van de basissubsidie vermeld in het tweede lid, 1°, is gebonden aan het naleven van de vergunningsvoorwaarden.

De toekenning van de subsidie voor het bijzonder aanbod vermeld in het tweede lid, 2°, is gebonden aan het indienen van concepten om de kwaliteit van de woonstructuur te verbeteren en een bijzonder aanbod aan diensten op te richten die door de Regering moeten worden goedgekeurd.

De toekenning van het forfait voor de werkingskosten vermeld in het tweede lid, 3°, is gebonden aan het naleven van de vereisten inzake het minimaal aantal administratieve personeelsleden en hun kwalificatievereisten en kan forfaits voor materiaal omvatten.

§ 2 - Met inachtneming van de elementen vermeld in § 1 wordt de bewonersgerichte subsidiëring berekend door de indeling van de ondersteuningscapaciteit te vermenigvuldigen met het door de Regering bepaalde dagforfait dat afhankelijk is van de ondersteuningscategorie van de bewoners, met het door de Regering bepaalde dagforfait voor de kortverblijven en met de aanwezigheidsdagen.

§ 3 - Een 97 % -bezettingsgraad van de vastgelegde aanwezigheidsdagen stemt overeen met een volledige bezettingsgraad.

§ 4 - Indien een dienstverrichter geen volledige bezettingsgraad bereikt, vordert de Regering het dagforfait voor elke ontbrekende aanwezigheidsdag op basis van de indeling van de ondersteuningscapaciteit in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 5 - De Regering bepaalt :

1° het bedrag van het dagforfait per ondersteuningscategorie, het dagforfait van de kortverblijven en de bestanddelen ervan;

2° de vorm en de inhoud van de concepten vermeld in § 1, vierde lid, om de kwaliteit van het aanbod te verbeteren en een bijzonder aanbod aan diensten op te richten;

3° de voorschriften voor het administratief personeel vermeld in § 1, vijfde lid;

4° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;

5° in voorkomend geval, verdere berekeningscriteria;

6° in voorkomend geval, verdere subsidie categorieën.

Art. 58 - Personeelsgerichte subsidiëring

De personeelsgerichte subsidiëring vloeit voort uit :

1° de beroepskwalificatie van het personeel;

2° de benutting van de toepasselijke eindeloopbaanmaatregelen;

3° de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

De Regering :

1° bepaalt de nadere voorwaarden en regels, alsook het bedrag van de subsidie vermeld in het eerste lid;

2° kan nog andere grondslagen voor de subsidiëring bepalen.

Art. 59 - Vaste subsidiëring voor mobiliteitshulpmiddelen

Voor de woonzorgcentra voor ouderen omvat de vaste subsidiëring van de mobiliteitshulpmiddelen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een jaarlijkse vaste subsidie voor de aankoop, de uitlening en het onderhoud van standaardhulpmiddelen.

De Regering bepaalt het bedrag en de nadere regels voor de subsidiëring.

Onderafdeling 6. — Financiering door middel van een forfaitair bedrag**Art. 60** - Financieringswijze

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg een subsidie ontvangen in de vorm van een forfaitair bedrag overeenkomstig artikel 61.

Art. 61 - Subsidiëring

§ 1 - De Regering kan de jaarlijkse forfaitaire bedragen bepalen om de subsidie vast te leggen.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter.

§ 2 - Indien de dienstverrichter de kosten voor het vastgelegde forfaitaire bedrag niet kan bewijzen, vordert de Regering het bedrag van alle niet-bewezen kosten in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 - De Regering bepaalt :

- 1° de subsidiëringsvoorwaarden;
- 2° het bedrag van de subsidie;
- 3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 4° de forfaitaire bedragen.

Afdeling 3. — Beheerscontracten

Art. 62 - Beheerscontracten

Met inachtneming van de voorschriften bepaald in hoofdstuk 2 kunnen de Regering en een dienstverrichter die een vergunning heeft gekregen, de subsidiëring en de nadere taakomschrijving vastleggen in een beheerscontract als bedoeld in artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 5. — *Ondersteuningsplan*

Art. 63 - Ondersteuningsplan

Indien voor de oudere met ondersteuningsbehoefte die gebruik wil maken van een woonzorgcentrum voor ouderen, een kortverblijf, een dagverzorging, een nachtverzorging of een gezins- en ouderenhulp geen ondersteuningsplan bestaat dat is opgemaakt overeenkomstig artikel 7 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, dan vragen de dienstverrichters die bovenvermeld aanbod aan diensten verrichten - voordat ze hun aanbod toekennen - aan de oudere met ondersteuningsbehoefte om dat ondersteuningsplan door de Dienst voor zelfbeschikkend leven te laten opmaken.

Bij niet-naleving van de bepaling vervat in het eerste lid en nadat de Regering de betrokken dienstverrichter aangemaand heeft zijn standpunt daaromtrent te geven, kan de Regering :

1° in geval van dienstverrichters die de gezins- en ouderenhulp, de dagverzorging of de nachtverzorging verlenen: 10 % van het voor die oudere overeenkomstig artikel 53 uitbetaalde uurforfait of 10 % van het overeenkomstig artikel 55 uitbetaalde begeleidingsforfait terugvorderen of in het daaropvolgende jaar verrekenen;

2° in geval van dienstverrichters die een kort verblijf, een woonzorgcentrum voor ouderen of een woonzorgcentrum voor personen met ondersteuningsbehoefte aanbieden: 10 % van het voor die oudere met ondersteuningsbehoefte of voor die persoon met ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 57, § 2, toegekende dagforfait terugvorderen of in het daaropvolgende jaar verrekenen.

In afwijking van het eerste lid hoeven de dienstverrichters geen ondersteuningsplan op te maken als gebruik gemaakt wordt van een aanbod op basis van artikel 83 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen of de uitvoeringsbepalingen ervan. Er hoeft ook geen ondersteuningsplan te worden opgemaakt als het aanbod voor de begeleiding van zieke kinderen gebruikt wordt.

HOOFDSTUK 6. — *Projecten en netwerkvorming*

Art. 64 - Ondersteuning van proefprojecten

§ 1 - Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden die samen met een projectaanbieder in het kader van een overeenkomst zijn vastgelegd, kan de Regering proefprojecten ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens drie jaar.

Drie maanden voor het verstrijken van de overeenkomst dient de projectaanbieder bij de Regering een evaluatie in. De Regering beslist over de verdere ondersteuning van het project op basis van de evaluatie en van het advies van het departement en na een hoorzitting met de aanbieder.

Indien een project voor een periode van minder dan drie jaar goedgekeurd werd, kan de Regering, op verzoek van de projectaanbieder en op basis van de evaluatie en van een advies van het bevoegde departement, beslissen of het project verder ondersteund wordt voor een periode van in totaal drie jaar.

§ 2 - De Regering bepaalt :

- 1° de voorwaarden die vervuld moeten zijn om een proefproject te ondersteunen;
- 2° de vorm en de inhoud van de aanvraag betreffende een proefproject;
- 3° de procedure die gevolgd moet worden om een proefproject te ondersteunen;
- 4° de nadere regels omtrent de evaluatie van het proefproject.

Na afsluiting en positieve evaluatie van het proefproject bepaalt de Regering :

- 1° de voorwaarden voor de voortzetting van het aanbod;
- 2° de verdere ondersteuning en financiering van het aanbod.

Art. 65 - Netwerkvorming voor de personenondersteuning

In elke woonzorgzone werken alle dienstverrichters van de personenondersteuning en de palliatieve zorg samen in een netwerk.

Dat netwerk heeft tot doel :

1° de ondersteuning van ouderen door samenwerking en afstemming tussen de leden van het netwerk te optimaliseren;

2° de efficiëntie, werkzaamheid en continuïteit van de ondersteuning in de zin van de oudere te bevorderen;

3° de ondersteuningsplannen en/of verzorgingsplannen van de afzonderlijke dienstverrichters voor een vlotte overgang tussen de verschillende aangeboden diensten te delen en relevante informatie uit te wisselen om de oudere zo goed mogelijk te ondersteunen;

4° het gebruik te optimaliseren van het BelRai-instrument vermeld in het protocolakkoord van 27 juni 2016 gesloten tussen de federale regering en de overheden bedoeld in de artikelen 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet, over de ontwikkeling en de implementatie van het BelRai-instrument in 2016;

5° gemeenschappelijke proefprojecten op te zetten.

HOOFDSTUK 7. — *Gemeentelijke adviescommissie ter behartiging van de belangen van ouderen (KBSI)***Art. 66** - Installatie van de KBSI

De gemeenteraad van elke gemeente van het Duitse taalgebied installeert een KBSI en legt het huishoudelijk reglement van die commissie vast.

Art. 67 - Samenstelling

§ 1 - De KBSI bestaat uit :

1° een vertegenwoordiger van het gemeentecollege;

2° een vertegenwoordiger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de gemeente;

3° een vertegenwoordiger van de gemeentelijke ouderenraad, voor zover die bestaat;

4° telkens een vertegenwoordiger per dienstverrichter van de personenondersteuning die op het grondgebied van de gemeente is gevestigd.

Voor elk in het eerste lid vermeld werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 - Tot de KBSI behoren ook met raadgevende stem :

1° een vertegenwoordiger van het departement;

2° een vertegenwoordiger van de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

3° andere plaatselijke partners die belangrijk zijn voor de ondersteuning van ouderen en die door de KBSI bij de beraadslagingen betrokken worden.

De Regering kan nog andere dienstverrichters aanwijzen die een raadgevende stem in de KBSI hebben.

Art. 68 - Voorzitterschap en werkwijze

De vertegenwoordiger van het gemeentecollege zit de vergaderingen van de KBSI voor. De voorzitter organiseert die vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een belangstellende en/of op schriftelijk verzoek van een potentiële dienstverrichter.

Een personeelslid van de gemeentediensten woont de vergaderingen van de KBSI bij en maakt onder de verantwoordelijkheid van de voorzitter de notulen op.

De Regering kan de verdere werkwijze nader bepalen.

Art. 69 - Opdracht

§ 1 - Op verzoek van de Regering en binnen de door haar gestelde termijn of op eigen initiatief verstrekt de KBSI advies over de volgende punten :

1° de demografische ontwikkeling op het grondgebied van de gemeente en de behoeften aan ondersteuningsaanbod die daaruit voortvloeien op korte en middellange termijn;

2° het ondersteuningsaanbod dat bijdraagt tot een verbetering van het aanbod voor ouderen dicht bij huis, rekening houdend met de plaatselijke omstandigheden en het vaststellen van de kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden die daarvoor vervuld moeten zijn.

§ 2 - De KBSI geeft advies over het hele aanbod aan nieuwe ondersteuningsmogelijkheden of proefprojecten op het grondgebied van de gemeente en bezorgt haar advies aan de Regering. Daartoe bezorgt de potentiële dienstverrichter alle daartoe nodige stukken vooraf aan de KBSI.

In het advies worden ten minste de volgende punten behandeld :

1° de behoefte aan het nieuwe initiatief voor de ondersteuning van ouderen, met inachtneming van de geografische, demografische en socio-economische omstandigheden;

2° het ondersteuningsconcept;

3° het aantal personen dat met het project aangesproken wordt;

4° de mogelijke kostenbijdrage van de ouderen;

5° het vormen van een netwerk voor het ondersteuningsaanbod;

6° indien het advies niet unaniem is: een uiteenzetting van de verschillende standpunten.

De KBSI bezorgt haar advies aan de Regering binnen negentig dagen na ontvangst van de stukken van de potentiële dienstverrichter.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin, op grond van de beperkte draagwijdte van de betrokken initiatieven, geen advies van de KBSI vereist is.

§ 3 - De Regering kan de KBSI nog andere taken opdragen.

HOOFDSTUK 8. — *Adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen***Art. 70** - Installatie van de adviescommissie

Er wordt een adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen opgericht.

Art. 71 - Taken

De adviescommissie heeft tot taak :

1° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen op te stellen over aangelegenheden die bij dit decreet en de desbetreffende uitvoeringsbepalingen geregeld worden;

2° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen of aanbevelingen op te stellen over de toekomstige organisatie van het ouderenbeleid en van het zelfbeschikkend leven.

De Regering vraagt het advies van de adviescommissie over elk voorontwerp van decreet of besluit dat betrekking heeft op een van de volgende bevoegdheden :

1° het beleid voor de diensten inzake ouderenondersteuning;

2° het beleid voor de diensten inzake thuisondersteuning;

3° het beleid voor de diensten inzake woonstructuren;

4° het beleid voor de diensten inzake palliatieve zorg;

5° het beleid voor de diensten in afzonderlijke, gespecialiseerde revalidatie- en behandelingsdiensten;

6° het ouderenbeleid in het algemeen.

De adviescommissie verstrekt het advies binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien dagen indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt. Na het verstrijken van die termijn kan de Regering het ontwerp zonder advies goedkeuren. Indien de adviescommissie zijn advies over een voorontwerp van decreet binnen de gestelde termijn verstrekt, dient de Regering het samen met het ontwerp van decreet in bij het Parlement.

De termijn vermeld in het derde lid kan in uitzonderlijk geval en wegens met redenen omklede dringende noodzakelijkheid tot vijftien dagen worden beperkt.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies aanvragen bij de adviescommissie. De adviescommissie bezorgt dat advies aan de aanvrager binnen een door het Parlement gestelde termijn.

Art. 72 - Samenstelling

§ 1 - De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd :

1° een in het Duitse taalgebied werkende huisarts die bij voorkeur belast is met de coördinatie van de medische begeleiding in een woonzorgcentrum voor ouderen en die aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de huisartsenverenigingen;

2° twee leden van het leidinggevend administratief personeel van het woonstructuraanbod die worden aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de betrokken raden van bestuur en waarbij één van die twee leden de woonzorgcentra voor ouderen vertegenwoordigt;

3° twee leden van het leidinggevend administratief personeel van een dienstverrichter van de thuisondersteuning die worden aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de raden van bestuur en waarbij één van die twee leden het aanbod aan diensten voor gezins- en ouderenhulp vertegenwoordigt;

4° één lid dat in een woonzorgcentrum voor ouderen werkzaam is als verpleegkundige en dat aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de beroepsvereniging;

5° een verpleegkundige die werkzaam is in de thuiszorg en die wordt aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de beroepsvereniging;

6° een medewerker van een dienstverrichter van de gezins- en ouderenhulp of ziekenoppas die belast is met de begeleiding van ouderen met ondersteuningsbehoefte in de thuisondersteuning en die aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de raden van bestuur;

7° een paramedicus die werkzaam is in de ondersteuning van ouderen;

8° een lid van het leidend bestuurspersoneel van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg;

9° twee ouderen die woonachtig zijn in het Duitse taalgebied en die aangewezen worden op basis van de voordrachten ingediend door de gemeentelijke oudereraden.

De Regering zorgt voor de opmaak van de notulen van de vergaderingen en voor het secretariaat van de adviescommissie.

§ 2 - De adviescommissie kiest onder haar stemgerechtigde leden een voorzitter voor een verlengbare periode van twee jaar.

§ 3 - De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk lid een plaatsvervangend lid aan.

Het mandaat van de leden duurt vier jaar en kan worden verlengd.

§ 4 - De Regering en de adviescommissie kunnen gemachtigden naar de beraadslagingen afvaardigen. Die gemachtigden zijn niet stemgerechtigd.

Art. 73 - Werkwijze

§ 1 - De eerste vergadering van de adviescommissie vindt ten laatste twee maanden na inwerkingtreding van dit decreet plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de adviescommissie een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de Raad.

De voorzitter van de adviescommissie deelt de vergaderdata mee aan de Regering.

§ 2 - De beslissingen van de adviescommissie worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van haar leden aanwezig is.

Indien de adviescommissie niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviescommissie rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 3 - Met het oog op de uitoefening van haar taken kan de adviescommissie op haar vergaderingen deskundigen uitnodigen; deze wonen de vergaderingen met raadgevende stem bij. Bovendien kan de adviescommissie werkgroepen oprichten.

Art. 74 - Rapportering

Op het einde van het kalenderjaar maakt de adviescommissie een verslag over de activiteiten van het afgelopen jaar op en zendt dat gelijktijdig toe aan het Parlement en aan de Regering.

Art. 75 - Vergoedingen

De stemgerechtigde leden van de adviescommissie en de deskundigen die met toepassing van artikel 73, § 3, de vergaderingen bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 9. — *Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens***Art. 76 - Vertrouwelijkheid**

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de dienstverrichters, de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 77 - Verwerking van persoonsgegevens

Onverminderd artikel 78 zijn de dienstverrichters verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 79, § 1, in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Regering is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 79, § 2. De dienstverrichters en de Regering worden voor hun verwerking beschouwd als de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, 7°, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De dienstverrichters en de Regering verwerken persoonsgegevens om hun wettelijke of decretale opdrachten uit te voeren, in het bijzonder voor de opdrachten vervat in hoofdstuk 2, respectievelijk hoofdstuk 3, 4 en 11. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving over de bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 78 - Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg die werkzaam is bij de dienstverrichter en die overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek gebonden is aan het beroepsgeheim.

Het verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van het medisch geheim en met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt.

Art. 79 - Gegevenscategorieën

§ 1 - De dienstverrichters, de inspecteurs die overeenkomstig artikel 83 zijn aangewezen en de in hetzelfde artikel vermelde externe deskundigen kunnen alle overeenkomstig artikel 77 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken :

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

3° identiteitsgegevens en contactgegevens van de gezinsleden van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

4° gegevens over de gezinssituatie van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

5° gegevens over de sociale en financiële situatie van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

6° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

7° gegevens over de gezondheid en ontwikkeling van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte:

a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;

b) gegevens over inentingën;

c) gegevens over de geestelijke gezondheid;

d) gegevens over het gedrag;

e) gegevens over risico's en risicofactoren;

f) gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden;

8° gerechtelijke gegevens over de oudere of de persoon met ondersteuningsbehoefte, voor zover die gegevens betrekking hebben op hun rechtsbekwaamheid en, wat personeelsleden betreft, een uittreksel uit het strafregister en een medisch attest.

§ 2 - De Regering, de inspecteurs die overeenkomstig artikel 83 zijn aangewezen en de in hetzelfde artikel vermelde externe deskundigen kunnen alle overeenkomstig artikel 77 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken :

1° de gegevens vermeld in § 1, 1° tot 7°;

2° identiteitsgegevens van de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter;

3° gegevens over de beroepssituatie en beroepskwalificatie van de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter;

4° een uittreksel uit het strafregister van de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter.

§ 3 - De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in de paragrafen 1 tot 2 na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 80 - Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen tot hoogstens tien jaar nadat de oudere met ondersteuningsbehoefte of de persoon met ondersteuningsbehoefte het ondersteuningsaanbod van een dienstverrichter voor het laatst gebruikt heeft, in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

Art. 81 - Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 10. — *Klachten***Art. 82** - Klachtendienst

De Regering wijst een natuurlijke persoon of rechtspersoon aan die belast is met de behandeling van klachten over dienstverrichters, voor het geval dat de klacht niet kon worden opgelost tussen de dienstverrichter zelf en de persoon of diens vertegenwoordiger.

De Regering bepaalt :

- 1° de voorschriften betreffende de werkwijze van de klachtendienst vermeld in het eerste lid;
- 2° de klachtenprocedure.

HOOFDSTUK 11. — *Controle- en strafbepalingen***Art. 83** - Inspectie en controle

§ 1 - Onverminderd artikel 17 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven vallen de dienstverrichters vermeld in dit decreet onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht kunnen de inspecteurs een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich ervan te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen :

- 1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van het toezicht;
- 2° ter plaatse kennis nemen van alle boeken en bescheiden voorgeschreven door dit decreet en zijn uitvoeringsbepalingen en afschriften of uittreksels ervan vervaardigen;
- 3° alle boeken en bescheiden inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;
- 4° op om het even welk ogenblik alle ruimten van de dienstverrichters bezoeken die geen woning zijn;
- 5° de woningen met toestemming van alle meerderjarige bewoners bezoeken;
- 6° in de uitoefening van hun ambt een beroep doen op de hulp van de lokale of federale politie;
- 7° met inachtneming van de voorwaarden vermeld in 4° en 5° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door een vertegenwoordiger van de dienstverrichter begeleid te worden. In dat geval krijgt de vertegenwoordiger van de dienstverrichter in aansluiting daarop onmiddellijk feedback.

§ 2 - De Regering kan bovendien externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van een dienstverrichter. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in § 1.

§ 3 - De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Art. 84 - Rapporteringsverplichtingen

§ 1 - De dienstverrichters met een vergunning dienen jaarlijks uiterlijk op 30 april een activiteitenverslag over hun in het vorige jaar verrichte diensten in bij de Regering.

De Regering bepaalt de structuur en de inhoudelijke minimumeisen van het in te dienen activiteitenverslag.

§ 2 - Alle dienstverrichters bezorgen de Regering, als ze daarom verzoekt, alle relevantie informatie en statistische gegevens.

De Regering bepaalt de vorm en de termijnen.

Art. 85 - Commissaris-afgevaardigde

Indien in het kader van de uitoefening van de inspectie in een woonzorgcentrum voor ouderen of in een woonzorgcentrum voor personen met ondersteuningsbehoefte ernstige tekortkomingen in de uitoefening van de opdracht worden vastgesteld en indien deze niet binnen de gestelde termijn door de dienstverrichter worden verholpen, dan kan de Regering - los van de mogelijkheid om de vergunning in te trekken - ten laste van de dienstverrichter een commissaris-afgevaardigde aanwijzen om de directie van het zorgaanbod waar te nemen.

De Regering bepaalt de nadere regels en voorwaarden terzake, alsook de rechten en plichten van de commissaris-afgevaardigde.

Art. 86 - Strafrechtelijke bepaling

Wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en/of met een geldboete van 1.000 tot 10.000 euro wie:

- 1° een overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 2, onderafdeling 1 vergunningsplichtig ondersteuningsaanbod zonder de nodige vergunning verricht of na de intrekking van die vergunning aanbiedt of exploiteert;
- 2° op onwettige wijze schriftelijk of mondeling beweert te beschikken over een in dit decreet bepaalde vergunning of erkenning of over een in dit decreet bepaald kwaliteitslabel overeenkomstig artikel 20;
- 3° de uitoefening van de in artikel 83 bepaalde inspectie weigert of belemmert.

HOOFDSTUK 12. — *Slotbepalingen***Art. 87** - Wijzigingsbepaling

In artikel 17, § 1, eerste lid, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven worden de woorden "Onverminderd artikel 13 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en artikel 19 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten" vervangen door de woorden "Onverminderd artikel 83 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg".

Art. 88 - Wijzigingsbepaling

In het opschrift van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de woorden "de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en" opgeheven.

Art. 89 - Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° de bepaling onder 1°, vervangen bij het decreet van 13 december 2016, wordt opgeheven;
- 2° in de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de woorden "in artikel 2, § 1, 1° en 2° en" geschrapt;
- 3° de bepalingen onder 3° en 4° worden opgeheven;
- 4° de bepaling onder 8°, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven;
- 5° de bepaling onder 11°, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt opgeheven.

Art. 90 - Wijzigingsbepaling

In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° paragraaf 1, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven;
- 2° de paragrafen 1.1 en 1.2, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, worden opgeheven;
- 3° in paragraaf 2 wordt het woord "ook" geschrapt;
- 4° paragraaf 3, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven;
- 5° paragraaf 4 wordt opgeheven;
- 6° paragraaf 5, ingevoegd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 91 - Wijzigingsbepaling

In artikel 3, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in de inleidende zin worden de woorden "een zorgaanbod of" geschrapt;
- 2° in de bepaling onder 1° worden de woorden "een zorgaanbod of" geschrapt;
- 3° in de bepaling onder 2° worden de woorden "een zorgaanbod of" geschrapt;
- 4° in de bepaling onder 3° worden de woorden "zorgaanbod of" geschrapt.

Art. 92 - Wijzigingsbepaling

In artikel 4 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in paragraaf 1, eerste lid, worden de woorden "van een zorgaanbod of" geschrapt;
- 2° in paragraaf 1, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt de zin "Dit geldt echter niet voor de serviceflatgebouwen." geschrapt;
- 3° in paragraaf 1, derde lid, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt de zin "De voorlopige erkenning van serviceflats geldt voor zes maanden." geschrapt;
- 4° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 93 - Wijzigingsbepaling

In artikel 5 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in paragraaf 1 worden de woorden "van zorgaanbiedingen of" geschrapt;
- 2° in paragraaf 2, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de woorden "van een zorgaanbod of" geschrapt;
- 3° in paragraaf 2, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de woorden "het zorgaanbod of" en de zin "Dit geldt echter niet voor de serviceflatgebouwen." geschrapt;
- 4° in paragraaf 4, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de woorden "van een zorgaanbod of" geschrapt;
- 5° in paragraaf 4 worden het tweede en het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, opgeheven.

Art. 94 - Wijzigingsbepaling

In hetzelfde decreet worden de volgende bepalingen opgeheven:

- 1° artikel 8, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010;
- 2° artikel 9.1, ingevoegd bij het decreet van 13 december 2016;
- 3° hoofdstuk II.1, dat artikel 10.2 omvat, ingevoegd bij het decreet van 13 februari 2012;
- 4° hoofdstuk III, dat artikel 11 omvat, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016 en het decreet van 20 februari 2017;
- 5° hoofdstuk IV, dat artikel 12 omvat, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017;
- 6° hoofdstuk IV.1, dat de artikelen 12.1 tot 12.4 omvat, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017.

Art. 95 - Wijzigingsbepaling

In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in paragraaf 1, eerste lid, gewijzigd bij de decreten van 25 februari 2013 en 24 februari 2014, worden het woord "zorgaanbiedingen," en de woorden "en seniorenresidenties" geschrapt;
- 2° in paragraaf 2, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, worden de woorden "een zorgaanbieding," en de woorden "of een seniorenresidentie" geschrapt.

Art. 96 - Wijzigingsbepaling

In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 2, eerste lid, vervangen bij het decreet van 16 juni 2008, worden de volgende zinnen geschrapt : "Die opschorting kan, op met redenen omkleed verzoek van de inrichtende macht, één keer met dezelfde duur worden verlengd. Tijdens de opschorting mag het zorgaanbod worden voortgezet voor de bejaarden die, bij het begin van de opschorting, al de aanbiedingen gebruiken; er mogen echter geen nieuwe bejaarden worden opgenomen. Zijn de gestelde verplichtingen na afloop van de opschorting niet nageleefd, dan wordt de procedure met het oog op de intrekking van de toelating, voorlopige erkenning of erkenning ingesteld."

2° paragraaf 2.1, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt opgeheven;

3° in paragraaf 4 worden de woorden "van het zorgaanbod of" geschrapt.

Art. 97 - Wijzigingsbepaling

In artikel 15, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "zorgaanbod of" geschrapt.

Art. 98 - Wijzigingsbepaling

Artikel 16 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt opgeheven.

Art. 99 - Opheffingsbepaling

Opgeheven worden :

1° artikel 22, 6°ter, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 11 augustus 2017;

2° artikel 23, § 3bis, van dezelfde gecoördineerde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 11 augustus 2017;

3° artikel 37, § 12, van dezelfde gecoördineerde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 19 december 2008;

4° hoofdstuk III van het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010 en 7 november 2016;

5° het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017.

Art. 100 - Overgangsbepaling

Ondersteuningsaanbod dat al vóór de inwerkingtreding van dit decreet toegelaten en/of erkend was met toepassing van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten, wordt met toepassing van dit decreet als volgt als voorlopig vergund resp. erkend beschouwd en kan binnen de volgende termijnen een vergunningsaanvraag resp. erkenningsaanvraag overeenkomstig dit decreet indienen :

1° de gezins- en ouderenhulp, de ziekenoppas, de sociale huishoudelijke hulp, de dagopvang, het kortverblijf en de serviceflats worden voor een overgangperiode van vier jaar als vergund resp. erkend beschouwd;

2° de dagverzorging en het woonzorgcentrum voor ouderen worden voor een overgangperiode van tien jaar als vergund beschouwd.

Tijdens die overgangperiode ontvangen ze een subsidie en een financiële bijdrage overeenkomstig de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, zonder dat ze alle, uit dit decreet voortvloeiende vergunningsverplichtingen hoeven te vervullen. De financiering is tijdens de periode vermeld in het eerste lid gebonden aan de naleving van de toelatings- en erkenningsvoorwaarden vervat in de voormelde decreten van 4 juni 2007 resp. 16 februari 2009, alsook aan de naleving van de overeenkomsten die op grond van dit decreet worden gesloten.

Art. 101 - Overgangsbepaling

De leden van de Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp die aangewezen zijn overeenkomstig het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp blijven vanaf de inwerkingtreding van dit decreet aangewezen tot 1 juni 2019.

Art. 102 - Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 13 december 2018.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2018-2019

Parlementaire stukken: 257 (2018-2019) Nr. 1 Ontwerp van decreet

257 (2018-2019) Nr. 2 -6 Voorstellen tot wijziging

257 (2018-2019) Nr. 7 Verslag

Integraal verslag : 13 december 2018 - Nr. 60 Bespreking en aanneming